D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 34
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

27. August 1982
Preis 1,80 DM



Und was macht die Gewerkschaft?

cof. „Noch nie in der jüngeren Geschichte unseres Bundeslandes war eine Landtagswahl für die Arbeitnehmer und ihre Familien so wichtig wie die am 26. September 1982", schreibt der DGB Hessen in seinen Forderungen zur Landtagswahl, von denen sich Dregger und wohl auch zusehends größere Teile der FDP den Wechsel versprechen, nicht nur in Hessen, sondern auch auf Bundesebene.

Wäre das überhaupt eine Wende, wo doch in den letzten Jahren nicht nur bei den Haushaltsoperationen, sondern auch in der Aufrüstung, in der Energie-, der Verkehrs- und Sozialpolitik die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien immer mehr verschwimmen?

Das ist solange richtig, wie bewegungslos auf die teils zähneknirschenden Bonner Kompromisse oder auf den entschlossenen Börner und seine Großprojekte gestarrt wird. Und natürlich sind die ideologischen Rechtfertigungsversuche eines Glotz, Glombig, Strasser nicht zu übersehen, die allesamt von einer neuen Theorie des Sozialstaats, vom Anspruchsdenken, vom Subsidiaritätsprinzip und mehr Selbsthilfe und Eigenverantwortung
Selbsthilfe und Eigenverantwortung
daherreden, während der Macher Schmidt und jüngst auch Brandt den Dienst am Gemeinwohl beschwören.

Die Crux bei den Gewerkschaften ist nun, daß sie zwar im Einklang mit dem Gewerkschaftsflügel der SPD vom „Umdenken" und dem klugen Geschwätz über Glotz'sche „neue Ideen" (das Festhalten an den Errungenschaften während der Hochkonjunktur sei viel zu konservativ) nicht viel halten, gleichwohl aber immer wieder zu erkennen geben, daß sie zur „Einsicht in das Unabweisbare" bereit sind. Der Vorwurf an die Regierung, die Haushaltsbeschlüsse seien „sozial unausgewogen", ist mehr als langweilig. Mit der umgekehrten Parole: Wir sind für ausgewogene Belastungen wird sich jedenfalls keine „kräftige soziale Bewegung" mobilisieren lassen, die frische Luft in das Bonner Treibhaus bringt, wie sich das IG Metall Janßen mit Blick auf die angekündigten gewerkschaftlichen Demonstrationen vorstellt. Und erst recht nicht wird sich so der Erosionsprozeß unter den SPD-Wählern aufhalten lassen. Nur wenn sich die Gewerkschaften bewußt von der Theorie des Allgemeininteresses, das allerdings die DGB-Programmatik von Anfang an prägt, verabschieden; nicht nur sagen, was nicht sein soll, sondern ihre politische Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung aus der Schublade holen und wenigstens die offensiv vertreten, läßt sich die drohende Parteienkonstellation durchbrechen und eine Polarisierung der SPD erreichen, die sie insgesamt nach links drücken könnte. Weiter ist dazu eine gründliche Auseinandersetzung mit dem selbsternannten „Träger der Zukunftshoffnungen des Landes" eines Kohl und Dregger vonnöten.

Anstatt resignierend zuzusehen, wie immer mehr Arbeiter den „einfachen Lösungen" der CDU eher vertrauen als der schlingernden der SPD, müßte der Kritik an der Wegbereiterrolle der SPD endlich die Zurückweisung dessen folgen, wohin dieser Weg schließlich führt. Andernfalls bleibt denen, die sich als fortschrittliche Sozialdemokraten verstehen, nur das Lamentieren über „Fehler" in der Vergangenheit, bei Nachrüstung und Umweltpolitik, weshalb sich eben Enttäuschung ausbreite unter den Stammwählern, oder die Behauptung, die Massen seien in Notzeiten eben egoistisch und unsolidarisch.

Neu sind die Vorschläge der CDU, wie sie jüngst Dregger in 10 Punkten zusammengefaßt hat, nicht, und was da gerne als einfach und geschlossen hingestellt wird und halt manchen Unmut aufzufangen scheint, ist so verlogen wie eh und je. Es läßt sich doch zeigen, was der vielgerühmte Abbau der Bürokratie für die Lohnabhängigen bringt: Die „Beseitigung aufgetürmter politischer Hürden" im Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren „wichtiger Zukunftsprojekte" bedeutet rasches Durchziehen des Startbahnbaus, von Biblis C, Wiederaufarbeitungsanlage, Ernstbachtalsperre und einiger Autobahnabschnitte. Eine „Steuergarantie für drei Jahre" heißt: keine Zustimmung zu Ergänzungsabgaben oder Abbau des Ehegattensplittings, Ablehnung jeder „Sondersteuer für die Reichen" (Strauß), bringt aber auch keinerlei Steuererleichterung für die unteren Einkommensklassen.

Die dann zur Haushaltssanierung
Einkommensklassen.

Die dann zur Haushaltssanierung fehlenden Mittel sollen durch Mehrarbeit im öffentlichen Dienst, Gebührenerhöhungen und Streichung von Sozialleistungen aufgebracht werden. Denn darauf läuft der Stellenabbau um jährlich 1% in den Verwaltungen, die Erschließung neuer Einkommensquellen für die Kommunen und die Beschränkung der Sozialpolitik auf die „wirklich bedürftigen Bevölkerungsgruppen" ja hinaus. „Hilfe zur Selbsthilfe" und „Stärkung der Familie" heißt das dann. Gestärkt werden wird die Familie aber nur moralisch. Und gemeint sind auch nur deutsche Familien. Denn der Familiennachzug von Ausländern soll unterbunden werden, und damit sie auf keinen Fall Einfluß auf den „demokratischen Wechsel" nehmen können, kommt für die CDU ein kommunales Wahlrecht für Ausländer nicht in Betracht.

Man sollte denken, das reicht – nein danke! Dabei ist es umgekehrt so, daß gerade die einsichtswilligen Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit ihren Appellen an das Augenmaß angesichts der Krise einer solchen Politik eher zuarbeiten. Und die Schwäche der Gewerkschaften ist es, bisher keine klaren Schlußfolgerungen aus der verfehlten Regierungspolitik gezogen zu haben. Sollen sie doch sagen: Der Doppelbeschluß war falsch; die Kernkraft verschlingt Unsummen, bringt langfristig keine Arbeitsplätze, macht den Strom nicht billiger und ist in ihren Gefahren unberechenbar; an der Arbeitslosenversicherung darf nicht gerührt werden, höhere Beiträge sollen die Kapitalisten entrichten, und gefördert werden sollen auch autonome Projekte von Arbeitslosen – um nur ein paar Beispiele zu nennen. So herum kämen die Gewerkschaften in die Initiative, nicht nur gegenüber der Regierungspolitik und der CDU, sondern auch im Hinblick auf die Ökologie- und Friedensbewegung, die ja selber im Moment, was ihre politische Durchschlagskraft betrifft, eher gelähmt sind. So könnte die Gewerkschaft ihre starken Worte mit Inhalt füllen, den Bruch mit der SPD auf die tatsächlichen Knackpunkte beziehen – und wieder Bewegung werden.



Rund 7000 Menschen auf der Palästina-Demonstration in Frankfurt (s. Seite 8)

USA nutzen Mexikos Krise

USA nutzen Mexikos Krise

Der größte Schuldner der Dritten Welt ist zahlungsunfähig

frb. Langsam wird's ungemütlich. Mit der vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Mexikos sieht sich das in den letzten Jahren entstandene internationale Bankensystem seiner größten Gefährdung gegenüber. Die polnischen Kreditausfälle, der Zusammenbruch der Banco Ambrosiano und verschiedener amerikanischer Brokerhäuser, die Milliardenverluste der AEG-Gläubiger, all dies sind kleine Fische gegenüber den Gefahren, die vom mexikanischen Schuldenturm ausgehen.

85 Mrd. $ betragen die Auslandsschulden Mexikos, rund 200 Mrd. Mark. In den letzten Jahren ist der viertgrößte Ölproduzent zum höchstverschuldeten Land der Dritten Welt geworden. Die ganze Kreditvergabe der Banken in den letzten Jahren war auf eine flotte Expansion des Weltmarktes berechnet, und diese Basis ist mit der weltweiten Krise nun hin. Die Kreditnehmer können ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen und mit der zunehmenden Größe der Ausfälle droht eine Kettenreaktion. Es müssen bloß ein paar Großkunden einer etwa durch das Mexiko-Geschäft gefährdeten Bank ihrerseits um die Sicherheit ihrer Einlagen fürchten und sie abziehen, dann kann rasch zusammen mit der Bank die ganze Kette der ineinander verschlungenen Zahlungen zusammenbrechen und die gesamte Weltwirtschaft im allgemeinen Chaos landen.

Letzte Woche stand eine solche Situation bereits vor der Tür, für einige Stunden wurde an der Wall Street infolge der Mexiko-Krise über die Zahlungsunfähigkeit einer der größten US-Banken spekuliert. Für's erste scheint diese Gefahr gebannt, immerhin sahen sich die Zentralbanken der acht zahlungskräftigsten westdeutschen Industrieländer zu einer einmaligen Blitzkonferenz am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel veranlaßt, um einen Sofortkredit für Mexiko bereitzustellen. Am Freitag beschlossen die Vertreter von 100 westlichen Banken dann im Hause der New Yorker Zentralbank ein dreimonatiges Moratorium für Mexiko; der Währungsfonds arbeitet an einer Stützungsaktion.

Es darf gewettet werden, wo die nächste Bombe hochgeht. International Harvester ist ebenso ein Kandidat wie die hochverschuldeten anderen lateinamerikanischen Länder. Argentinien, kaum weniger verschuldet wie Mexiko, muß seine Exporteinnahmen vollständig für den Schuldendienst aufwenden, bei Venezuela sind es 79%, bei Brasilien 67%.

Die Vorgänge um Mexiko zeigen, wie kleinlich es ist, die wirtschaftlichen Probleme bloß in ihrem nationalen Rahmen zu sehen, und wie weltfremd es ist, die wirtschaftlichen Probleme ins Feld der grauen Theorie zu verbannen. Mit Mexiko hat sich gezeigt, daß ein Entwicklungsweg, der ausschließlich auf den Weltmarkt ausgerichtet ist, auch für ein ölreiches Entwicklungsland keine Zukunft mehr hat. Der Plan war, mit Hilfe der Öleinnahmen und der durch den Ölreichtum gedeckten Kredite rasch eine Industrie hochzuziehen. Dies hat sich als Seifenblase erwiesen.

Die alten Herren des Weltmarktes packen jetzt zu. In zwei an die Öffentlichkeit gelangten Geheimstudien des amerikanischen Außenministeriums wird bereits frohlockt, Mexiko würde nun zu einer „weniger abenteuerlichen" Außenpolitik gezwungen, Mexikos „wenig hilfreiche Rolle" in der Region werde vermindert und „die Entwicklung in Zentralamerika läuft nun zu unseren Gunsten", wobei es notwendig sei „Kuba und Nikaragua unter Druck zu halten". Unmittelbar werde Mexiko gewillt sein, den USA mehr und billigeres Öl zu Erdgas zu liefern, Beschränkungen für Auslandsinvestitionen aufzuheben und seine Grenzen amerikanischen Waren weiter zu öffnen. Der erste Überbrückungskredit, um den Mexiko die USA angehen mußte, wurde denn auch auf künftige Erdöllieferungen Mexikos für die strategischen Reserven der USA gewährt.

Keine Einigung im Libanon

thm. Gemayel, der 34 Jahre alte Oberkommandierende der vereinigten Milizen der christlichen Nationalisten, wurde zum neuen libanesischen Staatspräsidenten gewählt. Seine Vergangenheit läßt ihn nicht gerade als Integrationsfigur für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsteile des Libanon erscheinen. So wird ihm ein Massaker von 1978 in der Familie und Anhängerschaft von Frandschijeh zugeschrieben, ebenfalls ein maronitischer Christ, der sich aber an Syrien anlehnt und seinen Stützpunkt im nordlibanesischen Bergland um Zghorta hat. Ebenfalls die Zerschlagung der National-Liberalen Partei im Jahre 1980, bei der es eine drei-stellige Zahl von Toten gegeben haben soll.

Hauptsächlich aber hat sich Gemayel mit seinen Milizen in den letzten beiden Monaten als Kollaborateur mit den Israelis erwiesen und scheint jetzt deren Erfüllungsgehilfen spielen zu wollen. Zwar muß nach einem 1943 in Kraft getretenen Nationalpakt der Staatspräsident immer ein maronitischer Christ sein, die moslemischen Libanesen und die libanesische Linke hatten sich aber prinzipiell gegen Präsi-
hatten sich aber prinzipiell gegen Präsi-
dentschaftswahlen ausgesprochen, solange die Israelis das Land besetzt halten, weil die Wahlen unter deren Druck zu einer Farce geraten. Gemayel ist für sie nicht akzeptabel und unter seiner Präsidentschaft kann es keinen geeinigten Libanon geben.

Die Vermutung liegt nun nahe, daß Gemayel versuchen wird, die christlich-maronitische Vorherrschaft im Libanon mit Gewalt herzustellen. Das hieße auf jeden Fall einen neuen Bürgerkrieg. Dies könnte ihm aber zumindest für den von Israel besetzten Teil des Libanon gelingen. Die weitere Entwicklung hängt von den Plänen der Israelis ab. Im Norden Libanons um Tripolis befinden sich noch bewaffnete Kräfte der PLO sowie Syrien freundlich gesinnte maronitische Christen. Eine Ausweitung des Krieges in den Norden würde durchaus der Logik der israelischen Aggression entsprechen.

Die Israelis sind stark genug, um relativ schnell die syrischen Truppen aus dem Bekaa-Tal zu vertreiben. Geht man davon aus, daß das letztliche Ziel der Israelis bleibt, Gemayel die Vor-

herrschaft über den ganzen Libanon zu sichern, ist mit diesem israelisch-syrischen Krieg innerhalb der nächsten Monate, nicht unbedingt sofort, zu rechnen.

Zunächst einmal beginnen sich die Israelis im Libanon einzunisten. Israelische Bulldozer erweitern Straßen für militärischen Verkehr. Zwei neue Militärcamps wurden aufgebaut. Das israelische Fernsehen will seine Sendeleistung erweitern, damit die israelischen Soldaten im Libanon ebenfalls die Programme empfangen können. Und Winterkleidung für die Besatzerarmee ist unterwegs.

Der Literat als Mehrzweckwerkzeug

F.G. 1965 hatten einige Schriftsteller dem damaligen Bundeskanzler Ludwig Erhard mutwillig das Bein benäßt; als dieser sie darauf als „Pinscher“ an langen Ohren dem deutschen Volk vorzeigte, brach eine riesige Diskussion aus über das Verhältnis von Literatur und Politik. Seither hat es das meiner Erinnerung nach nicht mehr gegeben; bis jetzt: über die beabsichtigte Ehrung Ernst Jüngers wird mit ähnlich breiter Beteiligung diskutiert.

Die Diskussion wird allerdings meist nach Art eines Strafgerichts geführt. Ankläger und Verteidiger bemühen sich, zu demonstrieren, welchen Beitrag Jünger in der Vergangenheit geleistet hat – sei es zur Aufrechterhaltung des Dritten Reiches oder zum Widerstand dagegen.

Verspätetes Spruchkammerverfahren also? Das kann nicht der Sinn der Debatte sein. Vordringlich ist die Frage: wozu wollen die Preisverleiher und die hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Gruppen Jünger jetzt und in der Zukunft verwenden. Die Frage nach Jüngers Vergangenheit kann nur Materialien zur Lösung dieses Problems beitragen. Sie ist aber nicht das Hauptproblem.

Was erwartet etwa ein Wallmann von seinem Jünger? – Die Zeugen, die er in der Debatte der Stadtverordnetenversammlung über die Preisverleihung auffahren ließ, überraschen auf den ersten Blick: Ernst Niekisch wurde da berufen, der Nationalbolschewist, dem Wallmanns Parteifreunde jahrelang die Wiedergutmachungsleistungen vorenthalten hatten, weil er sich zunächst für die DDR entschieden hatte nach dem Krieg. Und Alfred Andersch: wer hätte vergessen wie die ganze CDU über Andersch herfiel, als dieser sein Gedicht gegen die Berufsverbote veröffentlich hatte? Und schließlich Wallmanns empörte Frage an die SPD und die GRÜNEN: Soll denn gegen Jünger ein Radikalenerlaß angewandt werden? – Entschuldigung, Herr Wallmann, seit wann haben gerade Sie etwas gegen diesen Erlaß?

Man sieht: Wallmann diskutiert etwas enthemmt. Gedanken, Begriffe, Schriftsteller – alles ist ihm recht, wenn es nur in der Not ein Sekündchen lang weiterhilft. Die Literatur ein Gebrauchsartikel – schnell verwendet, dann weg damit. Niekisch und Andersch kann diese Verwendung nicht viel ausmachen: zuviel in ihnen widersetzt sich dem Verzehr.

Ganz anders Jünger. Er gibt sich der Verwendung willentlich preis. Sein vielgerühmtes Werk vermittelt vor allem eins: Haltung. Haltung an sich, der alle Inhalte nur Vorwand sind. Statt des Entschlusses finden wir bei ihm die Gebärde der Entschlossenheit, statt der Untersuchung die Wucht des Dekrets, statt der Erschließung der Welt die Drehung eines Kaleidoskops.

Hätten Gottfried Benn, Knut Hamsun, Ezra Pound oder Céline posthum den Goethepreis zugesprochen bekommen, es wäre hinzunehmen gewesen. Welchen Vorschub sie alle auch dem deutschen oder italienischen Faschismus geleistet haben mögen, es blieb in ihren Werken etwas Aufständiges und Widersetzliches, das in der propagandistischen Verwendung nicht aufging und das überhaupt keiner Staatsgewalt dienstbar werden kann.

Ernst Jünger hat tatsächlich dem Nationalsozialismus *unmittelbar* weit weniger Bekenntnisse abgeliefert als die genannten Autoren. Trotzdem sprechen wir gerade ihm das Recht ab, den Preis in Empfang zu nehmen. Gerade er, mit seiner aristokratischen Distanz zum niederen Tagesgeschehen, erwies sich schon im II. Weltkrieg als Brückenbauer für die Zeit nach dem Faschismus. Er bot schon damals jenen Deutschen Stütze, Halt und Haltung, die zwar den Nationalsozialismus verachteten, aber doch dankbar hinnahmen, daß er der Bourgeoisie die Herrschaft über schwere Zeiten hinweggerettet und sie vor dem befürchteten Umsturz bewahrt hatte. Diese Funktion ist Jünger nun wohl von neuem zugedacht.

Nicht einen neuen Faschismus soll er vorbereiten, sondern einer Bourgeoisie ohne Glauben wenigstens Haltung ermöglichen: Haltung als Unerbittlichkeit im Weitermachen, als Unbeirrbarkeit im Wegschauen von den verursachten Leiden, als Unbarmherzigkeit in der Durchführung der für erforderlich gehaltenen Maßnahmen.

Das ist wie gesagt nicht Vorbereitung auf den Faschismus; es ist Stählung für zeitgemäßere und heute mögliche Herrschaftsformen. Und das ist schlimm genug.

wenn es nur in der Not ein Sekündchen lang weiterhilft. Die Literatur ein Gebrauchsartikel – schnell verwendet, dann weg damit. Niekisch
tung auf den Faschismus; es ist Stählung für zeitgemäßere und heute mögliche Herrschaftsformen. Und das ist schlimm genug.

Instandbesetzer, DGB und Neue Heimat

Berliner Senat blockiert einen Kompromiß / Neue Heimat windet sich

nia. Westberlin. Ende April hatte der neue Landesvorsitzende des DGB Berlin, Pagels, in einer Pressemitteilung den Offenen Brief von 15 besetzten Neue-Heimat-Häusern als konstruktiven Vorschlag für eine friedliche Lösung anerkannt, der zu unterstützen sei. Seitdem gibt es direkte Verhandlungen zwischen der Neuen Heimat und einer Arbeitsgruppe der Besetzer. Pagels selber hat dazu der Neuen Heimat gegenüber die Initiative ergriffen und auch an den ersten Gesprächen teilgenommen. Eine Kehrtwendung also angesichts dessen, daß im vergangenen September das Abstimmungsverhalten des DGB-Vertreters im Aufsichtsrat der NH entscheidend zur Räumung der acht Häuser beigetragen hatte. Die Solidarität der vielen Gewerkschaftsmitglieder mit den Besetzern, der Protest nach dem 22. September und nicht zuletzt der Neue-Heimat-Skandal im Frühjahr haben zu dieser veränderten Haltung beigetragen.

Bei den ersten Gesprächen im Mai erklärten die Vertreter der Neuen Heimat, daß sie bereit seien, in einer ersten Runde über die Überlassung von neun Häusern zu verhandeln.

In einem Interview mit der Zeitung der Gewerkschaftsjugend „ran“ im Juni sagte NH-Vorstandsmitglied Frister: „In der Theorie ist es denkbar, daß alle derzeit besetzten Häuser einer solchen andersartigen Sanierung zugeführt werden, wenn es auf der Besetzerseite für alle Häuser rechtsfähige Träger (Netzbau, Mietergenossenschaften o.ä.) gibt, die die Grundstücke übernehmen, mit Einverständnis des Senats, dem die Grundstücke gehören, und wenn die Neue Heimat Teile der Instandhaltung (z.B. Fassade, Dächer usw.) durchführen kann.“

Über die Rahmenbedingungen des Trägermodells konnten sich Besetzer und NH relativ bald einigen. Ähnlich wie bei Netzbau und SHIK wurde mit den Gründungsvorbereitungen begonnen, unterstützt von der evangelischen Kirche und einer Reihe von Paten. Das erste Haus gründete seinen Hausverein. Aber Mitte Juli erklärte die NH plötzlich, daß Verträge nur für die neuen Häuser, die sie zuvor als Verhandlungsmasse der ersten Runde bezeichnet hatte, in Frage kämen; die anderen 20 Häuser müßten die Besetzer wieder hergeben, noch vor Jahresende wolle sie dort anfangen zu sanieren. Außerdem würden 9 Häuser für alle Besetzer reichen. Erst als daraufhin die Besetzer mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten, lenkte die NH ein, und erklärte die Frister-Äußerung zum geltenden Verhandlungsrahmen.

Da die Gründung eines Genossen-

mit dem Abbruch der Verhandlungen drohten, lenkte die NH ein, und erklärte die Frister-Äußerung zum geltenden Verhandlungsrahmen.
Da die Gründung eines Genossen-

schaftsträgers erfahrungsgemäß mindestens ein Jahr dauert, wurde der NH eine Übergangslösung vorgeschlagen: Ein Nutzungsvertrag mit einem neutralen Träger wie z.B. der evangelischen Kirche für die Dauer von einem Jahr, um in dieser Zeit langfristige Lösungen zu entwickeln. Dafür könne die NH Grundinstandsetzungsmaßnahmen durchführen, und die Besetzer seien bereit, eine Nutzungsentschädigung in Höhe der anfallenden Bewirtschaftungskosten zu zahlen.

Als Zwischenlösung wurde Ende Juli der Verein für selbstverwaltetes Wohnen von einer Reihe von Paten gegründet. Seine Aufgabe ist es, ähnlich wie in Kreuzberg, Kiezgenossenschaften für die besetzten Häuser zu gründen. Bis zu deren Gründung soll er Vertragspartner für die Neue Heimat sein. Die evangelische Kirche sah sich nicht imstande, selber als Träger zu fungieren, wie zuerst vorgeschlagen. Aber sie unterstützt den Verein, genauso wie der Berliner Mieterverein, Netzwerkselbsthilfe und das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt. Der evangelische Landesbischof Kruse, der schon mehrfach zugunsten der Besetzer in die Auseinandersetzung eingegriffen hatte, hat in der vergangenen Woche überdies einen Charlottenburger Pfarrer beauftragt, zukünftig als offizieller Vertreter der Kirche an den Verhandlungen teilzunehmen.

Bausenator Rastemborski hatte Ende Juli gegenüber der Neuen Heimat erklärt: „Wenn Sie bereit sind, für alle 29 Häuser Erbpachtverträge abzuschließen, so ist das für mich kein Problem. Wenn Sie mich dafür zur Kasse bitten wollen, werden wir dies allerdings sehr sorgfältig prüfen.“

Da die Neue Heimat aber nur dann zu einer friedlichen Lösung bereit ist, wenn sie finanziell ohne Verluste aus den Häusern herauskommt, ist dies ein entscheidender Punkt. Überdies müßte der Senat die Sanierungsverträge, die er mit der Neuen Heimat abgeschlossen hat, entsprechend der Zwischenlösung aussetzen, und wohl auch deren Zinskosten für diese Zeit übernehmen. Denn die Neue Heimat hatte ihren Eigenkapitalanteil an den Grundstücken und die bisherige Planung meist über teure Kredite finanziert, für die sie nach eigenen Angaben jährlich über 1,4 Millionen Mark Zinsen zu zahlen hat. Insgesamt will sie bisher 13 Millionen Mark in die 29 besetzten Häuser gesteckt haben. Wie in Kreuzberg ist also auch hier die Haltung des Senats von entscheidender Bedeutung. Dabei steht die neue Heimat ganz materiell unter immer größerem Zeitdruck und drängt auf Entscheidung. Wiederholt hat sie über die Presse lanciert, daß sie da, wo sie immer noch wie vorgesehen sanieren will, unbedingt noch in diesem Jahr anfangen müsse.

Sie macht daher immer mehr Druck – und zwar gegenüber den Besetzern: Beim letzten Gespräch hat sie ultimativ erklärt, die Besetzer müßten sich bis zum 10. September entscheiden, ob sie unterschreiben oder nicht. Dabei hat sie einen eigenen Vertragsentwurf angebracht, der für die Besetzer so nicht annehmbar ist. Die Intention, mit einem auf ein Jahr befristeten Nutzungsvertrag für *alle* Häuser den Rahmen dafür zu schaffen, ohne die permanente Angst vor einer jederzeit möglichen Räumung nach einer Lösung zu suchen, würde damit zur Pharce: Neue Heimat will, daß der Trägerverein dafür sorgt, daß aus den Häusern heraus keine strafbaren Handlungen oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begangen werden. Vom Senat geräumte Häuser sollen an die NH zurückfallen. Sieht man diese Passagen in Zusammenhang mit dem Scholz-Papier, über das wir letzte Woche berichtet haben, muß man zu der Auffassung kommen, daß die Neue Heimat darauf setzt, daß der Senat einige ihrer Häuser als angebliche „kriminelle Fluchtburgen“ räumt.

Genauso unannehmbar ist die Forderung der NH, daß die Besetzer Häuser, für die der Senat die Bau- und Finanzierungsbewilligungen nicht verlängern will, freiwillig zu räumen hätten, und die Räumung von nicht verhandlungswilligen Häusern sogar unterstützen sollen.

Der DGB hat in einer erneuten Presseerklärung beide Seiten aufgefordert, sich möglichst schnell konstruktiv aufeinander zuzubewegen. Das ist mehr als dürftig angesichts dessen, daß die Neue Heimat offensichtlich die derzeitige politische Situation für günstig hält, auszuprobieren, wie weit sie mit einer erneuten Konfrontation kommt. Nötig wäre jetzt eine klare Aufforderung des DGB an die Neue Heimat, den Vertragsentwurf der Besetzer anzunehmen. Aber ohne erneute Mobilisierung der gewerkschaftlichen Paten wird es die wohl nicht geben.



„Rette sich wer kann“

Vollands Vorschläge zur Behebung des Soldatenmangels

kvz. Einen eigenen Vorschlag zur Lösung der Personalprobleme der Bundeswehr hat der Bundeswehrverband vorgelegt: Schon 17jährige sollen als Freiwillige herangezogen werden. Auf denn. Im Krieg waren ja auch immr schon Kinder mit an die Front geschickt. Warum nicht in dieser Richtung schon vorarbeiten? Frauen freiwillig zur Bundeswehr und ständig in der BRD lebende Ausländer ebenfalls, die Vorschläge der Langzeitkommission wurden von ihm unterstützt. In der Hauptsache aber ging es ihm um höhere Bezahlung, um damit die Bundeswehr, die Karriere des Soldaten, wieder attraktiver zu gestalten: 100 Mio. DM für die Wiedereinführung der Sparpauschale für Wehrpflichtige, fast genausoviel für die Erhöhung von Wehrsold und Entlassungsgeld. Besserer Dienstzeitausgleich und schnellere Beförderung stehen genauso auf dem Forderungskatalog wie der Abbau des „Verwendungsstaus“.

Bremer Solidarność-Delegation ruft zu Demonstration auf

kvz. Aus Anlaß des 2. Jahrestages der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Gdansk ruft die Bremer Solidarność-Delegation für den 31.8. zu einer Demonstration in Köln auf. „Der 31. August ist der 2. Jahrestag der Unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarność‘. Es ist ebenso der 8. Monat der brutalen Unterbrechung der Demokratisierung und der Freiheit des polnischen Volkes. Es sind auch 8 lange Monate der Internierung von tausenden von Gewerkschaftern, 8 Monate weiterer Verhaftungen und Verfolgungen und 8 Monate der Polizeiwillkür. Aber es sind auch 8 Monate des Widerstandes des polnischen Volkes, 8 Monate des Widerstands der Unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarność‘, an dem die ‚Normalisierung‘ Jaruselskis gescheitert ist ... Denkt daran, daß die Zeit der Illusionen in Polen vorbei ist, da Jaruselskis Junta mangels Reserven keine einzige Forderung erfüllen kann. Sie kommt nicht umhin, die Löhne zu senken, Entlassungen vorzunehmen und die schon knappen Lebensmittelrationen weiter zu kürzen. Wir demonstrieren für die Freilassung aller Inhaftierten und Internierten, das Ende des Kriegsrechts, die Aufnahme der Gespräche zwischen der Unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarność‘, Kirche und Staat! Noch ist Polen nicht verloren!“ (aus dem Aufruf der Bremer Delegation). Die Demonstration findet am 31.8.1982 in Köln ab Chlodwigplatz statt. Beginn: 13 Uhr.

Bundesweites Friedensforum im September

kvz. Am 18. und 19. September wird in Köln ein bundesweites Friedensforum stattfinden. Eingeladen haben dazu u.a. Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa, verschiedene Russell-Gruppen, BBU, ESG, Judos, Jusos, SB, Ohne Rüstung leben. Ihre Absicht ist es, kurz vor dem nächsten bundesweiten Aktionstreffen am 9./10. Oktober ein gemeinsames Verständnis der Probleme und Vorstellungen zu entwickeln und eine überregionale Kooperation zu begründen. Am Samstag werden nach einem Eröffnungsplenum Arbeitsgruppen tagen: *Arbeitsgruppe I:* Wie können wir die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in der BRD verhindern? – *Arbeitsgruppe II:* Pazifistische Alternativen, massenhafte Kriegsdienstverweigerung in rüstungs- und gesellschaftspolitischen Bereichen. – *Arbeitsgruppe III:* Wie kann die westdeutsche Friedensbewegung Sympathie und Unterstützung bei der noch passiven Bevölkerung gewinnen? – *Arbeitsgruppe IV:* Ein eigenständiger Internationalismus der Friedensbewegung? Was können wir aus den verschiedenen europäischen Arbeits- und Organisationsformen der Friedensbewegung lernen? – *Arbeitsgruppe V:* Bedeutung und Verhältnis der Friedensbewegung zu den aktuellen Vorschlägen europäischer Militärstrategien. – *Arbeitsgruppe VI:* Gesellschaftliche und politische Möglichkeiten für die Entwicklung einer „unabhängigen Friedensbewegung“ in den osteuropäischen Ländern. – *Arbeitsgruppe VII:* Welche Bedeutung haben die deutsch-deutschen Beziehungen für die Entwicklung und Diskussion einer europäischen Friedensordnung? – *Arbeitsgruppe VIII:* Die Friedensbewegung und ihr Verhältnis zur Dritten Welt.

Ort: Gesamthochschule Köln/Chorweiler. Zeit: 18./19. September 1982, Beginn 13.00 Uhr. Kontaktadresse: Bundesweites Friedens-Forum, c/o Ingeborg Braunert, Schwerinstr. 42, 5000 Köln 60, Tel. 0221/765457

mine · Termine · Termine · Termine · Te

September

1. **Antikriegstag.** Beginn des II. Weltkrieges vor 43 Jahren
   Düsseldorf. Beginn des 87. Deutschen Katholikentags, bis 5.9.
3. **Gorleben.** 3 Tage „Tanz auf dem Vulkan“ gegen die Errichtung eines Zwischenlagers, bis 5.9.
4. **Gorleben.** Großdemonstration am Baugelände
   Düsseldorf. Demonstration der „Kirche von unten“ und anderen Organisationen, unterstützt von Friedensinitiativen anläßlich des Katholikentags
5. **Nürnberg.** 9. ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG, bis 10.9.
6. **Würgassen.** 3. bundesweites Atommülltreffen, bis 10.9.
   Malente. Seminar „alternative Wirtschaftskonzepte/Ökologische Ökonomie“, bis 10.9.
7. **Frankfurt.** 8. internationales Kinderfilmfestival, von Kommunalem Kino und Hessischem Rundfunk, bis 17.9.
9. **Duisburg.** Kongreß und Aktionskonferenz zum „sauren Regen“, bis 11.9.
11. **Bochum.** Veranstaltung „Künstler für den Frieden“, Ruhrstadion
12. **Dortmund.** Veranstaltung des „Forums Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung“

Herbstoffensive gegen Atomprogramm

Widerstandsaktionen in Gorleben, Kalkar und am Schacht Konrad

tre. Herbstoffensive, Herbststurm, heißer Herbst – verschiedene Ausdrücke für die Tatsache, daß die Anti-AKW-Bewegung in diesem Herbst mehrere Großaktionen gegen das Atomprogramm durchführen wird. Im letzten Herbst hat die Bundesregierung ein deutliches Signal zum Ausbau der Atomenergie gesetzt, nachdem 4 Jahre lang ein faktisches Moratorium beim Bau neuer AKWs herrschte. Bis November '81 war kein AKW mehr genehmigt worden, seit im Juli '77 mit dem Bau von Phillipsburg II begonnen wurde. Mit der 3. Fortschreibung des Atomprogramms 1981 soll bis 1995 die Gesamtkapazität westdeutscher AKWs vervierfacht werden. Im Dezember '81 ging das AKW Grafenrheinfeld in Betrieb. Die Nettoleistung der 10 kommerziellen Reaktoren steigt damit auf 9753 MW. Neun weitere AKWs mit knapp 10000 MW-Leistung befinden sich derzeit im Bau.

Die Industrie macht ihr Geschäft mit Leichtwasserreaktoren, während die hauptsächlich staatlich finanzierten Projekte – der Schnelle Brüter in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop – für sie keine wirklichen Investitionsobjekte sind, da Folgeanlagen noch nicht genehmigt wurden. Der Schnelle Brüter soll mittels Umschichtung im Bonner Haushalt und erhöhter Strompreise fertiggestellt werden. Statt der ursprünglich bei Baubeginn 1973 veranschlagten Kosten von 1,7 Mrd. DM und geplanten Fertigstellung 1981 soll der Schnelle Brüter jetzt 5,4 Mrd. DM kosten und 1986 fertig sein. Ein Bauende wäre ein Fiasko der Bonner Energiepolitik. Von der Fertigstellung des Schnellen Brüters hängt die Möglichkeit der BRD ab, in der Plutoniumwirtschaft ihr Interesse an Export in Länder der 3. Welt durchzusetzen, aber auch eine führende Stellung in Europa zu gewinnen.

Der Schnelle Brüter ist *ein* kritischer Punkt im Atomprogramm. Ein weiterer ist die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen. Sie ist u.a. nötig für den Betrieb der Leichtwasserreaktoren. In der BRD gibt es derzeit keine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA).
Wiederaufarbeitungsanlage (WAA).
Nachdem Gorleben als „integriertes Entsorgungszentrum" am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist, hatte die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) in Volkmarsen und Wethen Standorte für eine WAA angepeilt und ist wieder gescheitert. Jetzt will sie mit der Benennung mehrerer Standorte in verschiedenen Bundesländern zum Ziel kommen. Eine Dezentralisierung der WAAs scheint für die DWK günstiger zu sein, nicht nur, um den Widerstand zu zersplittern.

Die Zwischenlagerung und v.a. die Endlagerung von nicht weiter verwendbarem Atommüll ist eins der größten Probleme für die Betreiber von AKWs und WAAs. Der Bund ist für die „Entsorgung" zuständig, und nach der 4. Atomgesetznovelle ist der Betrieb und der Neubau von AKWs an diese „Entsorgung" sprich Lagerung des Mülls gebunden. Der Atommüllberg wächst, die Landessammelstellen quellen über. Die ersten abgerissenen AKWs müssen verscharrt werden, und ab 1985 muß die Bundesrepublik den bei der Wiederaufbereitung im französischen La Hague angefallenen Müll wieder zurücknehmen. Daß es nicht zum Bau- und Betriebsstop der AKWs gekommen ist, liegt daran, daß sich die Gerichte mit der Entsorgung auf dem Papier zufriedengeben. So ist das im Bau befindliche Zwischenlager in Gorleben schon heute – ohne atomrechtliches Genehmigungsverfahren – Entsorgungsnachweis für 6 geplante AKWs, darunter Wyhl und Brokdorf. Ebenso das ehemalige Erzbergwerk Konrad bei Salzgitter, das für die „Unbedenklichkeitsbescheinigungen" Baums für die AKWs Isar II, Biblis C und Emsland herhalten muß, noch bevor das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden ist. Das Atommüllager in der Asse ist vorerst geschlossen. Bis 1995 *muß* die Bundesregierung die „Entsorgungsfrage" gelöst haben, sonst besteht für sie spätestens 1990 das Problem, unter Umständen ihr Atomprogramm einstampfen zu müssen.

Diese kritischen Punkte im Atomprogramm – Schneller Brüter, Wiederaufbereitung und „Entsorgung" – hat sich die Anti-AKW-Bewegung zu Zielen in diesem Herbst gewählt. Dies ist um so nötiger, als die Bewegung auf die 3. Fortschreibung im Herbst '81 als ganzes so gut wie gar nicht reagiert hat. Auch an anderen Punkten, wo es nötig war, eine politische Front aufzubauen, hatte sie mehr oder weniger Schwierigkeiten. Das zeigt sich an den Brokdorfprozessen und ihren Urteilen, die für die Entwicklungsmöglichkeit nicht nur der Anti-AKW-Bewegung Bedeutung haben und fast zu spät bekämpft wurden. Das zeigt sich auch bei dem Maßnahmekatalog der Bundesregierung zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Er sieht u.a. vor, die Reaktortypen zu standardisieren, d.h. es wird nur der Prototyp einmal geprüft, alle folgenden AKWs werden „im Konvoi" mitgenehmigt. Die ohnehin geringen Einflußmöglichkeiten werden noch mehr zusammengestutzt. Auch dieser Punkt blieb vorerst von der Bewegung weitgehend unbeantwortet.

Die Stärke der Anti-AKW-Bewegung liegt an den Standorten. Die Rechnung z.B. der DWK, durch ihren Standortpoker den Widerstand zu zersplittern, ist nicht aufgegangen. Im hessischen Wethen gewannen die WAA-Gegner die Kommunalwahlen und waren schnell so stark, daß die DWK zurückziehen mußte. Im bayrischen Schwandorf entstand eine BI mit mehreren tausend Mitgliedern.

Literaturhinweis

Kritik der Atomenergie
Sonderausgabe 2 der Öko-Mitteilungen: die wichtigsten Argumente gegen die Kernenergie. Behandelt werden Atomrecht, Risikostudie, Wirtschaftlichkeit, Schneller Brüter, Wiederaufarbeitung und „sanfter Weg".

Zu beziehen beim Öko-Institut, Schönauer Str. 3, 7800 Freiburg – Preis DM 4,50

Die Aufhebung des Wyhl-Urteils führte in nur wenigen Tagen zu einer massiven Mobilisierung der Kaiserstühler Bevölkerung. Die AKW-Gegner versuchen nun, die Tatsache, daß an vielen Orten geplant, gebaut und gekämpft wird, nicht für sich zur Zersplitterung werden zu lassen, wie es sich die Betreiber erhoffen. Sie versuchen, sie in dem Sinne zu nutzen, daß sie, gestützt auf die Aktivitäten an den jeweiligen Orten, einen zeitlich und politisch konzentrierten Gegenschlag unternehmen.

Möglich wurde dieses Vorgehen, weil sich in der letzten Zeit eine größere Koordination entwickelt hat, die sich bundesweit z.B. an den Atommüllkonferenzen oder den WAA-Treffen der AKW-Gegner zeigt. Auch regional wird zusammengearbeitet, wie in der Regionalkonferenz südostniedersächsischer Bürgerinitiativen. Die Großdemonstrationen im Zeitraum von 8 Wochen stellen einen Fortschritt der Bewegung dar insofern, als daß sie einheitlich gegen das Atomprogramm zu handeln sucht. In dem Sinne ist auch die Vorbereitung für eine Bundeskonferenz der AKW-Gegner zu werten, die zum Ende des Jahres stattfinden soll. „Den Widerstand gegen Atomanlagen jeglicher Art leisten zwar hauptsächlich die Gruppen vor Ort, jedoch hat sich gezeigt, daß der Erfahrungsaustausch der verschiedenen Gruppen über verschiedene Widerstandsformen sehr wichtig ist. Bundesweit ist zu diskutieren und zu analysieren sind auch die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe der verstärkten Aktivitäten der Atommaffia und deren politischen Helfershelfern ... Auch die skandalösen Brokdorfurteile gehen uns alle an ..." (aus der Einladung zum Vorbereitungstreffen, AGU Darmstadt). Unterstützt wird dieses Vorhaben von Initiativen in Göttingen, Bremen, der GAL, der AL und einer ganzen Reihe von anderen Gruppen.



Brokdorfprozesse:

Die politische Reaktion durch einen breiten Zusammenschluß bekämpfen

edd.Hamburg. Etwas schleppend, bedingt durch die Urlaubs- und Nachurlaubszeit, läuft die bundesweite Kampagne für die Freilassung der Brokdorfangeklagten. Aber wohl nicht nur deswegen. Die Frage, ob diejenigen, die gegen Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen den Kampf organisieren, unter sich bleiben oder versuchen, an diesem Beispiel der politischen Justiz der Reaktion einen Riegel vorzuschieben, bleibt nach wie vor zentraler Streitpunkt. Soll versucht werden, eine breite politische Front zu errichten gegen die Urteile, gegen den Angriff auf das Demonstrationsrecht oder nicht, wurde auf den verschiedenen Treffen zur Solidaritätsarbeit immer wieder diskutiert, die in Hamburg und Bremen stattfanden. Sicherlich ist es eine alte Weisheit der Bewegung, daß die beste Solidarität die Fortsetzung des Kampfes ist, aber, muß hier gefragt werden, wird dieser nicht dadurch gestärkt, daß versucht wird, zumindestens an einem Punkt der Verteidigung der Demonstrationsfreiheit eine breite Front gegen die politische Reaktion zu errichten?

Unterschiedliche Vorstellungen in der Solidaritätsbewegung führen zu unterschiedlichem Handeln. Auf der einen Seite, quasi als Exempel der ei-
einen Seite, quasi als Exempel der ei-
nen Position, die Hamburger Autonomen, gruppiert um den Arbeitskreis politische Ökologie. Hier wird nur die „Bewegung" gesehen, was immer das auch sei, müssen die Methoden des Kampfes diskutiert werden, soll die Bewegung radikaler werden. Alles mit dem Drang zum individuellen Terror als Prinzip des politischen Kampfes unter dem Tarnmantel, daß die „Massen jetzt handeln müssen". So ist es nur konsequent, wenn die Brokdorfangeklagten Michael Duffke und Markus Mohr erst als Sinnbilder der Bewegung der Militanten hingestellt werden und faktisch jetzt vergessen werden. Geldüberweisungen an die beiden, vor allem an den im Knast hockenden Michael Duffke, erfolgen nur unter starkem politischem Druck. Öffentlich wird erklärt, man sei kein „Sozialarbeiter", obwohl man sich vorher genauso verhalten hatte, und schränkt Besuche ein. Politische Unterstützung anderer Kräfte aus Friedensbewegungen, Gewerkschaften und Kirche wird als „Zusammenarbeit mit dem Staat" abqualifiziert. So zieht man sich unter der Berufung auf die Kämpfe in Berlin (Nolli) in seine eigne Ecke zurück, mit dem Hintergedanken, der „Staat hätte gezeigt, daß er nichts mehr zu bieten habe". Dies führt de facto zur Aufgabe des Kampfes gegen die politischen Urteile und zur Isolation derjenigen, die dagegen kämpfen wollen.

Die Gegenposition gruppiert sich um den gewerkschaftlichen Aktionskreis
den gewerkschaftlichen Aktionskreis
Leben (AKL). Unterstützt von BBU, ESG, GRÜNEN, GAL, DKP, u.a. wird die bundesweite Unterschriftenkampagne organisiert. Noch läuft sie schleppend und weit mehr Nachdruck muß dem gegeben werden, daß der politische Angriff sich auf grundlegende Rechte der Arbeiterbewegung und des Volkes richtet. So wird versucht, für die Solidaritätskonzerte einen Kreis von Schirmherren/frauen zu gewinnen aus der demokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung, die die Forderungen der Unterschriftenkampagne unterstützen. Dieser Kampf um politische Rechte ist notwendig, nicht nur um die Freiheit der Angeklagten zu erreichen und die Einstellung der Verfahren zu erkämpfen, sondern auch, um die Bewegungsfreiheit für die Kämpfe aller sozialen, demokratischen alternativen Bewegung zu sichern, vielen Leuten die Reaktion des bürgerlichen Staates zu verdeutlichen. Denn immer noch, trotz Bürgerkriegsmanövern von Polizei, Angriffen auf die Demonstrationsfreiheit, schwebt der heilige Mantel einer „freiheitlich-demokratischen' Grundordnung über den reaktionären Maßnahmen zum Beispiel der politischen Justiz und der Landesregierung von Schleswig-Holstein. So ist es sicher nützlicher für die Erreichung des Zieles, die Brokdorfverfahren einzustellen, daß die Hamburger GEW zu einer Solidaritätsveranstaltung mit den angeklagten AKL-Kollegen am 20. Oktober aufruft und die IG Drupa die bundesweite Unterschriftensammlung für die Revision des Urteils durch Verteilung der Listen in den Betrieben unterstützt, anstatt in Itzehoe eine Sparkasse ihres Fensters zu berauben.

Durch dieses de facto Zusammenwirken von Gewerkschaftsbewegung und linker, demokratischer und Alternativbewegung besteht zumindestens die Chance, die Forderung nach Revision der Brokdorf-Terrorurteile durchzusetzen und den Angriff auf die Demonstrationsfreiheit zurückzuweisen.

Brokdorfprozeß
14., 21. und 28. Sept. ff., je 8.30 Uhr
Prozeß gegen die Kollegen des AKL wegen Überfall auf den Gewerkschafterblock am 28.2.1981
Erweitertes Schöffengericht Itzehoe, Bergstr. 7, Buskarten ab Hamburg beim AKL, Gustav-Falke-Str. 2, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/443946

Solidaritätsveranstaltung zu den AKL-Prozessen
u.a. getragen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg

20. Oktober, Curio Haus. Es sprechen Vertreter des GEW-Landesvorstands; Manfred Goll, 1. Vorsitzender des Ortsvereins Hamburg der IG Druck, die Angeklagten und RA Baisch, Bre-
die Angeklagten und RA Baisch, Bre-
men. Es spielt der Chor Hamburger Gewerkschafter, Kollegen des Hamburger Schauspielhauses und Ina Deter Band zur Unterstützung der Angeklagten.

21. Oktober, Solidaritätsveranstaltung zum AKL-Prozeß Kiel, Pumpe

Solidaritätskonzerte
10., 21., 22. November, in Hamburg Neumünster und Bremen mit den Gruppen Schmetterlinge, Ina Deter Band, Ton Steine Scherben u.a.

Die Aktionen im Herbst

Gorleben „Tanz auf dem Vulkan" und 3 Demonstrationen gegen WAAs.
Am 4. September finden, koordiniert mit der Demonstration in Gorleben, 3 Demonstrationen an geplanten Standorten für WAAs statt: Schwandorf, Hambuch/Illerich, Frankenberg. Den Antrag für eine WAA in Gorleben hat die DWK 1977 gestellt und seitdem nicht zurückgezogen. Von der Landesregierung Niedersachsen und dem Bund aus ist Gorleben für die Lagerung aller Arten radioaktiven Mülls geplant, hochaktiven in sog. „Castorbehältern" eingeschlossen. Das Gutachten von Prof. Duphorn, das eigentlich die Eignung des Salzstockes für die Lagerung von Atommüll nachweisen sollte, hat das Gegenteil zu Tage gefördert. Die Veröffentlichung des Gutachtens wird verweigert. Die AKW-Gegner rufen zum „Tanz auf dem Vulkan" vom 3. – 5. September auf. Die Aktionswoche beginnt am 28.8. mit einer Veranstaltung in Lüchow. Es findet ein Musikfestival statt als Solidaritätsfest für Markus Mohr und Michael Duffke. Der Demonstration am 4.9. folgt eine Belagerung des Baugeländes.

Kalkar: Großdemonstration am Baugelände des Schnellen Brüters am 2.10.

Im Oktober wird im **Bundestag** über die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters beraten. Die Debatte und die Entscheidung ist von der Finanzlage vorbestimmt. Die Kostenexplosion und die Finanzkrise führten zum drohenden Baustop im September 1981. Die Finanzlücke wurde vorerst durch die EVU, die RWE und die NWK sowie die Preußen Elektra geschlossen; aber nur unter Bedingungen, wie z.B. der, daß eine positive Entscheidung des Bundestages für den Brüter 1982 gefällt wird.

Schacht Konrad: Demonstration gegen die geplante Endlagerung von Atommüll am 30.10.
Schacht Konrad soll das größte Atommüllendlager Europas werden, und ist nach den Plänen der Bundesregierung das *erste zu verwirklichende Projekt* in der Endlagerung. Im Juni 1982 wurde der Abschlußbericht der GSF (Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) vorgelegt, der den Schacht für geeignet erklärt. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird jederzeit erwartet. Bei der Auseinandersetzung um den Abschlußbericht wurde erstmalig offiziell zugeben, daß auch mittelaktiver Müll eingelagert werden soll, und nicht „nur" schwachaktiver.

Vom ökonomistischen Zirkel zur opportunistischen Parteikarikatur

Eine Polemik zur Gründung der MLPD

Auf seinem letzten Delegiertentag, 17.–20.6.1982, konstituierte sich der KABD zur „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD). Am 21.8. war in Düsseldorf „zentrale Gründungsveranstaltung" mit ca. 2500 Teilnehmern. Einzelheiten des barocken Gründungsspektakels und der sich seit dem „Aufruf zur Parteigründung" (in „Rote Fahne" Nr. 7 vom 28.3.1981) unter dem reichlich hochgestapelten Titel „Programmdebatte" quälend hinziehenden Vor- und Rück-wärtsbuchstabierung des organisationseigenen Dogmenalphabets, ersparen wir uns. Wem danach zumute ist, der kann sich in den einschlägigen Ausgaben der „Roten Fahne" von seinen Gelüsten nach solch skurrilem Vergnügen kurieren lassen. Davon ist vielleicht nur erwähnenswert, daß erneut, wie schon bei Gründung des KABD im Sommer 1972, der eigenen Programmkreation keinerlei Auseinandersetzung mit Programmen anderer ml-Organisationen vorausging, weswegen sich im MLPD-Programm genau wie seinerzeit in der KABD-„Grundsatzerklärung" so ziemlich sämtliche Fehler gerade der schlechtesten Programme der Bewegung wiederfinden, etwa die Verwechslung von Gesellschaftsanalyse mit abgeschmackter Geschichtsschreibung, von taktischen Festlegungen mit Fixierung des politischen Fundaments etc. Fehler also, die in den Programmdebatten etwa der KBW-Vorläufer längst klargestellt wurden.

Die Gründung der MLPD ist eigentlich nur organisatorischer Ausdruck dessen, daß der KABD sich gegenüber dem Zerfallsprozeß der ml-Bewegung dadurch zu „profilieren" sucht, daß er als „klassische" ml-Organisation der 70er Jahre versteinert und damit gerade an den „klassisch"-opportunistischen Grundlagen festhält, die in den verschiedensten Varianten und mehr oder weniger theoretisch auf den Begriff gebracht Allgemeingut der gesamten Bewegung waren und den Ausgangspunkt ihrer späteren Zersetzung bildeten. Dazu im folgenden einige Gedanken, die hier nur im Rahmen eines Aufrisses der KABD-spezifischen Sorte von spontaneistisch-ökonomisti-
Aufrisses der KABD-spezifischen Sorte von spontaneistisch-ökonomisti-
scher Verflachung des Marxismus-Leninismus mit ihrem notwendigen Komplement des dogmatischen Idealismus entwickelt werden können. Sie stützen sich – ergänzt durch eigene Überlegungen – vor allem auf schon ausgearbeitete Kritiken anderer Gruppen, etwa der „Neuen Strömung" und der KG Bochum/Essen.

Die frühere formelle Abgrenzung des KABD von größenwahnsinnigen Parteigründungsprojekten andrer ml-Organisationen, fußte niemals auf einem wirklichen Verständnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten des proletarischen Parteibildungsprozesses, der Entwicklung der Arbeiterklasse von der Klasse an sich zur Klasse für sich, der Verschmelzung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung. Dahinter stand und steht noch das Konzept vom Parteiaufbau in der „Entfaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse" um hauptseitig „betrieblichen Tagesfragen", oder, wie das theoretische Organ „Revolutionärer Weg" Nr. 12 formulierte, im „gewerkschaftlichen Kampf um Reformen", der in der „nichtrevolutionären Etappe des Klassenkampfes" vorrangig von den Kommunisten auszulösen und „höherzuentwickeln" wäre.

Daraus resultierten dann in einem Streich einerseits die rein regional verstandene „Verankerung" der Organisation in den „wichtigsten Großstädten" und Gebieten der BRD und „die Erfahrungen", die erst Grundlage der Erarbeitung einer politischen Linie abzugeben hätten, letzteres unter der im KABD schon zum geflügelten Wort gewordenen Floskel von der „dialektischen Einheit von Theorie und Praxis".

Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins vollzieht sich danach als lineare Extrapolation aus der unmittelbaren Anschauung in der Fabrik („aus dem betrieblichen Kleinkrieg um Tagesfragen entwickeln sich mehr und mehr politische Kämpfe", so die berüchtigte Etappentheorie des KABD), „verbunden mit der sozialistischen Propaganda" der Kommunisten. Dies wurde und wird als Aufgabenstellung der Kommunisten in der „nichtrevolutionären Situation" überhaupt proklamiert, der Unterschied von Arbeit als Bund oder Zirkel und als Partei kann dann nur noch in mystischen Beschwörungen, daß im ersten Stadium das Lernen und dann die Anwendung des Gelernten die Hauptsache sei, in Unterschieden von Zirkel- und Parteiarbeitsstil und ähnlichem Firlefanz gesehen werden.

In dieser Form sind diese und noch andere schon x-mal kritisierten ökonomistische Plattheiten traurige, garantiert originale Fehlleistungen des KABD, geteilt vielleicht noch vom „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"; ihre allgemeinere Bedeutung besteht aber in einer bestimmten Sicht des Theorie-Praxis-Verhältnisses. Die unmittelbare Anschauung in der Fabrik, die Erfahrungen der eigenen Praxis und die propagandistischen Ideen als die zwei Pole, in deren Spannungsverhältnis sich das Klassenbewußtsein, die Entfaltung der Kämpfe und die Entwicklung der Theorie ergeben sollen. Sieht man die Sache so, ist's dann ziemlich wurst, ob nun gerade mehr die unmittelbare Erfahrung, „die Praxis", oder die „propagandistische Idee", „die Theorie" in einem bestimmten Verständnis betont werden, wie man das z.B. von der KPD/ML seligen Angedenkens her kennt, das bestimmt sich dann nach rein pragmatischen Überlegungen.

Der ökonomistische Nachtrab gerät dann zum Beleg „der Massenlinie", während das Auftreten der Organisation als doktrinäre Propagandasekte dann den „kommunistischen Vorhutanspruch" einlöst.

Der philosophische „background" dieser Konzeption, mit dem der KABD sich immer ganz besonders gebrüstet hat, besteht im Verständnis des dialektischen Materialismus vor allem als Methode, ein Berührungspunkt mit etlichen sich „undogmatisch" dünkenden Marxisten, der Trennung von objektiver und subjektiver Dialektik. Die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des dialektischen Materialismus gerinnen
dialektischen Materialismus gerinnen
so zur reinen Schablone, „zur Weltschematik", die der Wirklichkeit übergestülpt werden, anstatt ihre Bewegung als innere Logik der Sache selbst je konkret aufzuweisen. Die Einheit von Theorie und Praxis wird dann etwa nicht mehr als auf beiden Polen des Widerspruchs angelegte und nur dadurch ineinander umschlagende Vermittlung betrachtet (auf der Seite der Theorie dadurch, daß diese die Entwicklung der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten richtig widerspiegelt, auf dem Pol der Praxis, indem erst die Kenntnis dieser Gesetzmäßigkeiten die bewußte Intervention des subjektiven Faktors ermöglicht, und nicht seine blind von unerkannten Notwendigkeiten getriebene), sondern idealistisch als Postulat eines ehernen allgemeinen Begriffs von „Dialektischer Wechselwirkung", gesetzt, der sich im übrigen in der „Hohlheit" des Begriffs vom ständigen Umschlagen (Lenin) erschöpft. Der Praxisbezug der Theorie ist dann die unmittelbar vor sich gehende politische Arbeit, und wo in diesem eingegrenzten empirischen Blickfeld die Zusammenhänge der beobachteten ökonomischen, politischen und ideologischen Erscheinungen nicht erkannt und daraus abgeleitet werden können, werden sie dogmatisch im Kopf aus allgemeinen Prinzipien antizipiert. Die Empirie schlägt um in Spekulation. Die Widerspiegelung der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten in theoretischen Verallgemeinerungen ist nur „idealer Durchschnitt" (Marx), die darin enthaltene Logik muß mit der jeweils besonderen historischen Form, in der diese sich durchsetzen, vermittelt werden. Das heißt, erst die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie zur konkreten Gesellschaftskritik, der Imperialismus- und Klassenanalyse, ergibt das wissenschaftliche Fundament, auf dem die politische Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes in umfassendem Sinne entwickelt werden kann.

Das heißt nun nicht, im Sinne der „Neuen Hauptseite Theorie" die Abstinenz von praktischer Politik zu predigen, bis eines Tages diese Theorie in fix und fertiger Form ausgearbeitet vorliegt.

Es legt aber klar, worin die entscheidende Aufgabe der Entwicklung der revolutionären Theorie besteht, deren Erarbeitung auf jeder Stufenleiter politische Schlußfolgerungen erzwingt, und was dies mit dem Problem des proletarischen Parteibildungsprozesses zu tun hat. Die Verschmelzung von wissenschaftlichem Sozialismus und – zunächst – Arbeiteravantgarde, deren qualitativer Abschluß bis zu einem gewissen Grad erst die Partei ausmacht, ist die Entgegenstellung des Proletariats zur Bourgeoisie als selbständige politische Partei eben nach zwei Seiten hin: als wissenschaftliche Abgrenzung der politischen Physiognomie des Proletariats und der Entwicklung der besten Vertreter dieser Klasse bis an die Schwelle der tatsächlich in der Praxis – allerdings nicht der rein ökonomischen und betrieblichen, sondern der umfassend politischen – gewonnenen Einsicht in die Notwendigkeit vom Sturz der Bourgeoisherrschaft. Erst die sich selbst in einem objektiven Prozeß der gesellschaftlichen Klassenkämpfe herausbildende Arbeiteravantgarde ermöglicht die tatsächliche und nicht bloß als Vorhutanspruch verkündete umfassende und allseitige politische Praxis der Kommunisten im Sinne des bewußten und organisierten Eingreifens in die Klassenkämpfe. Während umgekehrt die theoretische und wissenschaftlich fundierte Abgrenzung des Proletariats erst wirklich erlaubt, die allgemeine Erkenntnis von der notwendigen revolutionären Umwälzung des Kapitalismus in politische Strategie und Taktik umzusetzen. Das Verhältnis von Arbeiterklasse und revolutionärer Intelligenz im Leninschen Sinne kann nur so richtig verstanden werden.

Jetzt wird auch klarer, daß die „breiten Massen" der Arbeiterklasse tatsächlich nicht hauptsächlich durch theoretische Einsicht Klassenbewußtsein entwickeln, allerdings auch nicht durch vorwiegend ökonomischen Kampf und propagandistische Phrasen (der alte Glaube an die Macht der Ideen!) sondern durch praktisch gewonnene Einsicht in die Wechselverhältnisse sämtlicher Klassen untereinander und zum Staat, angeeignet im Verlauf der allseitig geführten Klassenkämpfe!

Um sein ökonomistisches Konzept der linearen Entwicklung des Klassenbewußtseins aus dem ökonomischen Kampf heraus zu retten, hat der KABD den Unbegriff der „proletarischen Denkweise" geschaffen. Es soll dies, die sich allein aus der Klassenlage ergebende, mystische Eigenschaft des proletarischen Individuums sein, von sich aus der Extrapolation der Anschauung in der Fabrik zu „sozialistischem Bewußtsein" vorzustoßen, werden nur einmal revisionistische und reformistische Einflüsse durch die Radikalisierung der ökonomischen Teilkämpfe beiseite geräumt. „Philosophisch" gesprochen wird dadurch die Einsicht in die reale Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse von der theoretischen Widerspiegelung durch das wissenschaftliche Denken wegverlagert, zu irgendwelchen mystischen besonderen Eigenschaften des Subjekts, das nun durch eine „besondere Brille" (Marx gegen Feuerbach) die Wirklichkeit betrachtet.

Der Witz an dieser ganzen Geschichte ist nun gar nicht, wie bisher betrachtet vielleicht geschlußfolgert werden könnte, daß der ganze tradeunionistische Ökonomismus des KABD und seine allgemeinsten Parallelen mit den Auffassungen der ml-Bewegung überhaupt, abstrakt-logisch aus einem Fehlverständnis des Theorie-Praxis-Verhältnisses deduziert werden soll. Das wäre selbst wiederum Glaube an die Allmacht der Ideen, mit dialektisch-materialistischen Kategorien verbrämt. Die Sache ist vielmehr die, daß der mächtige Drang zur Praxis, mit welcher theoretischen Legitimation auch immer, der nicht vom Boden eines theoretisch halbwegs gesicherten Fundaments aus sich spürbar macht, zur Anpassung an die unbegriffene spontane ökonomische und soziale Entwicklung und der dadurch hervorgetriebenen Reaktionen der politischen Bewegung der verschiedenen Klassen führt.

Für die Situation der Entstehung der ml-Bewegung und des KABD auf den Punkt gebracht, heißt dies nichts anderes, als daß über die Anbetung der Spontaneität vermittelt verschiedene politische und ideologische Einflüsse mehr oder weniger unbewußt den Inhalt der pragmatisch entwickelten Linie prägten: der radikale Aktionismus der Jugend- und Studentenbewegung (die freilich nicht als kleinbürgerliche Klassenbewegung gefaßt werden soll), die nie theoretisch wirklich kritisiert und auf den Begriff gebracht wurde, ging, allerdings seiner erfrischenden Formen beraubt, eine merkwürdige Symbiose mit dogmatisch aus Kominternzeiten entliehenen Versatzstücken an politischer Strategie und Taktik ein, beim KABD vor allem aus der Phase des „linksradikalen" Ökonomismus nach oberflächlicher Abstreifung der RGO-Strategie. Hält man sich vor Augen, daß bis dato eine materialistische Analyse des Hinüberwachsens der Komintern in den modernen Revisionismus nicht existiert, liegt auf der Hand, daß damit, vorsichtig ausgedrückt, prärevisionistische Theoreme und der durch sie transportierten arbeiteraristokratischen u.a. nichtproletarische Interessen ihren Niederschlag in der politischen Linie fanden.

Die arbeiteraristokratisch-zünftlerische Grundlage des KABD-spezifischen Ökonomismus existiert aber nicht nur über diese, erst noch zu analysierende historische Vermittlung, sondern auch als aktueller Impuls gespeist aus dem Anhängen an heutige spontane Arbeiterbewegung und ihre beschränkten tradeunionistischen Ausdrucksformen. Dafür in Schlagworten einige Belege, genaueres darüber ist nachzulesen in dem Buch „Vorhut oder Nachtrab" von R. Kurz.

Die Theorie von der im Zuge der „technischen Revolution" zunehmenden beruflichen Qualifikation der Arbeiter auch innerhalb der durch das kapitalistische Verwertungsinteresse bedingten Form der Produktivkraftentwicklung („MLPD-Grundsatzprogramm", S. 6); die Reduzierung des Klassengegensatzes von Proletariat und Bourgeoisie auf den von Proletariat und Monopolkapital (a.a.O., S. 16), womit vom theoretischen Ansatz her der Widerspruch der Produktivkräfte zur Gesamtheit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eingeengt wird auf lediglich einen Teil dieser Produktionsverhältnisse, was dann im „Kampfprogramm der MLPD" auch einen ganzen Rattenschwanz von Forderungen zur Unterstützung der Kleinbourgeoisie gegen ihre Ruinierung durch die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit in kapitalistischer Form nach sich zieht; die Beschränkung des „Kampfprogramms der MLPD" auf Forderungen nach besseren Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft und defensiv antifaschistisch-demokratischen, überhaupt Beschränkung des Programms auf die „nichtrevolutionäre Etappe des Klassenkampfs", während kurioserweise dann dieses „Minimalprogramm", das nicht mehr im Sinne einer revolutionären Strategie des Herankommens an die proletarische Revolution konzipiert ist, „in seiner Gesamtheit das System in Frage stellen" soll („Rote Fahne" 16/82, S. 7), eine schon unverschämt offen-reformistische Position also; überhaupt das zünftlerische Konzept einer reinen Arbeiterrevolution, das sich im „imperialistischen Ökonomismus" der Ablehnung des revolutionär geführten Kampfes um Demokratie zeigt; die proletkulthafte Anbetung irgendwelcher mystischer Fähigkeiten der Arbeiterklasse, die im Sozialismus „die Lenkung von Produktion und Vergesellschaftung" übernehmen soll, ohne sich selbst als Klasse aufzuheben („Grundsatzprogramm ...", S. 21); weiter die ganze „Ableitung" des Sozialismus nicht als reale schrittweise Auflösung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise (Warenproduktion, Arbeitsteilung etc.), son-
produktion, Arbeitsteilung etc.), son-
dern der Sozialismus als „Arbeiterparadies", was korrespondiert mit Vorstellungen von der Diktatur des Proletariats als Herrschaft der „schwieligen Arbeiterfaust" und des gesunden proletarischen Klasseninstinkts, was – obgleich in idealistische „kulturrevolutionäre" Phraseologie gepreßt, seine Herkunft aus ganz anderen Richtungen der Arbeitertümelei nicht leugnen kann; etc., etc.



Die Beispiele ließen sich beliebig verlängern, doch darauf kommt's hier nicht an. Natürlich sind angesichts der praktischen Bedeutungslosigkeit der MLPD diese revisionistischen Tendenzen folgenlos in dem Sinne, daß daraus noch keine reformistische oder revisionistische Politik und eine dementsprechende Rolle im Kampf der Klassen folgt. Es ist aber wichtig zu sehen, daß als theoretischer Ansatz, noch unentwickelt, solche Tendenzen existieren und ganz gut mit pseudorevolutionären Phrasen und dogmatischen ml-Glaubensbekenntnissen koexistieren. Die opportunistische Anbetung der Spontaneität als wesentlichstes Element der ökonomistischen Verflachung des revolutionären Marxismus entwickelt aber ihre eigene innere Dynamik gerade daraus, daß Anbetung der Spontaneität eben Anpassen an die bürgerliche Ideologie bedeutet.

Um abschließend zusammenzufassen: der theorielose „Bruch" der ml-Bewegung, und hier eben des KABD, mit der Jugend- und Studentenbewegung und die spontane Hinwendung zur Praxis in der Arbeiterklasse, ohne sich den Marxismus-Leninismus als Leitfaden und wissenschaftlichen Ausgangspunkt der erst noch zu erarbeitenden Kritik des Kapitalismus auf der Höhe seines realen Entwicklungsstandes anzueignen, ihn vielmehr in vermeintlich wesentlich abgeschlossenerer Form als relativ bruchloses Anknüpfen an seine spezifische Erscheinungsform als Theorie einer bestimmten Entwicklungsphase der revolutionären Arbeiterbewegung, die im modernen Revisionismus mündete, zu übernehmen, hat die Bewegung an ihrem Anspruch der Rekonstruktion der revolutionären Arbeiterbewegung scheitern lassen. So oder so knüpfen sich daran verschiedene Konsequenzen. Die der MLPD ist, sich davon erst gar keinen Begriff zu machen und durch Stillstand rückwärts abzudriften.

Klaus, KG Ulm

Der Mythos der Partei geistert weiter

Gründungsveranstaltung der MLPD am 21.8. in Düsseldorf

klb.Düsseldorf. „Nach zehn Jahren ist es soweit ...", beginnt Stefan Engel, Vorsitzender des ZK der MLPD, seine Rede vor den vielleicht zweitausend in der Philipshalle Versammelten. Das Licht in der Halle ist gelöscht, Scheinwerfer erleuchten nur die Bühne und den Vorsitzenden am Rednerpult. Vor und nach der Rede spielt ein Orchester, dessen Mitglieder festlich-einheitlich in schwarzen Hosen und weißen Hemden oder Blusen gekleidet sind, alte Arbeiterlieder. Draußen im Vorraum sind in einer Art Schaufenster auf roten Holzregalen das Grundsatzprogramm und das Kampfprogramm der MLPD ausgestellt, links daneben in einer Vase ein Strauß roter Nelken, zu beiden Seiten der Regale stehen rote Holztafeln, auf denen zwei Seiten aus der „Roten Fahne" (bislang Zeitung des KABD, jetzt der MLPD), die von der Gründung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands künden, hochgezogen sind. Das sind nur ein paar Eindrücke von dem schwülstigen Pathos und der eitlen Selbstbespiegelung, die diese Gründungsveranstaltung durchziehen, die den meisten ML-Organisationen, so auch dem KBW lange Jahre, eigen waren und zum Teil noch sind.

Der Akt der Umbenennung des KABD in MLPD, tatsächlich nichts anderes als eine bloße Namensänderung, verkehrte sich in den Köpfen der meisten Genossinnen und Genossen des vormaligen KABD selbst schon in einen Akt, der die Wirklichkeit verändert, das war deutlich zu spüren. Nun sind sie nicht einfach mehr Mitglieder eines kommunistischen Bundes neben anderen, jetzt sind sie Mitglieder *der* Partei *der* Arbeiterklasse, Mitglieder *der* „politische(n) Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin" (aus: Statut der MLPD).

Sie sind es auch, die sich in den vergangenen zehn Jahren die Voraussetzungen für die Gründung *der* Partei geschaffen haben; sie haben ihre proletarische Reinheit bewahrt (nicht müde wird die MLPD, zu erklären, daß 92% ihrer Mitglieder proletarischer Klassenlage seien, im ZK gar 96%), während die anderen Organisationen kleinbürgerlich entartet seien; sie haben am Marxismus-Leninismus festgehalten, während andere ihn verrieten. Damit das auch in Zukunft so bleibt, wurde u.a. ins Statut geschrieben, daß alle Mitglieder die Pflicht haben, „wachsam zu sein gegenüber Karrieristen, Abweichlern und Agenten und darauf zu achten, daß derartige Elemente der Partei keinen Schaden zufügen können, und jeden verdächtigen Vorfall der zuständigen Leitung und der zuständigen Kontrollkommission zu melden; unversöhnlich zu sein gegen alle Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und von den Mao-Zedong-Ideen, sowie von der ideologisch-politischen Linie der Partei". Eine solche Sprache gleicht nicht nur in ihrer Struktur der religiöser Heilslehrer, die vor der Versuchung durch das Böse in Gestalt des Teufels warnen, sie entspringt auch dem gleichen Denken, das in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Praxis im stalinistischen Terror gegen „Abweichler" aller Schattierungen gipfelte und auch heute noch, wenn auch in weitaus milderen Formen, in den Staaten des sog. real-existierenden Sozialismus zu finden ist. Für die MLPD aber gehört Stalin neben Marx, Engels, Lenin und Mao Zedong zu den „Leuchtfackeln" (so der ZK-Vorsitzende in seiner Rede) für die Arbeiterklasse. Hinter die Beschwörung des Mythos der Partei Lenins und der kommunistischen Parteien der 3. Internationale tritt der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse selbst zurück. Das äußert sich in Formulierungen wie der, daß die Arbeiter ihre Partei, die MLPD, unterstützen müssen (so der ZK-Vorsitzende in seiner Rede).

Ich für meinen Teil habe genug von solchem Parteigehabe – und was die Arbeiter davon halten werden, wird die Zukunft, als deren Partei sich die MLPD im Gegensatz zur SPD, die die Vergangenheit vertritt („Rote Fahne" vom 31.7.1982) versteht, zeigen. Aber einmal abgesehen davon, obwohl Formen und Strukturen von den Inhalten nicht zu trennen sind, waren auch die dargebotenen Inhalte mehr als kümmerlich, teilweise auch haarsträubend. Kümmerlich, wo Stefan Engel, nachdem er die gegenwärtige Krise in ihren vielfältigen Erscheinungen und Auswirkungen auf die Lohnabhängigen beschrieben hatte, als aktuelles Kampfziel, das zwar nicht die Ursachen der Krise beseitigen könne, aber alle Lohnabhängigen zusammenschließen könne, einzig den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich propagierte, ohne auch nur die Schwierigkeiten zu benennen, die sich diesem Kampf gerade in Krisenzeiten stellen.

Sozialpläne wurden umstandslos als Mittel bezeichnet, die die Arbeiter vom Kampf gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen hindern sollen. Auch die paritätische Mitbestimmung ist in den Augen Engels allein Betrug an den Arbeitern. Er sieht nicht, daß die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung dem Schein der kapitalistischen Produktionsweise, die auf den beiden Faktoren Kapital und Arbeit zu beruhen scheint, entspringt und dementsprechend kritisiert werden muß. CDU, FDP und SPD werden umstandslos als Parteien des Monopolkapitals charakterisiert. Damit läßt sich aber die Rolle der Sozialdemokratie in keiner Weise erklären. Für die GRÜNEN bleiben bei Engel zwei Sätze: zum einen sind sie Kleinbürger, zum anderen fordern sie Nullwachstum, was sich objektiv gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtet. Fertig.

Bevor Engel nun der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus einen dauerhaften Ausweg weist, wofür sie ihre Partei, die MLPD, unterstützen muß, geht er noch auf die Entwicklung in den Staaten des sogenannten real-existierenden Sozialismus ein, die für die Arbeiterklasse keine Alternative ist. Hier hält die MLPD die Theorie vom Sündenfall hoch, der 1956 mit dem XX. Parteitag der KPdSU sich ereignete. Da Stalin die Bürokratie nicht entschieden genug bekämpft habe, habe die entartete Bürokratie auf dem XX. Parteitag die Macht in Partei und Staat übernommen, schrittweise den Kapitalismus restauriert und die bis dahin gleichfalls sozialistischen Staaten des RGW auf den kapitalistischen Weg gezwungen. In China ereignete sich der Sündenfall knapp zwanzig Jahre später, nach dem Tode Mao Zedongs und dem Sturz der sogenannten Viererbande habe dort die Bürokratie die Macht ergriffen und den Kapitalismus restauriert. Auch in Polen begann für die MLPD alles Übel mit dem Machtantritt Gomulkas 1956, und damit, daß dieser Schritt für Schritt den zentralen Plan beseitigt haben soll.

Daß wir nun mit der MLPD wieder *die* Partei *der* Arbeiterklasse haben sollen, beunruhigt nicht weiter. Beunruhigend ist nur, daß es weiter einige Hundert Menschen, die sich als Revolutionäre bezeichnen, gibt, die aus der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung wenig mehr gelernt haben, als daß bis 1956, in China bis 1975, weitgehend alles richtig gewesen wäre, die weiterhin dem Mythos der Partei anhängen und alle gegangenen Irrwege wiederholen wollen, auch wenn sie es wahrscheinlich und hoffentlich nicht können.

Marx Engels Bildungsgesellschaft

Einladung zur Winterurlaubsschulung vom 26. Dezember 1982 bis 9. Januar 1983

Vom 26. Dezember 1982 bis zum 9. Januar 1983 führt die MEG eine zentrale Winter-Urlaubsschulung durch.

Für Genossinnen und Genossen, die sich in der ersten Januarwoche nicht freimachen können, bieten wir Kurzkurse (vom 26.12. bis zum 2.1.) an.

Wie immer findet die Urlaubsschulung in einer landschaftlich schönen Gegend in zentraler Lage statt, die von Nord und Süd gleich gut erreichbar sein sollte. Die Unterbringung erfolgt in Ferienhäusern, die zugleich als Schulungsräumlichkeiten dienen. Wir werden uns bemühen, auch für ein Freizeitangebot (Wandern, kulturelle Veranstaltungen etc.) zu sorgen. Für Vorschläge und Eigeninitiativen Eurerseits sind wir jetzt schon dankbar.

Außer den An- und Abreisetagen sowie, wenn möglich, einigen freien Tagen sollen die Kurse täglich 3 – 4 Stunden Dauer stattfinden.

Wir bieten Euch 9 Kurse zur Auswahl an, wobei wir gemäß der Differenzierung der Teilnehmer auf die Voraussetzungen für die jeweilige Kursteilnahme hinweisen!

I. GRUNDKURSE (Keine Voraussetzungen unbedingt erforderlich)

Philosophie: Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. *Kurzkurs (bis 2.1.)*

Friedrich Engels: Anti-Dühring. Teil 1: Philosophie

G.W. Plechanow: Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung (Dietz)

Politische Ökonomie: Einführung in das „Kapital"
Das Kapital Bd. I, Abschnitte I – III

Geschichte: Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Reichseinigung

II. FORTGESCHRITTENENKURSE

Politische Ökonomie: Erarbeitung aktueller Theorien und Fragestellungen zu Lenins Imperialismustheorie. Voraussetzung: Kurs Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Geschichte und Theorie des proletarischen Klassenkampfs:
Geschichte der KPD von der Novemberrevolution bis zur Zerschlagung des Faschismus
Teilnahmevoraussetzungen: Kenntnisse der deutschen Geschichte sowie Bereitschaft zur Lektüre umfangreichen Quellenmaterials.

Santiago Carillo: Eurokommunismus und Staat (VSA)
Voraussetzung: Kenntnisse in marxistischer Staatstheorie.

III. STUDIENKURS (Voraussetzung: Fortgeschrittene Kenntnisse in der Philosophie und intensives Selbststudium)
G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Teil I (Hegel Werke, suhrkamp, Bd. 8)

Die Schulungen finden parallel statt, d.h. jeder kann nur an einem Kurs teilnehmen.

Da erfahrungsgemäß nicht alle Kurse zustandeskommen werden, bitten wir alle Teilnehmer, bei ihrer Anmeldung neben der Angabe der Nummer ihres Kurses erster Wahl auch noch die Nummer eines Alternativkurses anzugeben.

Für die Anmietung der Ferienhäuser müssen wir von jedem Teilnehmer mit seiner Anmeldung eine *Anzahlung von 50 DM auf folgendes Konto* erhalten:

Martin Gerhardt, Buchhandlung Bulmker Str. 32 a. Postscheck: 180594-433, Postscheckamt Essen. Stichwort: Urlaubsschulung.

Die Anmeldung an: MEG, Bochumer Str. 104, 4650 Gelsenkirchen

Der letzte Anmeldetermin ist der 15. September 1982

Stellenangebot

Die Kühl KG sucht für den Bereich Werbung und Gestaltung eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter

Der Aufgabenbereich umfaßt die Planung und Erstellung von Anzeigen und Werbematerialien für die Verlage Sendler und Kühl und den Buchvertrieb Hager bis hin zur Außengestaltung von Büchern.

Grundkenntnisse in Satz- und Reprotechnik sind von Vorteil

Bewerbungen entweder schriftlich an
Kühl KG, Postfach 111162,
6000 Frankfurt/Main oder
telefonisch 0611/730231
V. Lehmann

Veranstaltungen

Düsseldorf
„Zwei Jahre nach den Vereinbarungen von Gdansk – die Situation in Polen heute." Es sprechen: Zenon Szelest und Marek Miklajczuk (Mitglied der Bremer Delegation). Evangelische Studentengemeinde, Witzelstr. 76
Montag, 30.8.1982, 19.30 Uhr

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf zu den Erfahrungen beim und die Konsequenzen aus dem Kampf um die Startbahn West (Grundlage: Artikel von kow. in Kommunismus und Klassenkampf 8/1982). Schulungszentrum, Mainzer Landstr. 147
Freitag, 3.9.1982, 19.30 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 28.8.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, gegen 16.00 Uhr

Frauen
Beginn: Samstag, 28.8.1982,. 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 29.8.1982, gegen 16.00 Uhr

Fragen der Friedensbewegung
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr

Bildungswesen
Beginn: Samstag, 4.9.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.9.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldung bis spätestens 14 Tage vorher!

Arbeitskonferenz: Arbeit in den Gewerkschaften und 35-Stunden-Woche

Thema:
Darstellung und Kritik der unterschiedlichen Ansätze zur Untersuchung der Politik der westdeutschen Gewerkschaften (Arbeitstitel)
Der Kampf um die 35-Stunden-Woche als Teil gewerkschaftlicher Strategie
Materialien zu den beiden Themen werden Anfang Oktober als Reader herausgegeben.

Termin: 30./31. Oktober 1982

Anmeldungen für die Arbeitskonferenz und Bestellungen des Readers bitte frühzeitig an KBW Bundesleitung

Die Arbeitsgruppen und Seminare finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231.
Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Verteidigung und Entspannung

Kann man sich, wie es DGB und andere Kräfte tun, beim Kampf um den Frieden, bei „Entspannung" und Abrüstung, auf die Nato stützen? Einige Aussagen Caspar Weinbergers zur Funktion der Nato.

gkr. Der 1. September – der Antikriegstag – erinnert an den Überfall des Hitler-Faschismus auf Polen vor nunmehr 43 Jahren und damit an den Ausbruch des II. Weltkrieges. So etwas darf nicht noch einmal geschehen, unter diesem mehr oder weniger ausgesprochenen Motto stand der Antikriegstag in früheren Jahren. Seit kurzem heißt die Frage immer deutlicher: wie kann ein gegenwärtig drohender Krieg verhindert werden. Die Problematik ist dringlicher geworden, und damit auch die Beteiligung größer bzw. breiter. Seitens des DGB, bzw. einzelner Untergliederungen und der Gewerkschaftsjugend, gibt es in diesem Jahr auch offiziell geduldete Demonstrationen, Stafetten oder Veranstaltungen und Kundgebungen (siehe Kommentar). Welche Richtung muß eine Politik der Kriegsverhinderung nehmen, steht auch hier und heute im Vordergrund der Debatte.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert alle Arbeitnehmer auf, die Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen." So lautet der Schluß des DGB-Aufrufs. Welche „Entspannungs- und Friedenspolitik" damit gemeint ist, wird nicht ausdrücklich erwähnt, läßt sich aber aus dem Zusammenhang doch interpretieren: Im wesentlichen die Politik der sozialliberalen Koalition, gestützt auf die Nato die Möglichkeiten eines Handelns mit der Sowjetunion offenzuhalten. Die Nato als Verteidigungsbündnis (in dem wohl ab und an die USA gebremst werden muß)? Man muß sich dieses Bündnis etwas genauer ansehen.

Die Nato – nicht in erster Linie ein Militärbündnis

Die erste These in bezug auf die Nato wäre, daß sie nicht in erster Linie oder allein ein militärisches Bündnis ist, sondern daß sie ein Bündnis zur Herstellung der Möglichkeiten freien Kapital- und Warenverkehrs zwischen den Staaten ist und das heißt mit anderen Worten: Sie ist zur Sicherung der Mög-
Staaten ist und das heißt mit anderen
Worten: Sie ist zur Sicherung der Mög-
lichkeit der Ausbeutung der Welt durch die ökonomisch mächtigsten Staaten, d.h. in erster Linie der USA, dann aber auch der EG-Staaten, da. So ist auch nicht erstaunlich, daß gerade *dieses* Bündnis für die USA unter allen Bündnissen, die sie nach dem II. Weltkrieg geschlossen hat, die herausragende Bedeutung hat.

Caspar Weinberger, US-amerikanischer Verteidigungsminister, hat in seinem Jahresbericht vom 8. Februar, gut ein Jahr nach Amtsantritt Reagans, in groben Zügen diese Interessen dargelegt: „Wir sind entschlossen, gegenüber den Sowjets die Überlegenheit bei den Seestreitkräften wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Frage des Einsatzes von Seestreitkräften durch die Vereinigten Staaten und ihre Gegner zum Schutz oder zur Förderung ihrer Interessen steht im engen Zusammenhang mit der allgemeineren Frage nach der Fähigkeit der beiden Seiten, Macht in verschiedene Gebiete der Welt zu projizieren. Wir haben gegenwärtig in vielen Gebieten, die weit vom kontinentalen Teil der Vereinigten Staaten entfernt sind, lebenswichtige Interessen. Zu diesen Gebieten gehören nicht nur zwei der 50 Bundesstaaten der Vereinigten Staaten und das Commenwealth von Puerto Rico, sondern auch die mit uns verbündeten Staaten in Europa und Asien sowie Gebiete – in erster Linie der Persische Golf –, die für uns und unsere Verbündeten von äußerster Wichtigkeit sind.

Die Vereinigten Staaten haben seit langem erkannt, daß sie wesentliche Interessen in entfernten Gebieten haben. Während der siebziger Jahre neigten wir jedoch dazu, unsere Interessen auf die Mitte Westeuropas zu beschränken und die Tatsache zu vernachlässigen, daß sowohl für unsere europäischen Verbündeten als auch für uns selbst andere Teile der Welt von lebenswichtiger Bedeutung sind. Tatsächlich ist die Abhängigkeit Westeuropas, unserer asiatischen Verbündeten und der Vereinigten Staaten von Rohstoffen aus anderen Teilen der Welt genau zu der Zeit erheblich gestiegen, in der diese Gebiete gegen feindselige Maßnahmen immer verwundbarer geworden sind."

Das natürliche Recht der hochentwickelten kapitalistischen Staaten auf freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf der ganzen Welt, dies Recht wird proklamiert und dieses Recht, dessen Nutzen einseitig ist, soll verteidigt werden. Insofern, aber nur insofern, *ist* die Nato ein *Verteidigungsbündnis*. Dieses Recht gilt es im Grunde auch gegenüber der Sowjetunion durchzusetzen. Zwar vielleicht nicht *direkt* durch militärische Gewalt, aber durch Abschneiden von Expansionsmöglichkeiten in anderen Regionen (und dies durchaus militärisch) und durch ökonomischen Zwang. Hierzu nochmals Weinberger: „Langfristig sind unsere Aussichten gut, wenn wir die großen Vorzüge der freien Welt, nämlich die Widerstandskraft demokratischer Staaten, die Produktivität und den Erfindungsreichtum des Kapitalismus sowie die Vitalität freier Gesellschaften, geschickt nutzen. Präsident Reagan hat es so ausgedrückt: ‚Der Westen wird den Kommunismus nicht eindämmen, sondern ihn übertreffen.' ... Wenn sich die natürliche Stärke freier Gesellschaften auf lange Sicht durchsetzen soll, muß unsere Verteidigungsstrategie zwei Aufgaben erfüllen. Sie muß erstens der weiteren Expansion und Festigung der sowjetischen Militärmacht Einhalt gebieten, ganz gleich, ob diese Expansion durch direkte militärische Intervention der Sowjets (wie in Afghanistan) oder durch ein weniger direktes Eingreifen (wie in Angola, Nicaragua und anderswo) erfolgt. Zweitens muß unsere Strategie dafür sorgen, daß die Produktivität und technologische Kreativität freier Gesellschaften nicht dazu ausgenutzt wird, chronische Mängel des kommunistischen Systems auszugleichen."

Diese Vorstellung einer uneingeschränkten Ausbeutung der gesamten Welt ist vielleicht vor Reagan einige Zeit nicht in dem Maße proklamiert worden, aber sie stand schon bei der Gründung der Nato Pate. Wobei von vornherein eine wesentliche Rolle die feste Einbindung der europäischen Staaten in diese Politik spielte. Das Embargo der USA gegen das Röhrengeschäft der europäischen Staaten mit der Sowjetunion ist der augenfällige Beweis für diese Politik. Und durchaus macht in diesem Sinne auch, sosehr die Ausführungen Reagans über Vertragstreue u.ä. Heuchelei ist, der Verkauf von Weizen an die SU einen Unterschied zum Erdgas-Röhrengeschäft.

Daß dieses Konzept nicht die *Verteidigung eines Landes, einer Nation* vor militärischen Angriffen bedeutet, wird denn auch in den militärischen Planungen deutlich. Hierzu nochmals Weinberger:

„Es wurde aber in den letzten Jahren immer deutlicher, daß die Bündnispartner in Nord-, Mittel- und Südeuropa zu einem Ganzen miteinander verbunden und sehr voneinander abhän-

Weltweite Interessen erfordern weltweiten militärischen Einsatz

gig sind – selbst außerhalb der Grenzen der Nato, insbesondere am Persischen Golf. Gleichzeitig hat die Sowjetunion ihre Fähigkeit stark vergrößert, politische Instabilität auszunutzen und ihre militärische Macht gerade in solchen Gebieten zur Geltung zu bringen. Die Strategie, die wir entwickelt haben, soll die Interessen des Bündnisses in diesen anderen Gebieten schützen. Unsere Strategie, vor allem die für den Persischen Golf, basiert auf folgender Konzeption: Die Aussicht, daß amerikanische und andere verbündete Streitkräfte eingesetzt werden und wir möglicherweise den Krieg auf *andere* (Hervorh. von mir, gkr) Gebiete ausdehnen, ist die wirksamste Abschreckung gegen eine sowjetische Aggression."



Die Nato hat aus dieser Vorstellung schon Konsequenzen gezogen und sowohl bei ihrer Ministertagung im Herbst 1981 wie auch bei den Gipfelkonferenzen jetzt im Mai dieses Jahres den Einsatz von Truppen außerhalb des Nato-Gebiets festgelegt bzw. gebilligt. Der Beitrag der BRD zur Wahrnehmung besteht nicht in der Bereitstellung von Truppen außerhalb des Vertragsgebiets der Nato, sondern im Ausbau der Basen der USA in der BRD, in denen Material für weitere Divisionen für den Kriegsfall eingelagert ist, genausogut aber zu verwenden von Seiten der USA im Kriegsfall z.B. am Golfgebiet. Wie wenig die BRD gegen eine solche Verwendung machen könnte, selbst wenn sie wollte, hat die Supermacht USA im Nah-Ost-Krieg 1973 gezeigt, wo auch die BRD als Drehscheibe genutzt wurde.

Man könnte durchaus als Beleg auch die Planungen eines Nuklearkrieges in Europa, die beabsichtigte Stationierung von Neutronenbomben etc. heranziehen. Sie alle haben Sinn unter dem Gesichtspunkt, daß die Nato bei einem drohenden Krieg in Mitteleuropa mit möglichst geringen Mitteln die erste Staffel der SU stoppen will und sie von dem Nachschub durch zweite und dritte Staffel abschneiden, u.U. eben unter Einsatz von Atomwaffen bzw. Neutronenbomben.

All diese Aussagen belegen im übrigen eines: der drohende Krieg zwischen den beiden Supermächten wird auf den Flanken, schon heute, vorbereitet. Nicht ohne Grund hat die Sowjetunion Afghanistan besetzt, kämpft um Einfluß im Iran wie auch in anderen Staaten des Nahen Osten, wobei sie, und das zu einem großen Teil tatsächlich auf Grund ihrer ökonomischen Schwäche, in letzter Zeit nicht gerade besonders erfolgreich operierte. Und der Krieg Israels im Libanon war nur möglich geworden, weil die USA Israel als Regionalmacht ausgebaut hat, weil die USA bis zu einem gewissen Punkt Israel freie Hand gelassen hat. Und er hat deshalb Widersprüche zwischen USA und Israel hervorgebracht bzw. verstärkt, weil die USA bei ihrer Politik im Nahen Osten, die für sie auf Grund der Ölreserven eine zentrale Rolle spielt, nicht alleine auf Israel gegen die arabischen Staaten setzen kann. Die wichtigste Aufgabe gerade auch im Sinne einer Verhinderung eines weltweiten Krieges ist daher dort die Stärkung der Positionen, die eine relative Unabhängigkeit von den USA ermöglichen.

Die Entspannungspolitik – eine wirksame Alternative?

Über diese Konzeption, vor allem auch, inwieweit eine ökonomische und militärische Zurückdrängung der Sowjetunion möglich ist, gibt es nun innerhalb der Nato durchaus Streit. Er drückt sich z.B. in der Differenz über die „Entspannungspolitik" aus. Eine Betrachtung der Entwicklung ergibt etwa folgendes Bild: Ende der 60iger Jahre zum Programm der Nato erhoben (im sog. Harmel-Bericht) und zusammenfallend mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition in der BRD (obwohl sicherlich nicht nur von dieser beabsichtigt, aber doch war die Politik dieser Koalition eine wesentliche Bedingung für die Möglichkeit ihrer Entfaltung) drückte sie eine zunehmende Stärke der europäischen Interessen innerhalb der Nato aus. Die USA waren in Vietnam tief verstrickt, weitere schwere Konflikte konnte sie sich schwerlich leisten, die europäischen Staaten, allen voran die BRD, waren ökonomisch erstarkt und hatten so oder so weniger Chancen auf Einfluß in anderen Staaten über militärischen Druck als über ökonomische Hebel. Schon um diesen Einfluß in verschiedenen Staaten der Dritten Welt geltend zu machen, waren Anzeichen der Kooperationsbereitschaft mit der Supermacht Sowjetunion nötig, denn diese verfügte über einigen ideologischen Einfluß in den Staaten der Dritten Welt. Auch Instrumente wie die Hallstein-Doktrin (keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen) mußten hierfür fallen.

Und daneben versprach der Handel mit der Sowjetunion, wie auch mit anderen Staaten des Warschauer Paktes, ein lukratives Geschäft zu werden, was, mit allen Einschränkungen, für die bundesdeutschen Unternehmen durchaus auch zutrifft. Das Erdgas-Röhrengeschäft ist ein Beispiel dafür, daß dies Geschäft auch gerade in der Krise von großer Bedeutung ist. Auf der anderen Seite hat die Entspannungspolitik für die Sowjetunion zwei Vorteile: zum einen die politische Anerkennung des status quo, eine Tatsache, die, solange sie von den Regierungen ausgesprochen wurde, in den Staaten des Ostblocks etwas Bewegungsfreiheit gegenüber der beherrschenden Supermacht Sowjetunion verschaffen konnte, die aber heute gerade gegen die Bewegungen von unten, die zu Recht eine Veränderung fordern, gewandt wird. Der zweite Vorteil liegt in der Möglichkeit, sich westliche Kenntnisse der Technologie zu eigen zu machen, auszunutzen, sei dies durch gemeinsamen Bau von Automobilfabriken, oder durch gemeinsame Erschließung von schwer erschließbaren Erdgasvorkommen in Sibirien.

Daß diese Entspannungspolitik durchaus aber auf Seiten der Sowjetunion nicht eine ideologische Entspannung meint, daß weder die expansiven Interessen der SU noch die der USA auf Dauer dadurch gebremst wurden, haben die vergangenen Jahre gezeigt. Die SU hat während der sogenannten Entspannung ihre Rüstung mindestens im selben Tempo wie in den davor liegenden Jahren verstärkt. Sie hat in dieser Zeit versucht, gestützt auf die Interessen Vietnams, sich Kampuchea zu unterwerfen, sie hat am Horn von Afrika ihren Einfluß auszudehnen versucht, sie hat Afghanistan überfallen und in Polen mit der Drohung der direkten Invasion ein Militärregime installiert.

Auf der anderen Seite hat die USA offensichtlich ihre militärische, vor allem aber auch moralische Niederlage aus dem Krieg gegen Vietnam und Kampuchea überwunden. Die „Entspannungspolitik" hat ihr von allen Beteiligten am wenigsten gebracht. Kein Wunder, daß von ihr die Forderung ausgeht, diese Politik zu revidieren. Können sich da wohl die europäischen Staaten, allen voran die BRD, mit ihrer Forderung „zurück zur Entspannungspolitik" durchsetzen? Ja, was würde das überhaupt für die Völker Europas bringen? Mit anderen Worten: Ist die Forderung des DGB auf Fortsetzung der Entspannungspolitik tatsächlich eine Forderung, die den Frieden stärkt, die die Kräfte, die auf einen Krieg drängen, schwächt?

Wenn Entspannungspolitik bedeutet: Verzicht auf gewaltsame Änderung von Grenzen, wenn es wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeutet, wenn es die Bereitschaft zum Abbau von Waffen bedeutet, man könnte dem allem zustimmen. Nur: Verzicht auf gewaltsame Veränderung von Grenzen hat nicht verhindert, daß die SU mit Waffengewalt (bzw. deren Drohung) ihren Herrschaftsbereich in Polen gegen ihr gefährlich werdende ideologische Entwicklungen abgesichert hat, und daß sie in Afghanistan einmarschiert ist, genausowenig wie sie die USA aus El Salvador herausgehalten hat oder die Errichtung einer Militärdiktatur in der Türkei behinderte. Sie beinhaltet eben gleichzeitig die Anerkennung des status quo der jeweiligen Einflußgebiete. Dagegen aber muß man durchaus sein. Der Nutzen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Entspannungspolitik ist durchaus recht einseitig auf der Seite der kapitalistischen Staaten wie der Sowjetunion, am wenigsten aber bei den übrigen Staaten des Warschauer Paktes, die im Laufe der Jahre nur immer weiter verschuldeten. Und wirksame Rüstungskontrollmaßnahmen wurden während dieser Jahre tatsächlich *nicht* erreicht. Im Gegenteil, unter dem Mantel der Entspannungspolitik wurde kräftig aufgerüstet und vom Verzicht auf militärische Überlegenheit, wie sie der DGB als eine der zwei Säulen der Entspannungspolitik bezeichnet, ist wahrlich wenig zu spüren.

Was bleibt? Nicht die Rückkehr zu *der Entspannungspolitik* im Rahmen der Blöcke ist die Alternative zu der ständig zunehmenden Kriegsgefahr, sondern nur die Abkehr von den beiden Blöcken, für uns von der Supermacht USA und der Nato, eröffnet Chancen einer wirksamen Entspannung zwischen den *Völkern* Europas.



Haushaltskürzungen in den USA

„Es handelt sich um einen Kampf gegen die Arbeiterklasse, daran gibt es nichts zu deuteln"

Interview mit Gus Newport, Bürgermeister von Berkeley, Kalifornien

ans. Berkeley, USA. Anfang August erklärte der US-amerikanische Haushaltsdirektor Stockmann, wenn die Wirtschaft eine Chance haben sollte, müßten im nächsten Jahr weitere erhebliche Kürzungen in den Sozialprogrammen vorgenommen werden. Tags zuvor hatte die Reagan-Regierung verlauten lassen, die kostenlose Krankenhausbehandlung für die Bedürftigsten sei zu reduzieren. Uferlos, bodenlos, die Kaltblütigkeit der herrschenden Klasse, die Wirtschaftskrise auf Kosten der Volksmassen zu kurieren. Daran ändert auch die verfassungsmäßige Weihe nichts, die Reagan gerade diesen Angriffen mit einem Nachtragsgesetz zum „Ausgeglichenen Haushalt" zu geben versucht.

Die Sozialhaushaltskürzungen werden einleitend zu dem folgenden Interview genannt. Der größte Einschnitt erfolgte bei „Medicare", Bestandteil der gesetzlichen Sozialversicherung (Alters-, Behinderten- und Rentnerkrankenversicherung). Bereits bisher werden nur 40% der Gesundheitsversorgung der Rentner durch Medicare gedeckt. Für die ersten 60 Krankenhaustage mußte der Rentner z.B. bis jetzt 260 Dollar (1981 204 Dollar) selbst auf den Tisch legen. Für Krankenhaustage ab dem 60. bis zum 90. Tag zahlt er täglich 65 Dollar (1981 51 Dollar). Ab dem 90. Tag muß er die volle Rechnung aus eigener Tasche begleichen. Außerdem war der Rentner gezwungen, 11 Dollar (1981 9 Dollar) monatlich für den Ärzterechnungsteil von Medicare aufzubringen.



Mattie Dudley.

Mattie Dudley, 65, lebt von 284,30 Dollar Altersversicherung im Monat. Der Kauf einer Beerdigungs-Urkunde für 1000 Dollar wurde ihr als „Vermögen" angerechnet; sie verlor ihre Medicaid-Unterstützung. Sie erklärte, solange zu kämpfen, bis die Behörden „aufgeben". Das Gesundheitsministerium in Washington – unter Druck geraten durch die Woge der Empörung, die dieser Fall auslöste – verspricht jetzt neue Richtlinien: Durch den Kauf von Beerdigungsurkunden sollen alte, blinde und behinderte Menschen keine finanzielle Unterstützung mehr verlieren können.

Die absehbaren, zusätzlichen Belastungen durch die erneuten Kürzungen schneiden ins Fleisch. 1982 beträgt die Maximalrente für 65jährige, die durchgehend versichert waren, 680 Dollar monatlich. Die Minimalrente für einen 65jährigen nach 30 Jahren Arbeiterdasein: 321 Dollar.

Besonders gemein, schikanös und übelriechend ist die Verschärfung der „dauernden gesetzlichen Behinderten-Überprüfungen" (CDIs), 1980 durch den Kongreß angeordnet. Die Behindertenversicherung ist Teil der gesetzlichen Sozialversicherung. Zwischen März 1981 und März 1982 wurde 130000 Behinderten die Versicherung gestrichen. 1981 lehnten die Behörden 70% der Neubewerbungen ab (1964 50%). „Der Staat sollte Gaskammern für Leute wie mich bauen", so eine der Betroffenen.

Die Medicaid-Kürzungen von 700 Mio. Dollar (im Jahr zuvor bereits 719 Mio. Dollar) trifft die Sozialfürsorgeempfänger, die Ärmsten also. Bund und Länder übernehmen je zur Hälfte einen Teil ihrer Gesundheitsversorgung. Die kalifornische Legislative hat bereits nachgezogen und Medical-Kürzungen (so heißt Medicaid hier) von 400 Mio. Dollar verfügt. Außerdem hat sie flugs mal eben die Kategorie des „medizinisch bedürftigen Erwachsenen" – des schlechtverdienenden, nicht Sozialhilfe empfangenden Lohnabhängigen – eliminiert. Er soll halt sehen, ob die Kreise was mit ihm anfangen können.

Bisher konnten sich die drei Millionen kalifornischen Sozialhilfeempfänger an alle Krankenhäuser wenden. Jetzt hat das kalifornische Parlament beschlossen, sie in einer beschränkten Anzahl von Krankenhäusern zusammenzupferchen, mit denen der Staat dann Verträge zur „sparsameren Bewirtschaftung" abschließt. Dort wird der Rotstift wüten: schlechtes Essen, überfüllte Räume, kurze Verweildauer, total überlastetes Personal.

Das folgende Interview zeigt die Auswirkungen der Bundes- und Länderkürzungen auf der Ebene der Gemeinden. Gus Newport, schwarzer Bürgermeister der Universitätsstadt Berkeley, kommt aus der Bürgerrechts- und Anti-Vietnam-Bewegung der 60er Jahre. Er ist Mitglied der Berkeley Citizen Action (Bürgeraktion Berkeley). Der Vorläufer dieser Aktion gründete sich 1967, zunächst um die Kandidatur des heutigen schwarzen demokratischen Kongreßabgeordneten Ron Dellums zum Stadtrat zu fördern. Die Gründer dieser Basisorganisation waren Teil der Free-Speech- (Redefreiheit) Bürgerkriegs- und Anti-Vietnam-Bewegung der 60er Jahre. Nach Aussage des politischen Referenten des Bürgermeisters liegen die politischen Schwerpunkte der Berkeley Citizen Action auf Forderungen nach Bürgerkontrolle – z.B. gegenüber den Kapitalisten und Grundeigentümern – und auf der Verteidigung bzw. dem Ausbau von Sozialdiensten. Aktionsformen sind Wahl- und Gesetzesinitiativ-Kampagnen. „Auf lokaler Ebene – und das ist neu – gibt es Ansätze eines grundsätzlicheren Kampfes um Ideen, um politische Vorstellungen. Prinzipiellere ökonomische Fragen werden aufgeworfen, der Mensch dem business gegenübergestellt", so der politische Referent.

Der Bundeshaushalt, der im Juni im Kongreß verabschiedet wurde, sieht eine Erhöhung des Militärhaushalts um 26,5 Milliarden Dollar vor; gleichzeitig werden die Sozialprogramme drastisch gekürzt: Medicare um 3,6 Milliarden Dollar, Essensmarken um 900 Millionen, Medicaid um 700 Millionen, das AFDC-Programm (Hilfe für Familien mit abhängigen Kindern) um 500 Millionen Dollar. Wir wirken sich diese Kürzungen auf Länder, Kreise und Gemeinden aus?

Zunächst beeinflussen sie die sogenannten Berechtigungsprogramme der Bundesregierung, mit denen die einzelnen Länder bis zu einer bestimmten Höhe – je nach Bevölkerung, Bedürftigenzahl, Steueraufkommen – rechnen konnten. So sind z.B. die Sozialfürsorgeprogramme, die über die Staaten an die Kreise weitergeleitet werden, massiv beschnitten worden. Versucht wird auch, die Berechtigungsfaktoren für Medicaid – in Kalifornien Medical – zu verändern. Stark reduziert werden außerdem die Schulunterstützungsprogramme.

Dann gibt es die „Steuergelder-Aufteilungs-Programme, zur unmittelbaren Unterstützung der Städte durch den Bund. Sie können je nach Bedarf verwendet werden. Das „Gesetz zur umfassenden und dringlichen Ausbildung" ist eine besondere Form des obigen Typs. Im Rahmen dieses Programms hatten wir vor zwei Jahren ausreichend Geld, um zwischen 700 und 1000 Leute für Arbeitsplätze auszubilden. Im letzten Jahr reichte das Geld nur noch für 200. Dadurch ist die Arbeitslosenrate in Berkeley um mindestens 1 bis 2% angestiegen! 1977 – zur Hochzeit dieses Programms – bekam Berkeley 17,6 Millionen Dollar, 1981 6,8 Millionen, im letzten Jahr 1,2 Millionen. Dann wurde dieser Betrag noch einmal um 12% gekürzt! Bisher konnte eine Stadt ab 100000 Einwohnern hauptverantwortlich solch ein Programm durchführen. Der Kongreß will jetzt die Grenze auf 500000 heraufschrauben; bei kleineren Städten würden dann die Länder die Verantwortung übernehmen.

Ein anderes Programm, das „Gemeinde-Entwicklungs-Programm" – ebenfalls ein Bundesprogramm – sah z.B. die Renovierung alter, den Bau neuer, billig zu vermietender Häuser und die Errichtung von Seniorenheimen vor. Auch hier ist kräftig gekürzt worden. Außerdem sollen auch in diesem Fall jetzt die Länder entscheiden, welche Städte wie hoch unterstützt werden. Das erhöht natürlich den Verwaltungsaufwand, was wiederum von den bewilligten Geldern abgezogen wird.

Berkeley ist eine von zwei kalifornischen Städten, die ihre eigene Gesundheitsabteilung hat. Kein umfassendes Gesundheitswesen natürlich. Wir führen jedoch z.B. Ernährungskurse und Schwangerschafts-Fürsorge durch. Wir hatten auch ein umfangreiches Programm zur „Seelischen Gesundheit", Gruppentherapie, Beratung etc. Als Reagan kalifornischer Gouverneur war, hat er die Hälfte der Heilanstalten geschlossen. Die Leute wurden auf die Straße gesetzt. Es gibt viel Bedarf. Zumal in Zeiten, wo die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage viele menschliche Tragödien hervorruft. Als General Motors in Fremont dichtmachte, haben z.B. sechs Arbeiter Selbstmord begangen. Aber die Reagan-Regierung geht davon aus, und dies Denken wird weitgehend von der Mittelklasse geteilt, daß jeder selbst für Mißerfolg oder Erfolg in seinem Leben verantwortlich ist.

Wer ist besonders von den Kürzungen getroffen?

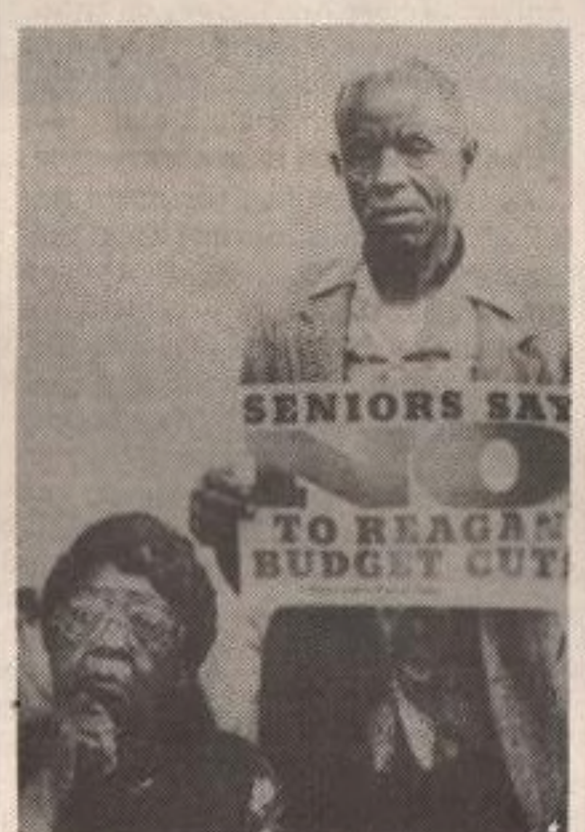
Die Armen, die Farbigen, die Behinderten. Die Arbeiterklasse überhaupt, insbesondere die Arbeitslosen. Seit Reagan an der Regierung ist, ist die Rate um 2,5% gestiegen. Der gewaltige Militärhaushalt treibt die Staatsschulden hoch, die Zinssätze sind enorm. Statt das durch Steuererleichterungen gesparte Geld hier zur Reindustrialisierung einzusetzen, investieren die Kapitalisten in Übersee in Billiglohnländern. So gehen Arbeitsplätze verloren. Für die Regierung und die multinationalen Konzerne zählt die Arbeiterklasse nicht.

Wie reagiert der Stadtrat auf die Haushaltskürzungen der Bundesregierung?

Der Stadtrat von Berkeley verabschiedete eine Resolution gegen die immensen Sozialkürzungen und gegen den Anstieg des Verteidigungshaushalts. Wir, die Berkeley Citizen Action, legten für die Wahlen 1980 eine Gesetzesinitiative vor, die sich gegen die zwangsweise Registrierung von potentiellen Wehrpflichtigen (draft) aussprach und den Kongreß aufforderte, die Hälfte des Militärhaushalts für innenpolitische Programme zu verwenden. 60% der kalifornischen Bevölkerung hat diese Initiative unterstützt.

Wie schätzen Sie zusammenfassend dieses Reagansche Programm ein?

Es handelt sich um einen Kampf der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterklasse, ganz klipp und klar, daran gibt es nichts zu deuteln. Gleichzeitig geht das Land an der hohen Inflationsrate zugrunde. Am meisten wird die Inflation dadurch hochgetrieben, daß ständig so viel in die kapitalintensive Rüstungsindustrie gesteckt wird, deren Güter nicht wiederverwertbar sind. Dieses Land muß, wenn es überleben will, eine neue Wirtschaftsordnung entwickeln.



Im Juni protestierten mehr als 100 Rentner vor dem Stadtrat von Berkeley gegen die geplante Entlassung von drei Direktoren von Seniorenzentren. Der Stadtrat von Berkeley plant, für alle drei Zentren einen Direktor einzustellen und die Öffnungszeiten zu reduzieren.

Reagan versucht zur Zeit verstärkt, sein Konzept vom „neuen Förderalismus" durchzusetzen. Seine Begründung: „Wir sind entschlossen, den Ländern und den Gemeinden die Macht zurückzugeben, so viel Entscheidungsbefugnis wie möglich auf die Ebenen zu verlagern, wo die Dienste tatsächlich geleistet werden." Wird Reagan dieses Programm durchsetzen? Was ist Ihre Einschätzung?

Was Reagan „neuer Förderalismus" nennt, nenne ich mehr Rechte für die Bundesländer. Unter den jetzigen Bedingungen läuft das auf mehr Macht für die republikanischen Gouverneure hinaus, die in den Ländern in der Mehrheit sind. Die sollen dann entsprechend Reagans Prioritäten die Gelder vergeben. Außerdem soll sich der Druck der Lobbies auf die einzelnen Länder verteilen, statt wie jetzt auf Washington konzentriert sein.

Der Vorsitzende der „Nationalen Gouverneurs-Vereinigung" hat sich doch aber gegen diese Pläne ausgesprochen?

Nun, gegen die Kürzungen sind die Gouverneure schon, nicht aber gegen die Machterweiterung, gegen mehr Kontrolle gegenüber den Kreisen und Gemeinden.

Und die Bürgermeister?

Erstaunlicherweise hatte Reagan zunächst ziemlich viel Unterstützung, denn er beherrscht die Medien, ist ein Schauspieler. Aber als die Arbeitslosenrate stieg, die Sozialversicherung der Rentner angegriffen wurde, als deutlich wurde, für was er steht, da hat sich das geändert. Das wird sich übrigens auch in den Wahlen auswirken. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch die Demokratische Partei ist bankrott, sie hat mehr oder weniger dem Militärhaushalt zugestimmt, gleichzeitig tritt sie für Beschäftigungsprogramme und für die Sozialversicherung ein. Persönlich glaube ich jedoch, daß die Arbeiterbewegung ihre eigene, dritte Partei braucht.

Die große Gewerkschaftsdemonstration im letzten Herbst in Washington und die Friedensdemonstrationen im Juni in New York und San Francisco haben gezeigt, daß der Widerstand gegen die Reaganschen Kürzungen wächst. Wie schätzen sie diese Opposition ein?

Ja, es bildet sich eine Front gegen das Reagansche Programm, sie besteht aus Farbigen, Armen, Arbeitervertretern, Kirchen, Rentnern und der Arbeiterklasse überhaupt. Die Solidarity Day Demonstration im letzten Herbst kam aufgrund von Druck der Gewerkschaftsbasis zustande, die Führung kriegte es mit der Angst und setzte sich an die Spitze, um besser den Daumen draufzuhalten. Beschlossen wurde, nur die innenpolitischen Kürzungen anzugreifen, nicht die Außenpolitik, den Kriegshaushalt. Meiner Meinung nach hat die AFL-CIO-Führung eine Vereinbarung mit der Regierung, die Außenpolitik aus dem Spiel zu lassen. Während der großen Demonstrationen im Juni dieses Jahres haben wir jedoch beides angegriffen. Das ist etwas Neues, daß sich die Arbeiterklasse gegen den Militärhaushalt wendet. Das hat viel mit der Frage der Arbeitsplätze zu tun. Die Prioritäten, die in dieser Gesellschaft gesetzt werden, müssen geändert werden. Zu allererst sollten die Gelder im Interesse der Menschen eingesetzt werden.

Welche Schwierigkeiten muß die Widerstandsbewegung überwinden?

Das Problem ist, daß die meisten Menschen den ökonomischen Aufbau dieser Gesellschaft nicht verstehen. Durch unsere Erziehung sind wir an der Nase herumgeführt worden. Die Vorstellung, jeder könne etwas erreichen, wenn er sich nur anstrengt, ist noch immer da. Jeder konkurriert mit dem andern. Allmählich erkennen die Menschen jedoch – und diese Erkenntnis gleicht einem Schock – daß in diesem System kein Schutz vor den Auswirkungen von Krisen vorgesehen ist. Sie beginnen zu reagieren, aber noch nicht gegen das ganze System, nur gegenüber der bestimmten Situation.

Welche Aktionsformen entwickelt die Widerstandsbewegung?

Demonstrationen, Versammlungen, Untersuchungsarbeit, die wir auch unseren Abgeordneten im Kongreß zur Verfügung stellen, damit sie sie Reagan und seinen Leuten entgegenhalten können. Der Widerstand hat noch keine gewaltsamen Formen angenommen, aber wer weiß, wozu die Menschen getrieben werden können.

Bilden sich verstärkt Koalitionen gegen die Haushaltskürzungen?

Ich denke, davon entstehen immer mehr. Koalitionen unter Gewerkschaftlern, Schwarzen, Hispaniern, Asiaten, Frauengruppen, Rentnern. In Berkeley gibt es seit Jahren die sog. Berkeley Citizen Action. Aus dieser Koalition ist Ron Dellums gekommen, der uns jetzt im Kongreß vertritt. Er hat dort eine Gesetzesinitiative zur Nationalisierung des Gesundheitswesens eingebracht.



Sieg und Niederlage der PLO

Wie die Lage für eine Lösung des Palästinenser-Problems nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut einzuschätzen ist. Die Bedingungen für eine politische Initiative sind gut. Die PLO sollte ein Existenzrecht Israels anerkennen.

Von Theo Mehlen

Sowohl die israelische Regierung wie auch die PLO beanspruchen in ihren Einschätzungen nach dem Abzug der PLO-Kämpfer aus Westbeirut, einen Sieg errungen zu haben, wobei für beide Einschätzungen jeweils gute Argumente angeführt werden können.

Was spricht für einen Sieg der PLO? Zunächst konnte die israelische Regierung nicht ihr Maximalziel erreichen, d.h. entweder die physische Liquidierung der PLO-Führung oder ihre Gefangennahme. Daher kann gesagt werden, der Sieg der PLO besteht zumindest darin, daß sie überlebt hat. Zudem haben die PLO-Kämpfer einen moralischen Sieg davongetragen, den sie auch als solchen feiern, weil sie länger als bisher jede arabische Armee einer israelischen Armee widerstehen konnten. Israel hingegen sieht sich folgenden Tatsachen gegenüber. Schon vor dem Krieg bestand eine wachsende internationale Verurteilung Israels, vor allem aufgrund des Scheiterns der Autonomieverhandlungen für die Westbank durch die starre Haltung Israels, der Bombardierung des irakischen Atomreaktors sowie der brutalen Bombardierung Beiruts. Mit dem Krieg hat sich dieser Prozeß verstärkt.

Weiterhin ist Israels Mythos vom schwachen David, also der Mythos der beständigen Bedrohung der Existenz Israels zerbrochen. Und die Zionisten haben sich eine breitere Opposition in Israel zugelegt, die zwar vom Grundtenor zionistisch geblieben ist, in der aber Ansätze für eine Überwindung des Zionismus vorhanden sind. Für die PLO besteht der günstige Effekt des Ausgangs dieses Krieges darin, daß erneut und stärker als zuvor die palästinensische Frage auf der Tagesordnung steht mit dem Ruf nach einem palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten.

Was macht die Niederlage der PLO aus? An erster Stelle die militärische Niederlage, mit der das palästinensische Volk seine einzige, zumindest staatsähnliche Basis im Nahen Osten verlor. Dieser Ministaat war in den letzten Jahren ein Stück Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes. Der Verlust dieser Basis ist aber auch von Bedeutung für die PLO, weil ihr damit sowohl der wichtigste Ausgangspunkt für bewaffnete Aktionen als auch ein wesentliches Mittel zur Verankerung im Volk durch den Aufbau einer staatlichen Infrastruktur entzogen ist. Sodann stimmt es nicht, daß Israel jetzt einem Frieden zustimmen mußte, den ihm die PLO schon von Anfang an angeboten hatte. Umgekehrt mußte die PLO praktisch bedingungslos in den Abzug einwilligen, wenn man von der internationalen Streitmacht sowie den leichten Waffen, die sie mitnehmen durften, absieht. Ganz wichtige Forderungen der PLO zu Anfang waren die Aufrechterhaltung einer offiziellen politischen Präsenz, eine kleine palästinensische Streitmacht innerhalb der libanesischen Armee sowie Garantien für die im Libanon lebenden Flüchtlinge, die nun israelischen Übergriffen schutzlos ausgeliefert sein könnten. Israel verfügt nun über die stärkste militärstrategische Position seit seiner Gründung.

Während die Amerikaner nun hoffen, daß aufgrund dieser israelischen Stärke die Regierung in Tel Aviv eher zu Zugeständnissen in der Autonomiefrage in der Westbank bereit sein wird, dürfte wohl das Gegenteil der Fall sein. Aufgrund der militärischen Position wird sich die israelische Regierung fragen, welche Gewalt sie denn überhaupt dazu veranlassen kann, den Palästinensern Rechte zuzugestehen. Und während früher meist die Zeit für die Palästinenser gearbeitet hat, arbeitet sie nun gegen sie. Israel macht sich bereit, die Siedlungen in der Westbank zu forcieren und Nägel mit Köpfen für eine Annexierung einzuschlagen.

Für die Lageeinschätzung reicht aber nicht die Analyse der unmittelbaren Kriegsgegner aus. Das Eingreifen der arabischen Staaten in diesem Krieg war äußerst schwach. Wenn auch keine militärischen Möglichkeiten offenstanden, so wäre doch wirtschaftlicher wie politischer Druck vor allem auf die USA möglich gewesen. Die Spaltung innerhalb des arabischen Lagers schien unüberwindbar wie schon vor dem Krieg. Erklärbar wird dieses Verhalten nicht durch eine Theorie des Verrates. Ein Faktor dürfte sicherlich die Stumpfheit der Ölwaffe gewesen sein. Aufgrund der Produktionsrückgänge steht die Opec in einer schweren Krise. Die Hoffnung auf eine Zerschlagung Israels durch eine gesamtarabische Armee kann jedenfalls an den Nagel gehängt werden. Eine arabische Nation hat sich nicht herausgebildet, sondern einzelne Nationalstaaten, die ihre eigenen, sicherlich nicht immer die besten, Absichten verfolgen. Aber mit dem Krieg haben sich auch Anzeichen einer neuen Einigung der arabischen Staaten aufgetan. Ägypten wird schrittweise wieder integriert. Syrien löst sich tendenziell aus der Ablehnungfront. Auf dem geplanten arabischen Gipfel am Wochenende könnten erste Schritte für eine gemeinsame politische Initiative gelegt werden.

In Westeuropa wächst die moralische Entrüstung. Damit eröffnet sich für die dortigen Regierungen die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten. Allerdings hat sich dort noch nichts qualitativ bewegt. Die Initiativen Frankreichs sind zwar positiv, blieben aber im Rahmen einer Politik, die schon Giscard verfolgte. Eher tendierte Mitterrand zu Anfang zu einer Annäherung an Israel. Die Sowjetunion kann jetzt erst recht nicht mehr als Machtfaktor zur Etablierung einer Gesamtlösung des Palästina-Problems angesehen werden.

Die USA stehen nun vor einem entscheidenden Punkt, um ihre Ziele, Stillegung des Palästina-Konflikts und strategische Allianz mit Israel und den arabischen Regierungen gegen die SU, Hegemonie im gesamten Raum gegenüber der SU aber auch Westeuropa, weiterverfolgen zu können. Bis zum Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten konnten die USA ihre PoLtik verfolgen, ohne in größere Widersprüche zu Israel, ihrem entscheidenden Bündnispartner, zu kommen. Wollen die USA jetzt aber weiterkommen, müssen sie eine politische Initiative starten, die das Palästina-Problem so löst, daß es auch für das arabische Lager akzeptabel ist. Das heißt aber, sie müssen sich für eine Autonomie in den besetzten Gebieten erklären (die nach den Plänen des Camp David Prozesses für eine fünfjährige Übergangszeit gelten soll), die eine Annexion durch Israel verhindert, den Palästinensern weitergehende Rechte zuspricht und die Grundlage bildet für einen später souveränen palästinensischen Staat. Dies ist für Israel vollkommen unakzeptabel. Die USA können es sich wiederum nicht mit Israel zu sehr verderben, weil es ein entscheidender Bündnispartner bleiben wird.

Deshalb ist von den USA zu erwarten, daß sie hier manövrieren werden, z.B. mit einer nochmaligen Teilung der Westbank in einen rein israelischen Teil und einen jordanischen Teil, in dem dann die Palästinenser in einer Autonomie unter jordanischer Herrschaft leben sollen. Dies ist aber für die PLO und für die arabischen Staaten nicht akzeptabel. Grundsätzlich wären die USA nicht unbedingt gegen Autonomie, die schließlich nach einer Übergangszeit unter israelischer oder jordanischer Union zu einem Staat in der gesamten Westbank und Gaza führen würde. Wie die USA da letztlich agieren werden, hängt von einer Menge Faktoren ab, u.a. die Gesamtentwicklung im Nahen und Mittleren Osten, die Entwicklung einer Opposition in Israel, die Lage im arabischen Lager aber auch die innere Entwicklung in den USA.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Die Lage ist ausgezeichnet für eine politische Initiative sowohl der PLO, der arabischen Staaten wie auch für die USA. Für die PLO ist die Lage gleichzeitig gefährlich. Ist es ihr innerhalb der nächsten sage zehn Jahre nicht gelungen, einen palästinensischen Staat durchzusetzen, dürften die Israelis dort schon soweit Tatsachen geschaffen haben, daß eine Annexion und weitere Vertreibung über den Jordan kaum zu verhindern wäre. Gleichzeitig hat die PLO aber keine Chance, dieses Problem militärisch zu lösen. Der bewaffnete Kampf kann höchstens die Funktion haben, den Konflikt am Kochen zu halten und bestimmte Verteidigungsmaßnahmen gegen Übergriffe auf palästinensische Flüchtlingslager z.B. zu ergreifen. Ebenfalls muß die PLO aufpassen, daß nicht über die weitere Zuspitzung der Lage im Libanon, ggf. einem israelisch-syrischen Krieg, und über die Zersplitterung der PLO-Kräfte das Palästina-Problem im internationalen Bewußtsein untergeht. Entscheidende Bedeutung nach dem Verlust der Basis im Libanon hat dabei der Kampf der Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Ziel einer politischen Initiative muß besagter Staat sein. Eine Durchsetzung ist aber nicht durch die Palästinenser alleine, selbst mit Unterstützung der arabischen Staaten, möglich. Auf eine innere Umwälzung in Israel kann absehbar nicht gehofft werden, auch wenn dort schon einiges in Bewegung gekommen ist. Das Ziel ist nur durch internationale Garantie durchsetzbar. Die von der PLO vorgeschlagene UNO-Konferenz ist zwar nützlich, aber auch machtlos. Die einzige Macht, die diese internationale Garantie gegenüber Israel ausüben könnte, wären die USA. An ihnen führt kein Weg vorbei. Eine politische Initiative müßte alle potentiellen Möglichkeiten maximal vorantreiben und ausschöpfen. D.h. sie muß 1. die USA miteinbeziehen; 2. im arabischen Lager eine möglichst weitgehende Einheit ermöglichen; 3. den westeuropäischen Staaten ein möglichst weites Entgegenkommen ermöglichen; 4. die entstandenen Widersprüche in Israel maximal zum Tanzen bringen.

Eine Initiative wäre die Überarbeitung der Nationalcharta. Eine definitive Zuerkennung nationaler Rechte für die jüdischen Israelis und andere Änderungen, die sie auch mehr mit den Tatsachen in Einklang bringt, würde international, aber auch in Israel, einiges bringen.

Die PLO müßte weiterhin definitiv erklären, daß sie zu Verhandlungen mit Israel bereit ist, in denen sie Israel in den Grenzen von vor 1967 anerkennen würde, wenn Israel seinerseits einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten akzeptiert. Das entspräche dem Fahd-Plan, mit dem auch das arabische Lager zumindest in größeren Teilen zusammengeschlossen werden kann. Dies würde die Zionisten ziemlich in Bedrängnis bringen, weil sie erstens das Märchen von der Bedrohung endgültig widerlegen würde, Israel sich offen einer Definierung seiner Grenzen widersetzen müßte und der Anspruch des Staates, Staat aller in der Welt lebenden Juden zu sein, in Gefahr geriete.

Gegen eine einseitige Anerkennung Israels durch die PLO wurde bisher, u.a. von mir angeführt, daß dies ein wesentliches Verhandlungspfand aus der Hand geben würde. Außerdem wird gesagt, dies sei für die Palästinenser nicht zumutbar. Nun werden die Palästinenser über Zumutbarkeit usw. selber entscheiden. Zu überlegen wäre aber folgendes: Es handelt sich eigentlich nicht um ein Verhandlungspfand. In Wirklichkeit pfeift die israelische Regierung auf die Anerkennung durch die PLO. Sie will gar nicht darüber verhandeln, weil sie die Anerkennung nicht will. Eben umgekehrt, sie fürchtet diese Anerkennung, weil sie sie mit inneren und internationalen Folgen konfrontiert. Da verhält es sich bei den arabischen Staaten noch einmal anders, an deren Anerkennung Israel schon ein gewisses Interesse besitzen muß. Das Hauptargument für eine allgemeine einseitige Anerkennung ist aber, daß die PLO bei einer oben beschriebenen politischen Initiative letztlich nicht über Machtmittel verfügt, um dann auch ihre Interessen zumindest teilweise durchzusetzen. Jedenfalls wird das weder der bewaffnete Kampf bringen können noch das arabische Lager. Die PLO kommt also nicht daran vorbei, die USA einzubeziehen. Verhandlungen über die zukünftigen Grenzen Israels ohne die USA wären witzlos. Eine Fortführung des Camp David Prozesses brächte aber solche Verhandlungen. Diese Verhandlungen würden nur möglich, wenn die USA die PLO anerkennen. Hierzu stellen die USA die Bedingung, daß die PLO zunächst Israel ein Existenzrecht zugesteht. Die PLO sollte also diesen Schritt tun, soweit sich dafür eine breite Basis im arabischen Lager finden läßt, ohne dies wäre es auch wieder witzlos. Die Gefahr ist natürlich die offene Frage, wieweit die USA letztendlich in ihrer Definition der Autonomie gehen werden. Jede andere Initiative würde aber nicht über eine propagandistische Wirkung hinauskommen. Dafür hat die PLO aber wegen der drohenden Annektierung der Westbank keine Zeit mehr.

„Nach dem Krieg muß eine Konferenz einberufen werden, die alle beteiligten Parteien vereinigt“

Interview mit Jassir Arafat*

Hat die Stunde der Wahrheit geschlagen? Eine Entscheidungsschlacht mit all ihren Folgen oder eher der Rückzug aus Beirut? Wie sehen Sie die Zukunft der PLO und des palästinensischen Volkes?

Wir haben mit der libanesischen Regierung und mit dem amerikanischen Unterhändler Philip Habib eine endgültige Übereinkunft über die Modalitäten des Abzugs unserer Truppen in verschiedene arabische Länder, nach Syrien, in den Irak, nach Jordanien, und Ägypten erzielt. Diese Länder sind bereit, uns aufzunehmen. Wir schließen aber auch das Schlimmste nicht aus: Begin und Sharon könnten versuchen, uns zu überraschen.

Ich habe sie wissen lassen, daß wir die Lektionen von Massada und dem Warschauer Ghetto gelernt haben und daß wir bereit sind, uns zu opfern, wenn es nötig ist. Ich fürchte den Tod nicht, meine Gegner sind es, die die Konsequenzen fürchten müßten. Man kann die Geschichte nicht anhalten: Der Krieg hat bewiesen, daß die Palästinenser mutig und ehrenvoll kämpfen, um ihr gerechtes Ziel zu erreichen.

Aber wo werden Sie hingehen?

Wir haben immer noch Truppen in Syrien, im Irak, in Jordanien, in Ägypten, im Libanon und in Algerien. Der Sitz der PLO befand sich in Kairo, bis Sadat Jerusalem besuchte. Danach ist er nach Damaskus verlegt worden, wo ich immer noch mein offizielles Büro habe.

Hat Sie die passive Haltung der arabischen Welt überrascht?

Überhaupt nicht. Ich habe seit dem Scheitern der Konferenz in Fez nichts anderes erwartet. Mehrere arabische Länder haben vorgeschlagen, unsere Truppen aufzunehmen, aber es handelt sich dabei nur um einen provisorischen Aufenthalt. Wohin werden wir danach gehen? Die ganze Welt muß sich mit diesem Problem im Verlauf einer internationalen Konferenz befassen, die alle betroffenen Länder und auch die Großmächte umfassen könnte, nach dem Ende des jetzigen Krieges.

Sie haben Angebote in Richtung USA gemacht, ohne etwas dafür zu erhalten. Sind Sie enttäuscht?

Die Vereinigten Staaten sind eine Großmacht und wir versuchen weiter, die amerikanische Meinung zu beeinflussen. Die Vereinigten Staaten werden bald wissen, daß sie den Willen von 4,5 Millionen Palästinensern nicht ignorieren können.

Viele Israelis fragen sich, ob die Zeit nicht gekommen ist für eine historische Aussöhnung zwischen der jüdisch-israelischen Nation und dem arabisch-palästinensischen Volk; letzteres müßte einen „Frieden der Tapferen“, ähnlich demjenigen, von dem General de Gaulle in Bezug auf Algerien sprach, akzeptieren.

Gibt es im militärischen Establishment Israels eine Persönlichkeit, die an General de Gaulle erinnern könnte? Ich bezweifele das sehr. Unser Nationalrat hat mehrere Resolutionen über die Eröffnung von Gesprächen mit den demokratischen Kräften in Israel angenommen, und wir sind bereit, Verbindungen mit alle jenen zu knüpfen, die unser Recht auf Selbstbestimmung anerkennen.

Die Israelis warten auf ihre offizielle Anerkennung. Sind Sie bereit, sie ihnen zu geben?

Begin und Sharon haben mehrfach bestätigt, daß sie die Anerkennung von unserer Seite nicht nötig haben. Sie haben gesagt, daß selbst wenn wir Israel anerkennen würden, sie niemals etwas mit uns zu tun haben wollten. Sie behandeln uns als Nazis, obwohl ihre Taten im Libanon und in den Lagern in Beirut an das Verhalten der Nazis erinnern. Ich wiederhole, was ich McCloskey gesagt habe: wir akzeptieren alle Resolutionen, ich betone alle Resolutionen der UNO, die die palästinensische Frage betreffen. Vergessen wir nicht, daß Israel durch eine UNO-Re-

Fortsetzung nächste Seite

* Die Übersetzung des Interviews aus *Le Monde* vom 10.8.1982 haben wir dem „Palästina-Bulletin“ Nr. 29/82 entnommen.

Ausnahmezustand in Perus Hauptstadt

Kann das Volk einen chilenischen Weg verhindern?

wiv.Frankfurt. Am letzten Wochenende wurde über die peruanische Hauptstadt Lima, über die nahegelegene Hafenstadt Callao sowie über die gleichnamige Provinz ein zunächst auf 60 Tage befristeter Ausnahmezustand verhängt. Der Grund für diese Maßnahme: Guerilla-Organisationen sollen Ende vergangener Woche für Bombenexplosionen in Ministerien und Geschäftshäusern gesorgt und Hochspannungsleitungen in 12 Städten in die Luft gesprengt haben. Lima blieb eine Nacht von jeder Strom- und teilweise auch Wasserversorgung abgeschnitten. Im Zentrum und in den Außenbezirken soll es zu Plünderungen gekommen sein. Im Industriegürtel zwischen Lima und Callao kämpften Rebellen gegen Polizei. Im Stadtgefängnis von Lima kam es zu einer Meuterei. Auch aus dem Landesinnern werden Sprengungen, Straßenbarrikaden und Überfälle auf Polizeistationen gemeldet. Über 30 Personen sollen ums Leben gekommen und 150 verletzt worden sein. Der Ausnahmezustand erlaubt Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ohne richterlichen Befehl. Die Regierung spricht von „zahlreichen und wichtigen" Festnahmen – mehr als 100 Personen sollen am Wochenende verhaftet worden sein, darunter zahlreiche linke Studenten.

In der Zentralandenprovinz und in den Südanden (Ayacucho) wurde aufgrund ähnlicher Vorfälle vor einiger Zeit bereits der Ausnahmezustand verhängt und erst vor kurzem verlängert. Will man klären, wie es zu dieser Konfrontation gekommen ist, so muß man sich den politischen und ökonomischen Weg Perus etwa während der letzten 15 Jahre vor Augen führen. Am 3. Oktober 1968 übernahm General Velasco nach einem Militärputsch die Macht. Während seiner Regierungszeit wurden einige Schlüsselindustrien verstaatlicht, so die Bergbau- und Erdölindustrie. Eine Landreform wurde durchgeführt und landwirtschaftliche Kooperativen wurden aufgebaut. Die Indiosprache *Ketschua* wurde als zweite Amtssprache neben Spanisch zugelassen. Wesentliche Tagesforderungen der peruanischen Linken wurden somit erfüllt.

Daß all diese Maßnahmen jedoch die Entwicklung Perus nicht wesentlich voranbrachten, führe ich darauf zurück, daß die verstaatlichten Industrien und die landwirtschaftlichen Kooperativen keine ausreichende staatliche Unterstützung in Form günstiger Kredite erhielten, um Infrastruktur und Produktionsmethoden zu verbessern. Viele der landwirtschaftlichen Kooperativen liegen darnieder bzw. mußten in der Vergangenheit aufgelöst werden. Die staatliche Erdölgesellschaft Petroperu ist außerstande, eigenständig Explorationen durchzuführen, sie muß diese durch US-amerikanische Erdölkonzerne vornehmen lassen. Mithin wurde einerseits die Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren nicht abgebaut, wie andererseits auch nicht die Grundlage für eine eigenständige ökonomische Entwicklung Perus gelegt werden konnte.

Nachdem in demokratischen Wahlen im Sommer 1980 die zweite Militärregierung unter Morales Bermudez durch eine Zivilregierung mit Belaúnde Terry als Staatspräsident abgelöst wurde, änderte sich so gut wie nichts an diesem Entwicklungsrückgang. Vielmehr versuchte die Zivilregierung, einige fortschrittliche Errungenschaften aus der Zeit Velascos – soweit sie die zweite Militärregierung überstanden und nicht dem IWF-Sanierungsprogramm von 1978 zum Opfer gefallen waren – Zug um Zug zunichte zu machen. Dabei stieß sie allerdings auf zunehmenden Widerstand der insgesamt erstarkten Arbeiter- und Bauernbewegung. 900 Streiks im letzten Jahr zeugen neben einer Inflationsrate, die um 30% über der Erhöhung der Mindestlöhne liegt, von der Zunahme der inneren Widersprüche.

Zugleich nahm die soziale, ökonomische und infrastrukturelle Unterentwicklung einiger Provinzen, insbesondere im Andenhochland, immer drastischere Formen an; das starke Übergewicht des Zentralstaats verschärft dies zusätzlich. Die Provinz Ayacucho gilt als eine der ärmsten und rückständigsten Provinzen Perus. Hier liegt das durchschnittliche Einkommen der Bauern und Landarbeiter weit unterm Existenzminimum, die ärztliche Versorgung ist gleich null, und das Verkehrswege- und Kommunikationsnetz ist absolut unzureichend.

Die peruanische Linke hat in diese Entwicklung unterschiedlich eingegriffen. Ein Teil, die sogenannten *militaristas*, hat eine Guerilla aufgebaut, ein anderer, *electoreros* genannt, hat sich Ende 1980 aus Anlaß der Kommunalwahlen zur IU (Izquierda Unida = Vereinigte Linke) zusammengeschlossen, die einige beachtliche Wahlerfolge verzeichnen konnte. Darüber hinaus kann die IU jedoch keine wesentlichen Erfolge aufweisen, beispielsweise bei der Ausarbeitung einer Programmatik, die einen peruanischen Weg zum Sozialismus aufzeigen und alle fortschrittlichen und nationalistischen Kräfte zusammenschließen könnte.

Dabei ist die Situation hierfür derzeit gar nicht so schlecht, treten doch an allen Ecken und Enden die Widersprüche auch zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie offen zutage, wobei der nationalistische Teil (u.a. die Besitzer mittlerer Montage- und Industriebetriebe) eigene Zielvorstellungen für eine selbständigere und unabhängigere Entwicklung Perus zu formulieren beginnt und auch Wege zu ihrer Verwirklichung aufzeigt. So treten Provinzabgeordnete der verschiedensten bürgerlichen Parteien offen gegen die Zentralregierung auf, um eine größere Selbständigkeit der Provinzregierungen und eine Entwicklung, die den konkreten Bedingungen entspricht, durchzusetzen und so zur Stabilisierung der peruanischen Ökonomie beizutragen. Außerdem wird die verstärkte Unterstützung der einheimischen Landwirtschaft und Industrie gefordert, um den Einfluß der kapitalistischen Zentren zurückzudrängen. Schließlich wird auf eine *lateinamerikanische Perspektive* hingewiesen, und dies nicht erst seit dem Malvinenkonflikt.

Dieser Teil der Bourgeoisie ist zwar in der Minderheit, doch könnte eine entschiedenere Auseinandersetzung der IU über eine geeignete Programmatik solche politische Ansätze nutzen, um eine größere Einheit gegen die US-abhängigen Kräfte herzustellen. Dazu scheint mir die peruanische Linke jedoch zur Zeit kaum in der Lage. Ihre Debatten konzentrieren sich – und zwar schon seit Jahren – auf die Frage: Wie halten wir's mit dem bewaffneten Kampf? Dabei spielt die Frage der revolutionären Perspektive eines solchen Kampfes so gut wie keine Rolle.

Hinzukommt, daß der Träger des bewaffneten Kampfes, die Guerilla, nicht nur in Peru, sondern in ganz Lateinamerika in hohem Maß idealistisch verklärt ist, sowohl in der Linken als auch im Volk. Dies im einzelnen auszuführen, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Deshalb hier nur so viel: Jeder, der sich als ehrlicher Kämpfer mit der Waffe in der Hand auf die Seite des unterdrückten Volkes stellt, genießt bei weiten Teilen des Volkes Bewunderung und Verehrung. Man stellt ihn in eine Reihe mit Tupac Amaru (Führer des letzten großen Indioaufstandes Ende des 18. Jahrhunderts), Che Guevara oder Camillo Torres. Selbst am bewaffneten Aufstand teilzunehmen, wird von der Masse gleichwohl nicht als Perspektive angesehen. Hierzu fehlt es der Guerilla in der Regel an programmatischer Aussagekraft, die den Unterdrückten einen konkreten Weg in eine bessere Zukunft weisen könnte. Außerdem stecken die vernichtenden Niederlagen gegen die ehemaligen Kolonisatoren wie gegen die Landnahme der US-Konzerne in den 60er Jahren tief im Bewußtsein der bäuerlichen Indiobevölkerung. Was bleibt, ist eine fast religiöse Verehrung der Guerilla im Volk – Christus- und Che Guevara-Bilder findet man in Lateinamerika häufig einträchtig nebeneinander – und die revolutionäre Verehrung auf seiten der Linken.

Dies entzieht natürlich die Guerilla auch einer politischen Kontrolle durch das Volk; sie ist in diesem Sinne abgehoben. Das erleichtert es anderen politischen Kräften, in ihrem Sinne auf die Kämpfer Einfluß zu nehmen. Die derzeit bekannteste und wohl auch größte peruanische Guerillagruppe *Sendero Luminoso* (Leuchtender Pfad), die auch jetzt für die Aktionen in Lima und im ganzen Land verantwortlich gemacht wird, steht bei vielen Linken Perus im Verdacht, über die Verbindung mit Rauschgiftringen von Teilen der Bourgeoisie politisch gesteuert zu werden. Dafür gibt es mehr als einen Anhaltspunkt: Bei der Aktion zur Gefangenenbefreiung in der Provinz Ayacucho wurden nicht nur, wie hier in der Presse gemeldet, Guerillamitglieder befreit, sondern zum größten Teil inhaftierte *narcotraficantes*, Rauschgifthändler. Diese Aktion wurde, wie auch die der Sprengstoffanschläge, mit einer für die lateinamerikanische Guerilla atypischen Präzision und technischen Logistik durchgeführt. Ohne umfangreiche finanzkräftige Unterstützung erscheint solches kaum möglich.

So oder so aber kommen die Aktionen von *Sendero Luminoso* derjenigen Bourgeoisfraktion entgegen, die am entschiedensten für die endgültige Umkehr der einst unter Velasco eingeschlagenen Richtung eintritt. Der Ausnahmezustand schafft Raum für Sonderermächtigungen und die diktatorische Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen, die z.B. die staatliche Stahlindustrie ruinieren (durch Importerleichterungen für US-Stahl), für die Vergabe von Bohrlizenzen an US-Erdölkonzerne, aber auch für die erneute Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit. Viele peruanische Linke sehen darin die Vorstufe für die Errichtung einer *dictatura civil-militar*, von den reaktionärsten Teilen der peruanischen Bourgeoisie nach chilenischem Vorbild an die Macht geputscht.

Für die vollständige Übernahme der Macht bleibt diesen Leuten sicher kein anderer Weg. Ob sie sich jedoch durchsetzen können, erscheint mit keineswegs sicher, gerade vor dem Hintergrund der politischen Vorgänge etwa in Bolivien, in Argentinien oder Kolumbien. Die peruanische Linke wird in den nächsten Monaten den Beweis ihrer politischen Reife bei Gefahr ihrer möglichen weitgehenden Zerschlagung antreten müssen.



Generalstreik 22. September 1981

Fortsetzung

Interview mit Jassir Arafat

solution geschaffen wurde. Außerdem besitzt Israel alles, und wir haben nichts. Und von uns fordert man, daß wir Israel anerkennen, das sich für seinen Teil kategorisch weigert, unser Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Alles, was ich bezüglich der Anerkennung zu sagen habe, werde ich nicht unter Zwang sagen, also solange die Panzer Sharons uns umzingeln. Ich wiederhole: die Frage, die sich heute mehr als je zuvor stellt, ist die nach unserem Existenzrecht und die nach Selbstbestimmung.

Zählt die Resolution 242 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu denen, die Sie akzeptiert haben?

Sie wissen ohne Zweifel, daß diese Resolution unser Problem einzig und allein als Flüchtlingsproblem behandelt. 1977 hat uns die Carter-Administration vorgeschlagen, diese Resolution zu akzeptieren; unter Geltendmachung all unserer Vorbehalte hätten wir diesen Vorschlag unter drei Bedingungen akzeptiert: die Eröffnung von Gesprächen zwischen den Vereinten Nationen und der PLO; die Anerkennung der Rechte der Palästinenser auf Selbstbestimmung; die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Unnötz darauf hinzuweisen, daß die Gespräche abgebrochen wurden. Seitdem hat unser Nationalrat mehrere Beschlüsse gefaßt, die diese Resolution betreffen. Übrigens, seit wann ist Begin zum großen Verteidiger der Resolution 242 geworden? Vergessen wir nicht, daß er im August 1970 die Regierung der Nationalen Einheit verlassen hat, um gegen Golda Meirs Anerkennung der Resolution 242 zu protestieren, aus der man, wie er sagte, den Rückzug aus den besetzten Gebieten herauslesen könnte.

Einige Israelis behaupten, daß Sie sich nicht mit einem Staat in Westjordanien und Gaza zufriedengeben würden und daß Sie somit eine Bedrohung für Israel darstellen würden.

Lächerlich. Ich verstehe diese Behauptung nicht. Israel ist die mächtigste Militärmacht im Nahen Osten. Kann man vor einem palästinensischen Staat Angst haben, der mehr als 20 Jahre benötigen wird, um auf die Beine zu kommen? Das israelische militärische Establishment glaubt, daß es dank seiner Technik und dank der amerikanischen Dollars in der Region wird herrschen können. Aber bis wann? Man muß die Koexistenz mit den Ländern der Region suchen und nicht künstliche Probleme erfinden. Die Israelis sind es, die Lösungen für die palästinensischen Tragödie finden müssen, die sie geschaffen haben.

Ihre Nationalcharta ist eine Waffe in den Händen Ihrer politischen Gegner. Die Kinder in Israel lernen in der Schule die Klauseln dieser Charta, die das Existenzrecht Israels leugnet und die die Juden nicht als Volk anerkennt und die bestätigt, daß der bewaffnete Kampf das einzige Mittel zur Erlangung eines Staates ist.

Wir haben bereits mehrere Male durch unseren Nationalrat bekräftigt, daß der bewaffnete Kampf nicht mehr den einzigen Weg darstellt. Man hat vieles über diese Charta gesagt, und man hat versucht, sie tendenziös zu interpretieren. Um diesen Mehrdeutigkeiten ein Ende zu setzen, schlage ich heute vor, nach diesem Krieg ein Kolloquium, bestehend aus palästinensischen, israelischen und arabischen Denkern zusammenzurufen, um von Grund auf alle Probleme zu untersuchen und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dieses Kolloquium könnte vielleicht irgendwo in Europa stattfinden unter der Regie einer Organisation oder einer politischen Partei, die mit allseitiger Zustimmung ausgewählt würde.

Es gibt bei den Palästinensern eine klare Entwicklung im Verständnis der Veränderungen, die in den letzten Jahren eingetreten sind. Wir sind nicht in unveränderlichen Positionen erstarrt; Begin ist es, der völlig verkalkt ist.

Haben Sie den Eindruck, daß Sie während des ganzen langen Konfliktes Irrtümer begangen haben?

Ja, wir haben den Israelis unseren Fall nicht erklären können, wir haben die israelische Mentalität nicht verstanden. Darüberhinaus verfügen wir nicht über die Möglichkeiten auf dem Gebiet des Informationswesens, um unsere Ideen den Bewohnern Israels nahezubringen.

Und die Operationen, die sich gegen israelische Zivilisten richten?

Ich bin politisch und ideologisch immer gegen diese Art von Operationen gewesen. Ich verstehe jedoch die Motive einiger verzweifelter Palästinenser, die auf solche Methoden zurückgegriffen haben. Aber ich habe mich immer dagegen ausgesprochen. Ich sage Ihnen dies in meiner Eigenschaft als Präsident der PLO ebenso wie als Führer der palästinensischen Revolution. Es ist übrigens nötig zu präzisieren, daß in einigen Fällen, wie im Fall München, Maalot und im Fall des Savoy Hotels der Tod unschuldiger Menschen hätte vermieden werden können, wenn die Israelis nicht das Feuer eröffnet hätten. Was Begin und Sharon im Libanonkrieg gemacht haben, die blinden Bombardements auf Beirut, die in der letzten Woche den Tod von etwa 500 Menschen verursacht haben, werden ein unauslöschliches Zeichen auf der Stirn der israelischen Führer hinterlassen.

Haben Sie die Haltung der Bewohner der besetzten Gebiete im Verlauf dieses Krieges für gut befunden?

Die Palästinenser im Innern, von Bassam Shakaa bis Karim Khalaf über Elias Frei und Rashid Shawa (bzw. die Bürgermeister von Nablus, Ramallah, Bethlehem und Gaza) und einige andere haben ihre Verbundenheit mit der Sache unseres Volkes unter schwierigen Bedingungen gezeigt.

Was haben Sie nun den Israelis zu sagen?

Ich befinde mich hier eingekreist und ich wende mich an die israelischen Soldaten ebenso wie an die einfachen Bürger und ich sage ihnen: Hört auf! Die militärische Arroganz wird nicht zerbrechen.

Ich würde gern ein Wort zu Oberst Elie Geva sagen: trotz unserer Divergenzen schätze ich seine menschliche Haltung und seine Entscheidung, sich zu weigern, am Sturm auf Beirut teilzunehmen. Seine edle Haltung zeigt wahre jüdische Werte. Der Frieden wird das heilige Land regieren trotz der Arroganz solcher Regierenden, für die die brutale Gewalt die einzige Maxime im Leben der Nationen ist. Ich lade die in der Bewegung „Frieden jetzt" und des „New Outlook" Aktiven und all jene, die unsere Rechte auf Selbstbestimmung anerkennen, ein, nach Beirut zu kommen, um die Zerstörung und das Leid der Bevölkerung zu sehen. Es wird der Tag kommen, an dem die Israelis sich schämen werden und gerne vergessen würden, was ihre heutigen Führer in diesem Sommer 1982 dem palästinensischen Volk im Libanon angetan haben.

Palästina Bulletin
Hrsg. Informationsstelle Palästina
Kaiserstr. 237, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228/212035/36
erscheint wöchentlich
Bezugspreis halbjährlich DM 15
(jedes Zusatzabo DM 3)
Kto.-Nr. 2528228 Dresdner Bank Bonn
Postscheckamt Köln 295 063-502

Welt-Kreditmärkte vor dem Zusammenbruch

bek. Die Wirtschaftsteile der internationalen Presse machen in der letzten Zeit zunehmend mit Schlagzeilen auf wie „Die Finanzmärkte haben sich noch nicht beruhigt“, „Am Euro-Kapitalmarkt wachsen die Risiken“, „Erhebliche Unruhe am internationalen Kapitalmarkt“, „Ein babylonischer Turm der Kredite“. Offenkundig ist auf den internationalen Märkten für Geld, Kredit und Kapital so einiges durcheinandergeraten, was die, die über diese Gelder verfügen, schaudern macht. Die Frage ist, was die Ursachen sind und wie ggf. die Folgen für diejenigen ausfallen werden, die über diese Gelder eben nicht verfügen.

Zunächst: um welche Gelder geht es überhaupt? Wenn im folgenden von Geld die Rede ist, so ist dabei stets Geld gemeint in allen seinen Formen, also auch in der des Kredits und des Kapitals. Auf den Märkten, um die es geht, gehen diese Formen erstens ineinander über; Kredit verwandelt sich in fungierendes Kapital, Kapital in Schatz, Schatz wiederum in Kredit und so fort; zweitens kann ein und dieselbe Summe Geldes gleichzeitig in verschiedenen Formen existieren, z.B. von der Seite des „Verleihers“ her als Kapitalanlage, von der Seite des „Leihers“ her als Kredit, den dieser wiederum in Zahlungsmittel oder Kapital verwandeln kann etc. Drittens aber, und das ist wichtig für die Erklärung der Labilität des Systems, zirkuliert auf den Märkten nicht Gold, sondern Papiergeld; in welchen Formen sich also auch immer dieses Geld zeitweilig aufhalten mag, bleibt es doch immer von seinem Ursprung her Kreditgeld.

Der Markt, von dem die Rede ist, ist der internationale Geldmarkt oder Eurogeldmarkt. „International“ deshalb, weil es sich um Geld handelt, das sein Ursprungsland verlassen hat und nun zwischen Drittländern gehandelt wird. Auf diese Weise sind die Bewegungen auf ihm der staatlichen Kontrolle der einzelnen Ursprungsländer weitgehend entzogen. Daher gilt dieser Markt auch als besonders „demokratisch“ und marktwirtschaftlich. In Literatur und Presse läuft er unter der Bezeichnung „Euromarkt“, obwohl er selbstverständlich auch von den US-Finanzplätzen her abgewickelt wird und zusätzlich von den sogenannten „Off-shore“-Ablegern Cayman-Inseln, Bahamas, Singapore, Hongkong und Panama. Diese Terminologie, der hier der Einfachheit halber gefolgt werden wird, hat ihren Ursprung darin, daß es sich bei dem hier gehandelten Geld ursprünglich fast ausschließlich und auch heute noch überwiegend um dem Mutterlande zwecks Kapitalanlage gen Europa entfleuchte US-Dollars handelt, weswegen es früher auch meist „Eurodollar“ genannt worden ist. Das Kreditvolumen auf diesem Markte betrug nach dem Jahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel zum Jahresende 1981 1542 Mrd. $, also die geradezu exotische Summe von ca. 3,5 Billionen DM (zum Vergleich: die in der BRD zirkulierende Geldmenge betrug zum gleichen Zeitpunkt ca. 36,1 Mrd. DM, also rund ein Hundertstel); nach Abzug der geschätzten Doppelzählungen wegen Weitergabe zwischen den Banken immerhin noch rund 940 Mrd. $ oder rd. 2,2 Bio. DM.

Der Euromarkt als Zeitbombe

Die Entstehungsgeschichte des Eurogeldmarktes reicht bis in die fünfziger Jahre zurück, als sich nämlich aufgrund der ständigen Finanzierungen der weltweiten militärischen, politischen und kapitalmäßigen Expansion der USA mittels der Druckerpresse ein amerikanisches Leistungsbilanzdefizit herausbildete. Die so außer Landes gewanderten Dollars wurden nicht wieder „repatriiert“, sondern begannen einen eigenen, neuen Markt zu bilden, auf dem zunächst im wesentlichen Außenhandelsgeschäfte zwischen Drittländern von den europäischen Großbanken finanziert wurden. Ein wichtiges Datum war z.B. 1957, als in Großbritannien während einer Pfund-Krise den dortigen Banken die Ausleihung von Pfund außer Landes verboten wurde und diese daraufhin in den $ „umstiegen“. Auf Grundlage der Tatsache, daß das System von Bretton Woods den USA die Produktion von Weltgeld mittels Druckerpresse ermöglichte und es sich bei diesem Weltgeld um Papiergeld, sprich Kreditgeld, handelte, lag also der erste Grund für die Entstehung dieses Marktes einfach in der Kreditfunktion des Geldes, wobei diese Kredite zum einen normale Handelskredite waren und sind und zum anderen zur Finanzierung des Kapitalexports dienen.

Schaut man sich jedoch die Entwicklung des Eurogeldmarktes parallel zu der der Waren- und Kapitalmärkte an (s. Tabelle 1), so wird deutlich aus den wesentlich höheren Wachstumsraten des Eurogeldmarktes, daß dies nicht der einzige Grund sein kann. 1975 sinkt sogar der Welthandel erstmals real um 2,8 %, wohingegen das Volumen des Eurogeldmarkts abermals um über 15 % steigt. Sowieso zeigt sich, daß sein Volumen in der Krise nicht nur sinkt, sondern im Gegenteil weiter steigt. Das weist hin auf zwei weitere Hauptursachen des rasanten Wachstums (1964 9,0 Mrd. $, 1977 300 Mrd $, 1981 rund 680 Mrd. $, einschließlich der außereuropäischen Bankplätze und der Interbankkredite, die o.a. 1542 Mrd. $) dieses Marktes.

So befindet sich etwa 1969 die Industrieproduktion der USA in der Krise bei gleichzeitigen strengen Kreditrestriktionen innerhalb der USA, die der BRD und Japans hingegen im Boom. Das Zinsgefälle beträgt bis zu 5 %. Infolgedessen sucht das US-Kapital einerseits produktive Anlagesphären außerhalb des eigenen Landes (Kapitalexport), die mit den billigeren Eurodollars finanziert werden, zum anderen aber wird auf diesen Märkten gehandelt zum schlichten Zwecke der „Zinsarbitrage“; d.h. das Geld strömt dahin, wo der größte Zinsschnitt zu machen ist. Der zweite Grund zeigt also heißt Zinsschneiderei.

Der dritte Grund zeigt sich in den Phasen, in denen die Industrieländer sich allesamt gleichzeitig in der Krise befinden, nämlich 1973 oder 1979 bis heute. Hier kommt hinzu der ungeheure Bedarf an Geld in seiner Funktion als Zahlungsmittel für unter Liquiditätsnot leidende Kapitalisten oder ganze Länder.

In der Presse oder der Literatur spielt eine weitere Funktion eine große Rolle, nämlich die des „Recycling der Petrodollars“. Zweifellos war der Eurogeldmarkt für die westlichen Industrie- und Bankenkapitale ein willkommenes und praktikables Instrument, um nach 1973 und 1978 bis 80 zu der Zeit der immensen Zahlungsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten diese Gelder wieder ihren eigenen guten Zwecken nutzbar zu machen. Ebenso erscheint einer sicher, daß die OPEC-Länder, die mangels ausreichender eigener Anlagesphären zeitweilig auf solch unproduktive Verwendung ihrer Einkünfte angewiesen waren, mittels Inflation und besonders durch bis Ende 1980 anhaltende Dollarabwertung (in DM ausgedrückt von 3,19 DM Ende 1972 auf 1,73 DM Ende 1979) auch noch kräftig beschissen worden sind. Nichtsdestotrotz ändert dies nichts an dem, was hier interessiert, nämlich den Ursachen für die Krisenanfälligkeit des Systems, da die so „zurückgeführten“ Gelder durch die Großbanken ja keinen anderen Zwecken zugeführt werden als die aus anderen Quellen auch.

Nehmen wir also die o.a. drei Hauptursachen des Entstehens und Wachstums des Euromarktes, Kreditbedarf, Zahlungsmittelbedarf und die Suche nach profitablen Anlagesphären außerhalb der je eigenen industriellen Produktion, sprich, die Jagd nach Zinsgewinnen, die sich gerade heute exemplarisch zeigen. Zins ist, als Wertkategorie ausgedrückt, nichts weiter als ein Bestandteil des Profits, den der produktive Anwender des Kapitals, den Unternehmergewinn erhält, an dessen Eigentümer wegzuzahlen hat. Vermittels des Zinses wird also normalerweise nur der in den produktiven Sphären produzierte Mehrwert auf die produktiven und die Bankkapitalisten aufgeteilt; im Prinzip gilt das gleiche im Geldverkehr zwischen den Nationen.

Was aber, wenn die Profitproduktion insgesamt ins Stocken geraten ist, also nichts da ist, was verteilt werden könnte, gleichzeitig sich dennoch alle Kapitalisten plötzlich als Geldverleiher betätigen möchten, gerade weil die Profitproduktion nicht mehr lohnend erscheint? Dann ist der Zins bloßer Schwindel nominell aufgeblasener Papiergeldsummen und das ganze System kracht zusammen, sobald die in solchen Fällen in aller Regel letzte Station des Kreditkarussells, der unter Liquiditätsnöten leidende Nachfrager nach Zahlungsmittel zahlungsunfähig wird.

In solchen Situationen beißt sich die Katze in den Schwanz. Die Profitrate ist weltweit auf dem Hund. Für den, der Geld hat, ist es nun interessant, sich nach unproduktiven Anlagesphären umzusehen, sprich, Geldverleih oder Kauf von Rentenpapieren oder Staatsanleihen. Diejenigen, die für diese Anbieter als Nachfrager auftreten könnten, die also Geld brauchen, brauchen dies aber nicht etwa, um es nun ihrerseits neuerlich produktiv anzulegen und dann einen Teil des so erwirtschafteten Profits in Form von Zins wegzuzahlen, denn, siehe oben, die Profitrate ist auf dem Hund. Sie brauchen es vielmehr, um ihren früher eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Folge: Die Schuldner, ob sie nun AEG oder Polen heißen, gehen immer höhere Zinsverbindlichkeiten ein, die Chance, diese Verbindlichkeiten durch Profite erwirtschaften zu können, sinkt immer mehr, denn aufgrund der Natur der Sache sind notwendigerweise diejenigen, siehe wiederum AEG oder Polen, die größten Schuldner, die in der Kunst produktiver Profitproduktion eh hintanstehen.

In den Bilanzen der Großbanken schlägt sich das so nieder, daß sich auf der Aktivseite zwar beständig die Zinsforderungen erhöhen, auf der Passivseite aber gleichzeitig laufend neue Wertberichtigungen und Risikorückstellungen gebildet werden müssen. In der Sprache der Buchhalter nennt man sowas „Bilanzverlängerung“, was schon daraufhindeutet, daß hier etwas künstlich aufgeblasen wird, ohne daß in der Welt auch nur für einen Pfennig mehr realer Wert produziert worden wäre. Irgendwann platzt dann dieser Ballon, was man auf buchhalterisch *Forderungsabschreibung* nennt, und die können an die Substanz gehen. Dies ist exakt das, was 1929 passiert ist und was sich heute am Horizont abzeichnet.

Parallelen zu 1929

An dem Schaubild zur Industrieproduktion läßt sich ablesen, daß die kapitalistisch organisierte Weltwirtschaft sich seit etwa 1979 im Zustand permanenter Krise befindet. 50 Jahre zuvor, 1929, nahm eine ähnliche Lage ihren Ausgangspunkt auf dem amerikanischen Binnenmarkt, auf dem die Profitrate und darauffolgend die Produktion dramatisch ins Rutschen geriet. Ursache war eine immense Überakkumulation von Kapital, ablesbar an der erstmaligen totalen Elektrifizierung der industriellen Produktion sowie der Mechanisierung der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft durch Traktor und Mähdrescher. Wir können hier nur behaupten, nicht beweisen, daß die Ursache der heutigen Misere die gleiche ist: Fall der Profitrate aufgrund immensen Anwachsens des konstanten Kapitalteils, sprich, Ersetzung lebendiger Arbeit durch tote, ablesbar etwa an dem Aufschwung der Automatisierung bis hin zur Robo-

Fortsetzung folgende Seite unten

Schaubild 1

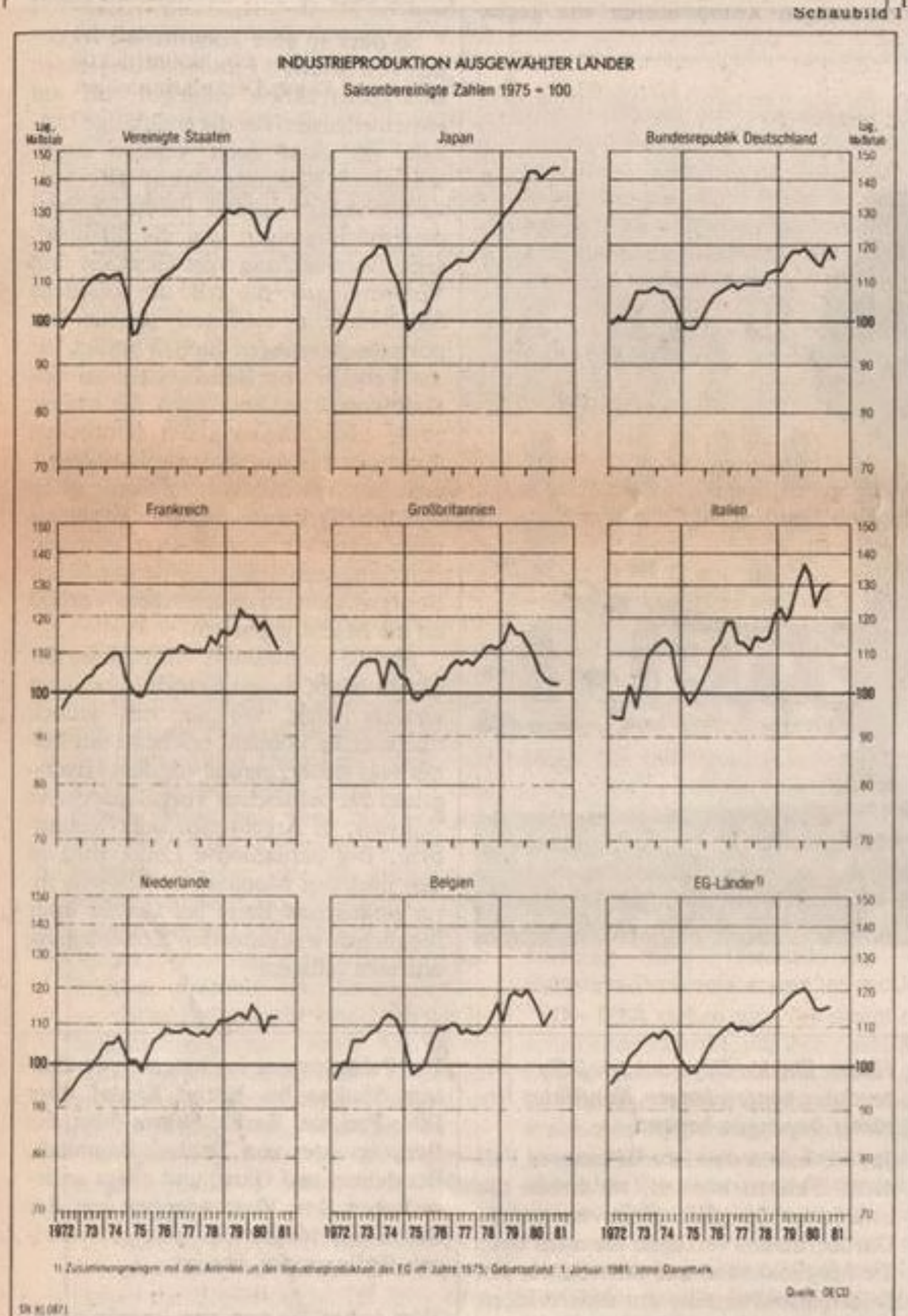


Tabelle 1:

Welthandel und Eurogeldmarkt

Jahr	Welthandel o. Ostblock in Mio. DM Ausfuhren (1)	Zunahme gegenüber Vorjahr in %	Volumen des Eurogeldmarktes in Mrd. $ (2)	Zunahme gegenüber Vorjahr in %
1964	608800		9,0	
1965	58800	6,6	11,5	27,8
1966	722400	9,7	14,5	26,1
1967	759200	5,1	17,5	20,7
1968	849200	11,3	25,0	42,9
1969	957046	12,7	44,0	76,0
1970	1020774	6,7	57,0	25,0
1971	1089800	6,8	71,0	24,6
1972	1197500	9,9	92,0	29,6
1973	1384100	15,6	132,0	43,5
1974	1987800	43,6	177,0	34,1
1975	1936200	−2,8	205,0	15,8
1976	2258800	16,5	247,0	20,5
1977	2359500	4,4	300,0	21,5
1978	2364800	0,2	375,0	25,0
1979	2729000	15,4	475,0	26,7
1980	3292400	20,6	575,0	21,1

Quellen:
(1) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Stuttgart und Mainz 1978, 1981
(2) Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BLZ), Basel, verschiedene Jahrgänge.

Tabelle 2:

Internationale Kredit- und Anleihemärkte

Neuausleihungen in Mrd. Dollar

Position	1978	1979	1980	1981 p)
A. Mittel- und langfristige Eurokredite 1)	74,2	79,1	79,9	145,3
Kreditnehmende Sektoren				
Öffentlich 2)	56,2	59,8	49,7	52,6
Privat	18,0	19,3	30,2	92,7
Kreditnehmende Länder 3)				
OECD-Länder	35,8	29,1	41,2	97,1
Sieben wichtigste Länder	23,2	12,9	23,5	9) 78,1
Sonstige Länder	12,6	16,2	17,7	19,0
OPEC-Länder	10,2	8,8	6,7	5,9
Sonstige Entwicklungsländer	24,0	33,0	27,8	39,8
Staatshandelsländer 4)	3,9	7,8	3,0	2,0
Sonstige Länder 5)	0,3	0,4	1,2	0,4
B. Internationale Anleihen	37,5	38,9	39,4	48,7
Insgesamt (A + B)	111,7	118,0	119,3	194,0

Quelle: Dt. Bundesbank, Geschäftsbericht 1981; OECD Financial Statistics

So abenteuerlich das internationale Bankgeschäft überhaupt ist, so schwer ist auch sein Umfang statistisch zu erfassen. Die obige Tabelle gibt als „Volumen des Eurogeldmarktes“ das Gesamtvolumen der von den Banken in den *europäischen* an die BIZ berichtenden Ländern gewährten Fremdwährungskredite an; und zwar den Gesamtbestand der Ausleihungen jeweils zum Jahresende. Dabei sind jene Kredite herausgerechnet, die zwischen den berichtenden Banken weitergegeben werden. Im neuesten Jahresbericht der BIZ ist die entsprechende Tabelle nicht mehr veröffentlicht.

In den letzten Jahren haben die Banken in den USA, Kanada, Japan und die Niederlassungen von US-Banken an sogenannten Offshore-Plätzen – Bahamas, Kaimaninseln, Panama, Hongkong und Singapur – wachsende Bedeutung bei der Kreditvergabe auf den internationalen Märkten erlangt. Wie im Text vermerkt, schätzt die BIZ die Auslandsforderungen all dieser Banken Ende 1981 auf 1542 Mrd. $; ohne die Interbankkredite (Doppelzählungen) auf 940 Mrd. $, wovon etwa 680 Mrd. $ auf den Eurogeldmarkt im engeren Sinne entfallen.

Und all das umfaßt nur die Bankkredite. Um das gesamte Kreditvolumen zu erhalten, wären vor allem die *internationalen Anleihen* hinzuzurechnen. Die Tabelle 2 gibt auch hierfür Angaben, allerdings für die jährlichen *Neu*ausleihungen. Die Angaben dort sind von der OECD übernommen und sind anders abgegrenzt wie die Zahlen der BIZ.

Lichtblick durch US-Zinsen?

frb. Bislang galt die Regel, solange die US-Zinsen hoch bleiben, findet auch keine wirtschaftliche Erholung statt, solange also sorgt die kapitalistische Automatik für steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne. So haben auch wir letzte Woche geschrieben – und dann hat in den USA ein Zinsrutsch eingesetzt, der seinesgleichen sucht. Doch, so gewunden dies vielleicht zunächst scheint, die Prognose für die Fortdauer der Krise muß deshalb nicht revidiert werden, sie wurde vielmehr erhärtet. Notwendig ist aber eine genauere Betrachtung der Zusammenhänge. Bislang nämlich hatten die Börsen-Gurus in Wall Street damit gerechnet, daß im Herbst sowohl die amerikanische Regierung mit zusätzlichen Kreditwünschen an den Kapitalmarkt herantreten werde, als auch die privaten Unternehmen, die dann – so die Spekulation – wieder mehr investieren würden. Dies hätte zu einer verstärkten Kreditnachfrage und also zu höheren Zinsen führen müssen.

Nun hat sich dreierlei geändert. Erstens kann Reagan das künftige Haushaltsdefizit durch die beschlossenen Steuererhöhungen etwas dämpfen; dadurch vermindert sich die staatliche Kreditnachfrage. Zweitens hat die Zentralbank ihren Diskontsatz gesenkt und damit den Banken mehr Spielraum verschafft. Es spricht viel dafür, daß die Bankbehörde auf diese Weise spektakulären Firmen- und Bankzusammenbrüchen vorbeugen will; offenbar handelt es sich also um eine absolute *Notmaßnahme.* Drittens schließlich – und dies ist der entscheidende Punkt – mußten die mehr oder weniger offiziellen Prognosen über einen wirtschaftlichen Aufschwung im Herbst zum Schlechteren verändert werden. Dann aber brauchen die Unternehmen keine Kredite, um neue Investitionen zu finanzieren. So wird der Kreditmarkt entlastet, nicht weil die Unternehmen alle im Geld schwimmen, sondern weil sie nicht wagen, mehr zu investieren, als sie aus eigenen Mitteln gerade so finanzieren können.

Im übrigen darf über dem Zinsrückgang nicht vergessen werden, daß das Zinsniveau trotzdem nominal und real immer noch weit höher liegt als in den Tiefpunkten der sechs vorigen Krisen.

Der Zerfall der Infrastruktur in den USA

Durchschnittliche jährliche Veränderung der öffentlichen Investitionen seit den 50er Jahren (dunkel) in Vergleich mit der Entwicklung der Unternehmensinvestitionen (weiß)

%: 0 – 1 – 2 – 3 – 4 – 5; 1950–60, 1960–70, 1970–80, 1980–81

Der Einbruch in den wichtigsten Bereichen

Straßen und Brücken: 50–60, 60–70, 70–80, 80–81

Gebäude im Bildungsbereich: 50–60, 60–70, 70–80, 80–81

Veränderung des Netto-Kapitalstocks in Dollarpreisen von 1972. Quelle: Morgan Guaranty Survey 7/82, 8/82

Ein neues Phänomen der amerikanischen Krise erfährt nun seine Behandlung in diversen Pressemagazinen: Die öffentlichen Bauwerke zeigen deutliche Zerfallserscheinungen. Das Fernstraßennetz, das die Hälfte des Verkehrs trägt, schwindet nach Ansicht von Ingenieuren jährlich um 2000 Meilen; fast die Hälfte der 560000 Brücken in den USA sind in unzureichendem oder mangelhaftem baulichen Zustand. Im aufstrebenden Sunbelt klappt die Wasserversorgung nicht und im Mittelwesten reicht das Fassungsvermögen der Abwasserkanäle nicht mehr aus. Und diesmal sind nicht die Reaganomics der auslösende Faktor, sondern die zehnjährige Stagnation macht sich bemerkbar. Alle Regierungen seit Nixon haben angesichts der Krise die öffentlichen Investitionen zurückgeführt, so daß ihre Entwicklung seit den 70er Jahren deutlich hinter jener der an sich schon verminderten Unternehmensinvestitionen zurückbleibt. Daß sich die Presse und Wissenschaft dieses Problems nun angenommen haben, hat seinen Grund darin, daß die Zerfallserscheinungen mittlerweile nicht nur die Lebensverhältnisse beeinträchtigen, sondern auch zum Hemmnis für die Industrie und Kapitalzirkulation allgemein werden.

Die Woche im Rückblick

Die einzig sichtbaren Nutznießer der neuesten Steuergesetze in den USA werden die Steuerberater sein. Jedenfalls ist das Paket so ausgefuchst, daß das gedruckte Werk den doppelten Umfang der großen Reaganschen Reform von 1981 hat. Nach offiziellen Angaben sollen durch die Steueränderungen 1983 knapp 18 Mrd. $ Mehreinnahmen anfallen, wovon 5,4 Mrd. $ auf Unternehmen entfallen. Die Zigarettensteuer erhöht sich um 8 auf 16 cents pro Paket, die Telefonsteuer wird jetzt erhöht und 1985 abgeschafft, die Flugscheinsteuer steigt von 5 auf 8%. Eine Reduzierung der Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten war ursprünglich wohl bloß der Kosmetik wegen vorgesehen, geblieben sind verschärfte Bestimmungen zur Besteuerung von Trinkgeldern. Die Restaurants müssen dem Finanzamt künftig Angaben machen, woraus sich das Trinkgeld der Beschäftigten abschätzen läßt.

Eine eindringliche Warnung vor Vermögensanlagen in Spanien hat der Fuchs-Devisen-Dienst gegenüber seinen Kunden ausgesprochen. „Wer immer kann, sollte vorhandene Werte so schnell wie möglich aus dem Lande bringen oder ‚versilbern'." Grund: Ein bevorstehender Wahlsieg der Sozialisten. Das Gespenst von „französischen Verhältnissen" werde bereits an die Wand gemalt, und „wohlhabende Spanier" versuchten, nahezu um jeden Preis ihr Geld aus dem Land zu bringen. Rittergüter in der Größenordnung von 10000 ha werden zu Schleuderpreisen abgegeben, wenn die Bezahlung in Schweizer Franken auf Schweizer Konten erfolgt.

Unter Androhung von Beschlagnahme hat die französische Regierung die Erfüllung der mit der UdSSR geschlossenen Lieferverträge durchgesetzt. Hätte die in US-Besitz befindliche Dresser-France die ersten bereits fertiggestellten Kompressoren nicht wie vereinbart bis zum 24. August ausgeliefert, so wäre Polizei zum Abtransport erschienen. Auch andere Firmen wurden davon unterrichtet, daß Paris das US-Embargo brechen will.

Mietkautionen müssen mit dem üblichen Zinssatz für Spareinlagen verzinst werden, auch wenn im Mietvertrag nichts über die Verzinsung steht. Dies hat der Bundesgerichtshof jetzt in einem höchstrichterlichen Urteil entschieden. In rund ⅔ der Mietverträge steht von der Verzinsung kein Wort.

Fortsetzung

Weltkreditmärkte

tertechnik, Computerisierung auch der Planungs- und Verwaltungstätigkeiten, Fertigungssteuerung ebenfalls mittels Computer, Eingang der Microchip-Technik in Produktion und Produkte, erhebliches Wachstum des konstanten Kapitals auch in der Dritten Welt etc.

1929 (resp. bereits ab 1928) waren die Länder Lateinamerikas die ersten Leidtragenden dieser Entwicklung, als nämlich die USA ihre Kredite zurückriefen und so diese Länder auf einen Schlag ihrer sämtlichen Gold- und Devisenreserven verlustig gingen und gleichzeitig ihre riesigen Rohstofflager bis auf den Nullpunkt abgewertet wurden, weil sie niemand mehr zwecks profitabler industrieller Produktion brauchen konnte – siehe oben. Derzeit kündigt sich dasselbe an: von 230,1 Mrd. $ Krediten an die Dritte Welt gingen 1981 allein 158,1 Mrd. $ an Lateinamerika. Alle diese Kredite werden, verschärft nach der argentinischen Niederlage im Malvinenkrieg, derzeit „überprüft"; eine Zinserhöhung von zusätzlich ½% ist bereits angekündigt, 2% über Weltmarktniveau müssen diese Länder schon jetzt zahlen (vgl. FAZ vom 4.5.1982).

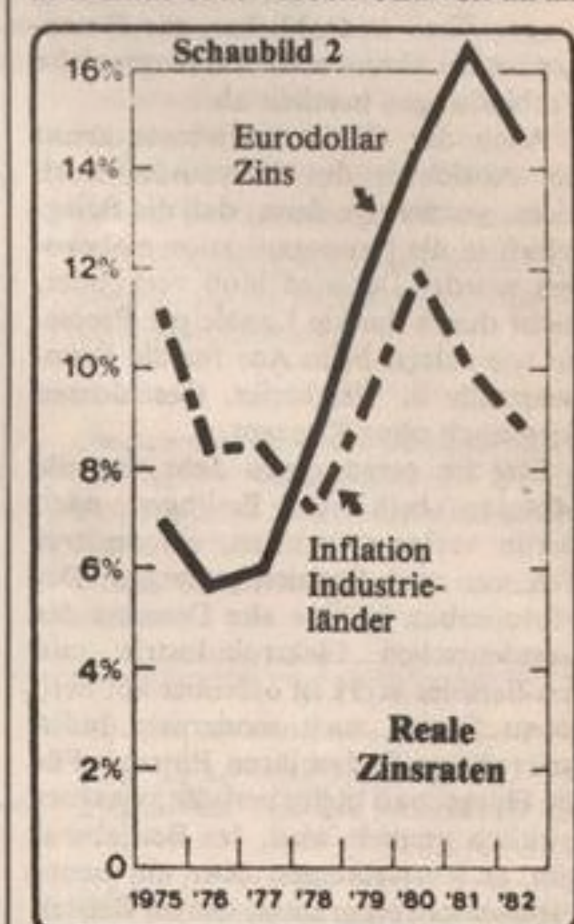
Vorbote der Krise ist 1929 in den USA eine immense Aufblähung des Kredits; die „Maklerdarlehen" wachsen von Ende 1927 bis Ende 1929 von 4,5 Mrd. $ auf 8,5 Mrd. $, dieses Wachstum wird ausschließlich bestritten von Geldern aus dem Nichtbanken-Sektor. Gleichzeitig fallen die Aktienkurse, weil die Anleger ihr Geld von hier abziehen. Die industriellen Kapitalisten wenden sich unproduktiven Anlagesphären zu. Auch heute wieder ist für diese Phase die USA Vorreiter. Ihr Anteil an den Kreditgebern für den Eurogeldmarkt ist ebenso gewachsen wie der an den Kreditnehmern, und ebenso wie 1929 hat die binnenländische Hochzinsphase, mit dem entsprechenden Gefälle zum Euromarkt, dazu beigetragen. Und ebenso wie 1929 hat die Reagansche Hochzinspolitik den Zweck (und auch die Wirkung) immenser Konzentration und Zentralisation des Kapitals und immensen Bauernlegens. Lt. Auskunft der FAZ (2.7.82) und des Geschäftsberichts 1981 der Bundesbank (S. 63) wurden die Gelder großenteils für Firmenaufkäufe durch die Großindustrie, insbesondere die Ölmonopole, genutzt. In den USA geht dann 1929 die Reihenfolge so weiter: Krise in der Bauindustrie und massenweise platzende Hypothekendarlehen, Bankrotte von Industrie- und Handelsunternehmen, jeweils begleitet von nicht befriedigbarer Nachfrage auf den Geldmärkten nach Zahlungsmitteln, Bankrotte von Banken. Erst 1933 war nach abgrundtiefem Sturz die Talsohle erreicht mit den bekannten Folgen von Massenarbeitslosigkeit, Massenelend und letzten Endes Krieg.

Kreditspekulation am Platzen

Die Ähnlichkeiten sind in der Tat frappierend. Die Phase des Umsteigens von produktiven in unproduktive Anlagesphären und des Zusammenbruchs der Baukonjunktur als Vorboten der Krise haben wir längst hinter uns, wir befinden uns bereits in der Phase der Pleiten und des Schreis nach Zahlungsmitteln. Lt. Geschäftsbericht 81 der Bundesbank hat sich das Verhältnis von öffentlichen zu privaten Krediten von 1979 bis 1981 von 59,8 : 19,3 in 52,6 : 92,7 Mrd. $ umgedreht (hier nur neuvergebene Kredite), auf dem Sektor der Anleihen von 25,2 : 13,7 auf 27,7 zu 21,0 Mrd. $. 1979 gingen 41,8 Mrd. $ der Neukredite an die Dritte Welt und 12,9 Mrd. an die sieben größten westlichen Industrieländer, 1981 war das Verhältnis bereits umgekehrt in 45,7 Mrd. $ zu 78,1 Mrd., bei stagnierender industrieller Produktion wohlgemerkt (vgl. Tabelle 2). Nach Schätzungen der OECD soll die Neuvergabe von Krediten 1982, trotz aller gegenteiliger Voraussagen wegen der zunehmenden Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer, nicht nur nicht sinken, sondern im Gegenteil von ca. 145 Mrd. $ auf 169 bis 175 Mrd. steigen. Im ersten Halbjahr hat das Wachstum bereits 45% betragen.

Wiederum können Polen und die AEG als Musterbeispiele dafür herhalten, daß die Forderungsausfälle so sicher kommen werden wie das Amen in der Kirche. In den Vereinigten Staaten befinden sich 301 Banken (von rd. 4500) unter Sonderüberwachung durch die Aufsichtsbehörde, von denen sich 9 am Rande des Zusammenbruchs befinden sollen und weitere 32 kurz davor. Nach der Bekanntgabe des eingeleiteten AEG-Vergleichs sinken die Kurse der deutschen Bankaktien und an den Schweizer Bankplätzen wird mitgeteilt, daß insbesondere die WestLB, die Commerzbank und die DG-Bank, aber auch die Dresdner, in der „Bonitätstabelle" wohl um ein paar Punkte nach unten rutschen werden (FAZ 10.8.1982).

Das oben beschriebene Karussell dreht sich. Diese o.a. Neukredite werden fast ausschließlich auf „Roll-over"-Basis finanziert. Das bedeutet, daß die an Kapitalisten vergebenen langfristigen Kredite immer wieder neu kurzfristig refinanziert werden. Hermann Josef Abs, der sich da auskennt, hat schon vor zehn Jahren den Eurogeldmarkt „Münemann & Co Illimited" genannt. Münemann, Vater der heutigen niedersächsischen Wirtschaftministerin Birgit Beuel, war ein bundesdeutscher Banker, der das Kunststück der Roll-over-Kredite in den fünfziger Jahren erfunden und aufgrund steigender Zinssätze der 60er dann eine spektakuläre Pleite hingelegt hat. Solcherart spekulative Kreditfinanzierung ohne ausreichendes Eigenkapital hat für den industriellen Kapitalisten ähnlich fatale Folgen wie für den Banker. Wieder ist die AEG ein Musterbeispiel. In den 60er und frühen 70er Jahren hat sie ohne Rücksicht auf die Profitabilität dieser Anlagen in der Konsumartikel produzierenden Industrie so ziemlich alles zusammengekauft, was zu haben war, finanziert auf Kredit. Und in Phasen negativer Realzinssätze (Normalzins minus Inflationsrate) gerade auf den Eurogeldmärkten ließ sich sogar bei bereits daniederliegender Profitrate noch gut auf Pump akkumulieren (s. Schaubild Zinsraten). Diese Phase war aber Ende 1977 vorbei. Und von da an



hätte es eben produktiv produzierter Profite bedurft, um den Zins zu finanzieren.

Die Betrachtung von Geldmärkten kann immer nur Indizien zutage fördern für das, was sich zuvor abgespielt hat in den Bedingungen der Produktion. Ebenso wie die Reformen und Umbrüche im Weltgeldsystem seit Bretton Woods neue Krisen nicht verhindern konnten, weil eben die Profitrate in die Binsen gegangen ist, ebenso wird eine Verstaatlichung des Bankensystems die Auswirkungen solcher Krisen auf die je Betroffenen nicht verhindern, solange das Profitprinzip darüber bestimmt, ob, wann, wo und wie das Geld in der Produktion zu investieren sei.

Abgeschieden von der Öffentlichkeit wird über die Zukunft der Weltwirtschaft entschieden. Großkredite werden ausgehandelt, Bankvorstände knobeln, wem sie noch Geld geben und wem nicht. Wie sich die Wirtschaft wirklich entwickelt, das haben sie nicht in der Hand, aber sie können die Wirtschaft zum Zusammenbruch bringen.

Jede Woche ein Stück mehr wegsaniert

Der AEG-Vorstand hält seine Pläne verdeckt und verkündet ein Aus nach dem anderen

frb. 14 Tage nach dem Vergleichsantrag ist ungewisser denn je, wie es mit der AEG und ihren Betriebsstätten weitergehen wird. Nach einer siebenstündigen Sitzung hat das Bankkonsortium zwar mit einem Kredit über eine Mrd. DM den Fortgang der Geschäfte bei der AEG fürs erste gesichert, daran aber die Bedingung geknüpft, daß die Bundesregierung für eine weitere Milliarde bedingungslos garantiere. Mit dieser zweiten Milliarde sollen die Gläubiger ausgezahlt werden. Nur wenn die Bundesregierung diese Bürgschaft übernimmt, wollen die Banken den noch ausstehenden Betrag der AEG eingeräumten lebensnotwendigen Kreditlinie auszahlen.

Außerdem haben einige Banken bereits mit dem Aussteigen gedroht. Die Deutsche Genossenschaftsbank hat erst mit einwöchiger Verspätung ihr Einverständnis erteilt – mit Rücksicht auf die betroffenen Zulieferbetriebe. Schert eine Bank aus, so sind die Beschlüsse des Konsortiums auch für die anderen nicht mehr verbindlich.

Weitere Gefahr droht von den Auslandsbanken, die an die ausländischen Tochtergesellschaften der AEG Kredit gegeben haben. Eine New Yorker Bank soll gedroht haben, ihre Kredite sofort zurückzufordern. Denn die Kredite an die Auslandstöchter waren vielfach durch die AEG-Muttergesellschaft verbürgt, und diese Bürgschaft ist jetzt natürlich geplatzt. Soll das noch halbwegs zusammengehaltene Kartenhaus der Konzernkonstruktion nicht zusammenbrechen, so müssen auch die Auslandsbanken unbedingt stillhalten.

Die Banken, die jahrelang die größenwahnsinnige Expansion der AEG finanziert haben, haben jetzt das große Sagen. Alles hängt von ihrem Wohlverhalten ab. So haben sie in das Kommunique von letzter Woche hineingeschrieben: „Die Banken gehen von der Erwartung aus, daß Belegschaft und Gewerkschaften die notwendigen Sanierungsmaßnahmen mittragen."

Dabei hat AEG-Chef Heinz Dürr offenbar noch nichtmal den Bankiers

Die Banken, die jahrelang die größenwahnsinnige Expansion der AEG finanziert haben, haben jetzt das große Sagen. Alles hängt von ihrem Wohlverhalten ab. So haben sie in das Kommunique von letzter Woche hineingeschrieben: „Die Banken gehen von der Erwartung aus, daß Belegschaft und Gewerkschaften die notwendigen Sanierungsmaßnahmen mittragen."

Dabei hat AEG-Chef Heinz Dürr offenbar noch nichtmal den Bankiers
mitteilen können, wie denn seine „Neue AEG" aussehen soll. Selbst das Amtsgericht teilt mit, der Konzern habe bisher nichts unternommen, das Vergleichsverfahren zu beschleunigen. Ganze 10 Seiten umfaßt die Akte dort. Dabei wird die Lage mit jedem Tag Ungewißheit bedrohlicher, die Desorganisation nimmt noch zu, eingespielte Verbindungen brechen ab.

Auch der Gesamtbetriebsrat kennt die Absichten des Vorstandes noch nicht, geschweige denn, daß die Belegschaft in die Neuorganisation einbezogen würde. Da wird bloß verkündet, meist durch dunkle Kanäle per Presse. So wie zuletzt beim Aus für die Brunnenstraße in Westberlin. Geschlossen wird auch ohne Konzept.

Erst im vergangenen Jahr war die Motorenfabrik von Esslingen nach Berlin verlagert worden, ein anderer Teil war nach Spanien gegangen. Der Motorenbau ist eine alte Domäne der westdeutschen Elektroindustrie und das Berliner Werk ist offenbar auf neuestem Stand, auch modernste Industrieroboter finden ihren Einsatz. Für die Belegschaft bleibt verhüllt, was hier wirklich gespielt wird. Im Betriebsrat gibt es Vorstellungen über ein neues Produktionsprogramm, das im Betrieb allerdings umstritten ist. Entscheidend ist, das diejenigen, die die Arbeit machen und das Wissen haben, nichts zu sagen haben.

Horst Jäckel, der Betriebsratsvorsitzende in der Brunnenstraße, sagt zu Zeitungsreportern: „Wir müssen die Liquidierung verhindern, denn hier ist in Jahrzehnten ein Know-how gesammelt worden, das nicht in alle Winde zerstreut werden darf."

Leider findet das keine Entsprechung in der Politik des Gesamtbetriebsrats und der Mitbestimmer im Aufsichtsrat, der übrigens erst im Spätherbst wieder zu einer Routinesitzung zusammentreffen wird. Betriebsrats-Vorsitzender Hans Rubke erklärte nach der Sitzung des Bankenkonsortiums immer noch: „Wir würden alles akzeptieren, was notwendig, begründbar und von uns aus vertretbar ist." Das ist eine Position, mit der die Belegschaft schon in den Vergleichsantrag einfach hineingeschlittert ist.

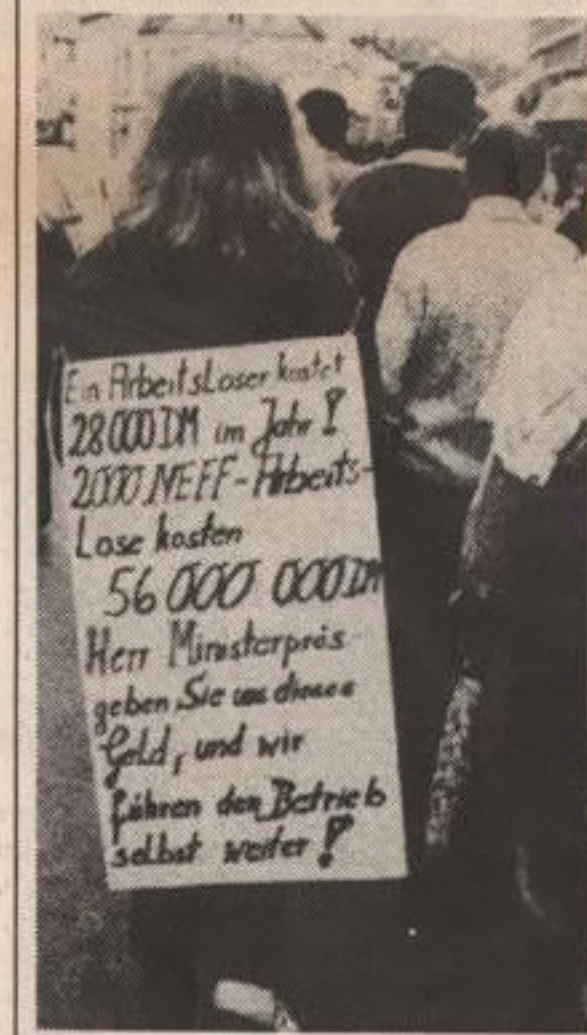
Nicht viel schlauer stellt sich IG-Metall-Justitiar Professor Michael Kittner, für die Beschäftigten im Aufsichtsrat, dar. Zwei Kernpunkte nennt er für die Politik der IG-Metall:
– Nachdem die Dinge so weit gediehen sind, muß der Vergleich sichergestellt und ein Anschlußkonkurs vermieden werden.
– Die Vermeidung des Anschlußkonkurs darf allerdings nicht dazu „mißbraucht" werden, „die Arbeitsplätze im Übermaß abzubauen". Und vieldeutig fügt er hinzu: „Wir sind da in einer schrecklichen objektiven Erpressungssituation", was ja richtig ist, aber zu wenig.

Nach wie vor geht der Betriebsrat für 1982 von unverändert 12000 Entlassungen im inländischen Konzernbereich aus, zuzüglich etwa 5800 aus Rationalisierungsgründen zu beseitigende Arbeitsplätze. Der AEG-Vorstand wird sich daran kaum halten.

Manche Betriebe, wie Küppersbusch, versuchen jetzt, vom Gesamtkonzern loszukommen, weil sie glauben, allein besser wirtschaften zu können. Wie es bisher aussieht, wird es zu Betriebsbesetzungen allenfalls zum Zwecke der Sicherung der Lohnzahlungen und eines Sozialplanes kommen.

Rechtlich sieht es so aus, daß auch im Vergleichs- und Konkursfall ein Sozialplan gemacht werden muß. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 17.9.1974 hat der Vergleichs- oder Konkursverwalter das Mitbestim-





mungsverfahren einzuhalten. Genaueres hat das Gericht in einem Urteil vom 13.12.1978 ausgeführt:
– Die Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes über Interessenausgleich, Sozialplan und Nachteilausgleich bei Betriebsänderungen gelten auch im Konkurs des Unternehmens,
– Ansprüche aus einem Sozialplan auf Abfindung sind bevorrechtigte Konkursforderungen mit Rang 1,
– es kommt nicht darauf an, ob die Betriebsänderung vor oder nach der Konkurseröffnung stattgefunden hat, auch nicht darauf, ob der Sozialplan vor oder nach der Konkurseröffnung zustandegekommen ist.

Wie der Sozialplan aussehen wird, deutet das Urteil aber auch schon an. Ist ein vor Konkurseröffnung erstellter Sozialplan noch nicht abgewickelt, dann müssen Konkursverwalter und Betriebsrat die Konkursgläubiger „angemessen berücksichtigen" und prüfen, ob der bisherige Sozialplan aufrechterhalten werden kann. „Gegebenenfalls besteht das Recht, einen noch nicht erfüllten Sozialplan wegen veränderter Verhältnisse außerordentlich zu kündigen und damit den Weg für eine Neufestsetzung der Abfindungsansprüche für den Verlust des Arbeitsplatzes freizumachen." So setzt sich dann doch noch das Interesse der Gläubiger gegen das der Arbeitenden durch.

Arbeitsministerium prüft die Einführung von Teilarbeitsunfähigkeit

Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten und Verschärfung der Kontrolle über Kranke

hev. Die Praxis der Krankschreibung und die Kosten für krankheitsbedingten Arbeitsausfall sind zu einem zentralen Thema der Auseinandersetzungen um weitere einschneidende Kostendämpfungsmaßnahmen geworden. Die FDP wollte schon bei der „Operation '82" Karenztage wieder einführen, um den Betrieben einen Teil der Kosten für die Lohnfortzahlung zu ersparen. Die Schwierigkeiten, dies angesichts des kategorischen Nein von Seiten der Gewerkschaften jetzt schon durchzusetzen, wurde allerdings noch als zu hoch eingeschätzt. Das Thema, wie ein Teil der Lohnnebenkosten verringert werden kann, ist damit jedoch nicht vom Tisch. Es wird nach Wegen gesucht, die weniger auffällig sind und den Gewerkschaften eine Zustimmung ermöglichen, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Dazu zählen die Überlegungen, die das Arbeitsministerium über die Möglichkeit einer Teilarbeitsunfähigkeitsregelung anstellt.

Es geht um Milliardenbeträge. 1981 kostete die Lohnfortzahlung 34 Milliarden Mark, das ist der Teil der krankheitsbedingten Lohnkosten, der direkt vom Arbeitgeber für die Dauer von 6 Wochen zu zahlen ist. Eine Senkung der Lohnfortzahlung von derzeit 100% auf 80% ergäbe jährliche Einsparungen von 6,8 Milliarden Mark, würde die „mißbräuchliche Inanspruchnahme" wegfallen, die nach einer Schätzung des „Bundes junger Unternehmer" 20% ausmachen soll, könnte noch einmal der gleiche Betrag in die Taschen der Arbeitgeber fließen. Die Regelung einer Teilarbeitsunfähigkeit würde nach Schätzungen der Wirtschaft auch einige Milliarden bringen, während das Arbeitsministerium derzeit mit relativ geringen Spareffekten rechnet. Die Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung einer solchen Regelung sind erheblich.

Als Krankheit im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung gilt ein „regelwidriger Körper- und Geisteszustand, dessen Eintritt die Notwendigkeit einer Heilbehandlung – allein

keit würde nach Schätzungen der Wirtschaft auch einige Milliarden bringen, während das Arbeitsministerium derzeit mit relativ geringen Spareffekten rechnet. Die Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung einer solchen Regelung sind erheblich.

Als Krankheit im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung gilt ein „regelwidriger Körper- und Geisteszustand, dessen Eintritt die Notwendigkeit einer Heilbehandlung – allein
oder in Verbindung mit Arbeitsunfähigkeit – oder Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat". Das ist die sogenannte „Alles-oder-Nichts-Regelung" der Reichsversicherungsordnung: Entweder bist du krankgeschrieben und brauchst nicht zu arbeiten, oder du bist es nicht, dann mußt du eben voll arbeiten, auch wenn du dich krank fühlst. Das Bundessozialgericht hat sich in seinem Urteil vom 26.5.72 zum Verhältnis von Krankheit und der Arbeit des Erkrankten eindeutig festgelegt:

„Arbeitsunfähigkeit im Sinne der GKV ist ein Versicherter, der infolge Krankheit seine Arbeit überhaupt nicht oder nur mit der Gefahr, in absehbarer Zeit seinen Zustand zu verschlechtern, fortsetzen kann; dabei ist unter ‚seiner Arbeit' die vom Versicherten zuletzt ausgeübte Beschäftigung oder eine ähnlich gelagerte Tätigkeit zu verstehen; eine Verweisung auf andersartige Tätigkeiten, auch innerhalb der die letzte Beschäftigung umfassenden Berufsgruppe, ist nicht zulässig."

Den Betrieben sind dadurch ziemlich die Hände gebunden. Sie können z.B. von einer kranken Friseuse, die wegen eine Sehnenscheidenentzündung den rechten Arm mit einer Gipsschiene ruhigstellen muß, nicht verlangen, daß sie dann ja solange das Telefon hüten und Haarsprays am Tresen verkaufen kann, weil das bekanntlich auch mit links geht. Ein Forstarbeiter, der normalerweise Bäume fällt, darf bei einem Knöchelbruch auch mit Gehgips nicht im Innendienst der Forstverwaltung eingesetzt werden, weil er ja nicht krank überhaupt, sondern für *seine* zuletzt ausgeübte Tätigkeit sei.

Tatsächlich ist der Zustand „krank" in der Praxis sehr schwer zu definieren. Ein Schnupfen ist an sich harmlos. Eine triefende Nase und tränende Augen können die Arbeit aber so behindern, daß der oder die Betreffende für ihre Tätigkeit als arbeitsunfähig anzusehen sind. Im allgemeinen verständigen sich Patient und Arzt über die Lage, und der Arzt hat dann letztlich die Dauer der Arbeitsunfähigkeit festzulegen. Im Normalfall wird der Entscheidung des Arztes nicht widersprochen. Die gelbe Bescheinigung ist für den Kranken dann der Scheck zum Erhalt der Lohnfortzahlung, die der Arbeitgeber zahlen muß, ob er will oder nicht.

Mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise wollen viele Betriebe immer häufiger nicht zahlen. Sie äußern sogenannte „berechtigte Zweifel" an der festgestellten Arbeitsunfähigkeit, verweigern die Lohnfortzahlung und/oder schalten den vertrauensärztlichen Dienst der Krankenkassen ein. Obwohl das in den meisten Fällen dann doch dazu führt, daß die Lohnfortzahlung gezahlt werden muß, ist der einschüchternde Zweck erreicht: Der Kranke ist kleinlich kontrolliert worden, der Arzt mußte sich schriftlich äußern und die



„Der Vertrauensarzt", eine Karikatur aus der Zeitschrift „Simplizissimus" in den 50er Jahren. – Der Vertrauensarzt, das ist heute der Werks- oder Betriebsarzt. Zu der angestrebten Regelung „teilzeitkrank" paßt die Karikatur gut: die Ersatzteile hängen schon an der Wand des Arztes.



„Der Vertrauensarzt", eine Karikatur aus der Zeitschrift „Simplizissimus" in den 50er Jahren. – Der Vertrauensarzt, das ist heute der Werks- oder Betriebsarzt. Zu der angestrebten Regelung „teilzeitkrank" paßt die Karikatur gut: die Ersatzteile hängen schon an der Wand des Arztes.

Arbeitsunfähigkeit eingehend begründen. Passiert dies häufiger, wird er immer strengere Kriterien für die Krankschreibung praktizieren.

So ist es schon heute, wo die Entscheidung nur heißt, krank oder nicht. Sollte die Teilarbeitsunfähigkeit eingeführt werden, würden sich die administrativen Kontrollen gegen die Kranken vervielfachen. Im wesentlichen kommt die Teilarbeitsfähigkeit für die Phase der allmählichen Gesundung nach einer Krankheit oder einem Unfall in Betracht.

Der größte Verband der niedergelassenen Ärzte, der Hartmannbund, propagiert die Teilarbeitsfähigkeit als einen „Weg zur Rehabilitation". Es gehe darum, „dem Arbeitnehmer die Möglichkeit zu geben, innerhalb der Übergangszeit von völliger Arbeitsunfähigkeit zur uneingeschränkten Arbeitsfähigkeit die gewohnte Arbeit wieder aufzunehmen ... Die geforderte Teilbeschäftigung ist nicht nur ein zur Gesundung des Menschen und zur Wiederherstellung seiner Leistungsfähigkeit beitragendes Mittel, sondern auch aus betriebs- und volkswirtschaftlichen Gründen sinnvoll."

Die Schweinerei kommt im humanitären Gewand. Es gibt kaum eine Krankheit, die einen ohne Vorwarnung befällt oder die so schnell verschwindet wie man das Licht ausknipst. Jeder weiß, daß bei einer Grippe die eigentliche Krankheitsdauer gering ist, die allgemeine Erschöpfung aber groß und die Erholung oft Tage, wenn nicht Wochen dauert. Der Sinn des Hartmannbund-Vorschlages besteht darin, jedes Prozent Erholung sofort in Arbeitsleistung umzusetzen, der betrieblichen und der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung auch noch die schlappe Energie von Rekonvaleszenten zu transfundieren.

Und wer soll die Teilarbeitsprozente festlegen? Praktisch ginge das nur über größere Kompetenzen der Werksärzte, die die Arbeitsbedingungen ihrer Schützlinge angeblich gut kennen. Der werksärztliche Dienst hätte so zum erstenmal direkten Einfluß auf die Krankschreibung. Schon heute versuchen sie, diesen Einfluß zu bekommen, etwa wenn dem Hausarzt ein freundlicher Brief ins Haus flattert, er möge doch bitte im Interesse des Erkrankten mitteilen, ob er zukünftig für diese oder jene Arbeit noch eingesetzt werden könne, oder ob es nicht besser sei, ihm eine angemessene Arbeit zu verschaffen. Oder wenn der Werksarzt seinen Kollegen über Einzelheiten des Krankheitszustandes aushorcht, die dann in den Personalakten des Betreffenden landen.

Mehr Kompetenzen für die Werksärzte sind bei der Frage der Krankschreibung äußerst gefährlich, da diese direkt der Geschäftsleitung verantwortlich sind. Das Ergebnis wäre also eine sehr direkte Kontrolle durch die Betriebe.

Obwohl das Arbeitsministerium den eigentlichen finanziellen Effekt für gering hält, könnten die Vorteile, die in einer lückenlosen Kontrolle der Kranken bestehen, die Teilarbeitsunfähigkeit hoffähig machen. Der Schutz, den die Kranken heute noch dadurch haben, daß die Arbeitgeber keinen *direkten* Zugriff auf aktuelle Krankheitsdaten haben, wäre durchlöchert, der Druck, noch halbkrank zur Arbeit zurückzukehren, um ein Vielfaches verstärkt. Deshalb sind die Überlegungen, mit denen sich eine Arbeitsgruppe im Hause Westphal befaßt, gefährlich ernst zu nehmen.

Skandal-Urteil

kvz. Das Bundessozialgericht hat in letzter Instanz entschieden, daß ein Unfall, hervorgerufen durch einen durch verschütteten Orangensaft verschmutzten Kantinenboden, nicht einem Arbeitsunfall gleichzustellen sei. Die Richter in den Purpur-Roben entschieden im Namen des Volkes, daß Mittagessen in der Werkskantine wie jede andere Nahrungsaufnahme „Privatsache" sei. Der durch den Obstsaft verschmutzte Fußboden ist nach Ansicht der Bundessozialrichter nicht als besondere betriebseigentümliche Gefahrenquelle anzusehen. Die gleiche Situation könne sich ebenfalls in jeder Gaststätte ergeben. (Az.: 9 RU 18/81) Wenn dies Urteil Schule macht – auch verschmierter Hallenboden, auf dem ein Arbeiter auf dem Weg zur Toilette stürzt, wäre dann keine „eigentümliche" Gefahrenquelle. Das kann auch anderswo passieren. Und der Gang zur Toilette ist ja auch höchst privat!

Lohnrahmentarifvertrag-Entwurf

Wende in der Tarifpolitik?

Die IG Metall hat einen Entwurf eines Lohnrahmenabkommens für Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden vorgelegt. Darüber wird nicht geredet, befand kurz darauf der Metallkapitalistensprecher: „Dieser Weg geht unweigerlich zum Gewerkschaftsstaat und zur Planwirtschaft." Was steht darin?

Entwurf für einen Lohnrahmentarifvertrag, das erinnert an den Streik 1973 für den Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden. 60000 haben ihn in einem Schwerpunktstreik durchgesetzt. Dieser Tarifvertrag ist bis heute „einmalig", denn in keinem anderen Tarifgebiet konnte ein solcher Abschluß durchgesetzt werden.

Kurz gefaßt waren die wichtigsten Punkte des LR II:
– Beschäftigte, 55 Jahre oder älter, haben Anspruch auf einen Verdienst, der dem Durchschnittsverdienst der letzten 12 Monate entspricht. Tariferhöhungen steigern diesen Verdienst entsprechend;
– Beschäftigte, 53 Jahre und älter, können nur aus „wichtigen Gründen" gekündigt werden;
– die Akkordarbeiter eines Betriebes erhalten durchschnittlich 130% des Tariflohns;
– alle Beschäftigten in Arbeiten mit „vorbestimmten Zeiten" (Akkord- und Prämienlohn) erhalten pro Stunde 5 Minuten Erholungszeit;
– zusätzlich erhalten sie 3 Minuten Pause pro Stunde für „persönliche Bedürfnisse";
– die bestehenden Takte bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit sollten nicht weiter unterteilt werden und 1,5 Minuten nicht unterschreiten.

Was blieb von dieser „historischen Wende" zu „mehr Menschlichkeit" (metall) für die Lohnabhängigen im Netz? Sonderbarerweise sind Untersuchungen über die Wirkung dieses Vertrages bei der Vielzahl soziologischer Untersuchungen zu allen möglichen
Untersuchungen zu allen möglichen
Themen fast ausgespart worden. Lediglich eine Untersuchung soll es geben, die ist aber seit Jahren unter Verschluß.

F. Steinkühler stellte 1977 in einem Zwischenbericht (Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1977) fest, daß die Kapitalisten mit Tricks, schlichter Verweigerungsstrategie und ökonomischem Druck die Anwendung dieses Tarifvertrages vielfach zu verhindern suchten.
– Oft versuchten die Kapitalisten, Leistungslohn in Zeitlohn umzuwandeln. Den frischgebackenen „Zeitlöhnern" gaben sie gleichzeitig „Richtwerte" vor, die verschleierte Zeitvorgaben waren. Das Ganze hatte den Zweck, die im Leistungslohn fälligen Pausen von 8 Minuten pro Stunde herauszuschinden;
– Teilweise wurde versucht, die Erholungspausen mit den Arbeitsunterbrechungen abzugelten.

Weiter berichtet Steinkühler: „Eine Regelung, bei der wir kaum weitergekommen sind, ist die Erhöhung der Arbeitstakte, wenn sie unter 1½ Minuten liegen. (...) Wir können von Fällen berichten, in denen Betriebsräte gezwungen wurden, weiteren Verkürzungen der Arbeitstakte zuzustimmen, obwohl sie bereits unter 1½ Minuten lagen, mit der erpresserischen Begründung, falls der Betriebsrat diesem Begehren nicht nachgebe, würde man sich leider gezwungen sehen, Arbeitnehmer zu entlassen ..."

Insgesamt gesehen sei der Lohnrahmentarifvertrag ein erfolgreicher Schritt gewesen. So folgt denn auch der neue Vertragsentwurf in wesentlichen Punkten dem damaligen Abschluß. Er verlangt:
– Erholungszeit für *alle* Beschäftigten von 6 bzw.12 Minuten (§11.2);
– Arbeitstakte von mindestens 2,5 Minuten Dauer; wenn dies noch nicht möglich ist, verlängert sich die Erholungspause um bis zu 3 Minuten pro Stunde (§11.4);
– die Zeit für persönliche Bedürfnisse darf nicht weniger als 3 Minuten betragen (§11.5.4);
– der an jeden Leistungslöhner zu bezahlende Durchschnittsverdienst beträgt mindestens 140% des Grundlohns auf der Basis der Bezugsleistung (§14.1).

Diese Forderungen unterscheiden sich nicht wesentlich von den 73er Forderungen und – berücksichtigt man den Verhandlungsspielraum – vom abgeschlossenen Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden, denn auch 1973 hatte die IG Metall die individuelle Akkordlohnabsicherung verlangt.

In der Tendenz verringert sich der Anteil der Akkordlöhner zugunsten der Zeitlöhner, allerdings nimmt die Zahl der Prämienlöhne deutlich zu.

Entlohnungsformen im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden (%)

Jahr	Zeitlohn	Prämienlohn	Akkordlohn
1970	46,5	4,7	48,8
1975	48,3	5,7	46,0
1980	47,4	8,4	44,2
1982	48,2	8,7	43,2

Damit steigt die Gefahr, daß die Schutzregelungen z.B. die Pausenregelungen eines Lohnrahmentarifvertrages, wie er in Nordwürttemberg/Nordbaden besteht, unterlaufen werden. Nebenbei verringern sich auch die Möglichkeiten der Betriebsräte, aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes das Einkommen gegen die Angriffe der Kapitalisten mittels der Mitbestimmungsrechte nach §87 abzuschotten.

Vermutlich aus diesen Gründen wurde der Leistungslohnbereich im Entwurf extensiv weit definiert: „Unter diesen Entlohnungsgrundsatz fallen alle Arbeitnehmer, denen eine bestimmte Leistung in einer bestimmten Zeiteinheit zu erfüllen vorgegeben wird, und Arbeitnehmer, von denen durch Ar-
Arbeitnehmer, von denen durch Ar-
beitsablauf und/oder Arbeitsorganisation und/oder Arbeits- oder Betriebsmittel und/oder Planzeiten und/oder Aufschreibungen und/oder Richtwerte und/oder Planzeiten und/oder besondere Aufsicht bestimmte Leistungen direkt oder indirekt abgefordert werden. Hierunter fallen ferner alle Arbeiten mit einem Arbeitszyklus von weniger als 30 Minuten." Da wird für den Zeitlohn kaum was übrig bleiben.

Mit der Bestimmung der „Bezugsleistung" und der Bemessung der „Zeit-" und „Geldfaktoren", auf die die Betriebsräte weitgehend Einfluß nehmen können, wäre ein weitgehender Schutz vor Lohnverlusten möglich. Mit den weiteren Bestimmungen können auch auf Arbeit und Arbeitsbedingungen Einfluß genommen werden.

Die ersten Punkte sind eigentlich nichts Neues und sollten auch eigentlich Bestandteil eines jeden guten Tarifvertrages sein. Das Neue des Entwurfs wird analog der Passage des Grundgesetzes so bestimmt:

„Die Menschenwürde der Arbeitnehmer, der Schutz des Lebens und der Gesundheit und der Arbeitskraft sind zu gewährleisten.

Jeder Arbeitnehmer hat daher Anspruch auf die menschengerechte Gestaltung der Arbeit. Dieser Anspruch ist zu gewährleisten.

Die menschengerechte Gestaltung der Arbeit ist anderen Betriebszielen nicht unterzuordnen. Sie ist in das gesamte Betriebsgeschehen planmäßig zu integrieren."

Was das im einzelnen bedeuten soll, ist den dokumentierten Auszügen zu entnehmen. Entkleidet man diesen Teil vom Pathos des „Menschenrechts", so bleibt als Fortschritt, daß zum ersten Mal in diesem Umfang die Interessen der Lohnabhängigen daran, wie die Arbeitskraft vernutzt wird und unter welchen Bedingungen dies geschieht, in einem Tarifvertrag formuliert sind.

Da dies mit dem Entwurf nicht gleichzeitig zum unmittelbaren Ziel gewerkschaftlicher Politik erklärt wird, ausdrücklich hinter etwaige Kämpfe für Arbeitszeitverkürzungen eingeordnet wurde, liegt die Bedeutung eben darin, daß sich die Arbeiterbewegung über die in diesem Entwurf enthaltene Schwerpunktsetzung und den Forderungen Klarheit verschaffen kann. Deshalb auch keine detaillierte Kritik, sondern einige Anmerkungen.

1. Die Definition der „menschengerechten Gestaltung" des Arbeitsplatzes ist so umstritten wie schwammig. „Menschen" sind bekanntlich anpassungsfähig – ob als Arbeiter oder als Betriebsräte. Der Entwurf legt die Anwendung weitgehend in die Hände von Organen des Betriebsrates. Gerade die Erfahrungen mit LR II zeigen, daß teilweise auch von Ihnen auf Ansprüche verzichtet wird. Ob ein Arbeitsplatz „menschengerecht gestaltet" wird, ist oft eine Konjunkturfrage. Just jetzt gibt es bei Daimler-Benz zwischen den Betriebsräten der Plakat-Gruppe und der Mehrheit des Betriebsrates Streit wegen Verschärfung der Akkordarbeit und Verringerung der Taktzeiten. Der Rückhalt über ein Arbeitsschutzgesetz mit übergeordneten Aufsichtsorganen wird gerade in Bonn Stück für Stück geschliffen. Das weitgehende Reklamationsrecht des einzelnen Beschäftigten ist zwar gut und nützlich, aber weil alles dann doch in den paritätisch besetzten Kommissionen entschieden werden muß nur bedingt ein starker Hebel.

2. Der Abschnitt „Arbeitsgestaltung und Qualifizierung" ist eine baden-württembergische Spezialität. Es ist die Variation des Grundsatzes der „Entlohnung nach erworbener Qualifikation". Und zwar für jeden einzelnen Arbeiter. Wenn im §5 gefordert wird, daß Arbeitsaufgabe und Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, daß sie den Arbeitnehmern „Sicherung und Erweiterung ihrer Qualifikation in der Arbeit ermöglichen sollen", so ist dies wohl richtig. Es spricht auch nichts dagegen, durch Erweiterung der Arbeitsinhalte die gesamten produktiven Fähigkeiten der Arbeiter zu nutzen, statt die laufende Vereinfachung der Tätigkeit und damit die Verkümmerung der produktiven Fähigkeiten hinzunehmen. Es wird jedoch immer sprunghafte Entwertungen der Qualifikationen der einzelnen Arbeitskraft geben, sei es weil im Betrieb bestimmte Produktionsprozesse vollends wegfallen, sei es weil gesellschaftlich Produktionszweige mit speziellen Produktionsprozessen wegfallen oder stark reduziert werden.

Es wird also Situationen geben, auch im Sozialismus, in denen die Qualifikation der Arbeitskraft nicht im Produktionsprozeß selbst erhalten und erneuert/erweitert werden kann, sondern gesellschaftlich sichergestellt werden muß, daß eine neue Qualifikation erworben werden kann. Konkret bedeutet es wohl, daß verschiedene Fort- und Umschulungsmöglichkeiten nicht nur betrieblich ausgewählt werden und von den Kapitalisten die Kosten getragen werden müßten.

Allerdings ist noch nicht abzusehen, wann die 260000 Arbeiter und Angestellten im Tarifbezirk *Südwürttemberg/Hohenzollern und Südbaden* in den Genuß auch nur einiger Regeln kommen werden. „Unter dem Deckmäntelchen der ‚Humanisierung' gehe es der Gewerkschaft um eine Ausweitung der Macht", sagen die Kapitalisten dort. Auf keinen Fall wollen sie über diesen Entwurf verhandeln – lediglich über „Entlohnungsfragen" lasse man am Jahresende mit sich reden. Die Gespräche über einen Lohnrahmentarif ruhen in Südwürttemberg/Hohenzollern seit 1979. 19 Jahre hatten seinerzeit die Verhandlungen um den Lohnrahmentarif II in Nordwürttemberg/Nordbaden gedauert.



Lohnrahmentarifvertrag (Entwurf)

für die Arbeiter und Angestellten in der Metallindustrie Südwürttemberg-Hohenzollern

§3 Vermeidung von Fehlbeanspruchung

3.1 Fehlbeanspruchungen liegen vor, wenn Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen kurz- oder längerfristig nicht an die körperlichen, psychischen und qualifikatorischen Leistungsvoraussetzungen der betroffenen Arbeitnehmer und ihre Entwicklungsmöglichkeiten angepaßt sind.

Bei Beurteilung von Fehlbeanspruchungen sind neben meßbaren Größen auch die Leistungsvoraussetzungen des einzelnen Arbeitnehmers und sein eigenes Wohlbefinden zu berücksichtigen.

3.2 Die Arbeit ist so zu gestalten, daß körperliche, psychische und qualifikatorische Fehlbeanspruchungen in Form von Über- und Unterforderungen vermieden werden.

§4 Anforderung an die Arbeitsorganisation

4.1 Durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen sind Tätigkeiten zu vermeiden, die
4.1.1 abwechslungsarm, inhaltsleer, kurzzyklisch sind oder sich ständig wiederholen oder
4.1.2 bestimmte menschliche Organe bzw. Körperteile einseitig beanspruchen und/oder
4.1.3 vorhandene Fähigkeiten und Fertigkeiten der Beschäftigten nicht ausreichend berücksichtigen oder auf Dauer einschränken.

Die Arbeitsgestaltung muß daher vorrangig darauf gerichtet sein, die Abwechslungsarmut der Arbeit in ihren ungünstigen Auswirkungen auf den Menschen, durch Aufgabenbereicherung und Aufgabenerweiterung zu verhindern. Dies geschieht in Form einer
– sinnvollen,
– komplette Arbeitsinhalte mit überschaubarem Anfang und Ende umfassenden,
individuellen Tätigkeit- und Entscheidungsspielraum schaffenden Zusammenfassung von Arbeiten; dabei ist ein Wechsel von geistiger und körperlicher Beanspruchung anzustreben.

4.2.2 Bestehen technisch-organisatorische Alternativen des Arbeitsablaufs zur Fließ-, Fließband- und Taktarbeit, so sind diese zu verwirklichen.

Diese Alternativen können nur dann zurückgestellt werden, wenn der Betrieb nachweist, daß ihm durch ihre Realisierung erheblicher wirtschaftlicher Schaden entstehen würde.

4.3 Der Arbeitsablauf umfaßt die räumliche und zeitliche Folge des Zusammenwirkens von Arbeitnehmern und Betriebsmitteln in einem Arbeitssystem. Er ist so zu gestalten, daß
4.3.1 die Selbstständigkeit bei der Arbeitsausführung, die individuelle Leistungsentfaltung und die freie Wahl des Arbeitsrhythmuses erreicht wird;
4.3.2 Möglichkeiten zur Kommunikation und Kooperation mit anderen Arbeitnehmern geschaffen werden und
4.3.3 keine gegenseitige Beeinträchtigung bei der Arbeitsausführung stattfindet.

§5 Arbeitsgestaltung und Qualifizierung

5.1 Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß sie den Arbeitnehmern die Sicherung und Erweiterung ihrer Qualifikation in der Arbeit ermöglichen.

Zur Erfüllung dieser Verpflichtung sind die Arbeitsinhalte so zu gestalten, daß sie
– Lernprozesse beim Beschäftigten auslösen und zur beruflichen Weiterbildung anregen,
– die vorhandenen beruflichen Fähigkeiten vielseitig nutzen und
– Fehlbeanspruchungen mit der Folge einer Dequalifizierung vermeiden.

§6 Fließ-, Fließband- und Taktarbeit

6.3 Der Kopplung zwischen Mensch und Maschine oder Mensch und Mensch, wie sie bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit auftreten kann, ist durch technische Einrichtungen (z.B. Magazine, Zwischenlager, Puffer) oder durch organisatorische bzw. personelle Maßnahmen (z.B. Arbeitsplatzwechsel, Springer) entgegenzuwirken.

6.4 Zur Erfüllung der Bestimmungen der §§4 und 5 darf die Sollzeit (Taktzeit/Zykluszeit) bei Fließ-, Fließband und Taktarbeit grundsätzlich 2,5 Minuten nicht unterschreiten.

§10 Vorschlags- und Reklamationsrechte

10.1 Jeder Arbeitnehmer hat das Recht, dem Arbeitgeber, seinem Vorgesetzten oder dem Betriebsrat Vorschläge zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterbreiten.

Die Vorschläge des Arbeitnehmers sind eingehend zu prüfen und innerhalb angemessener Frist zu beantworten.

10.2 Ist die Arbeit nach Auffassung des einzelnen Arbeitnehmers oder des Betriebsrats nicht menschengerecht im Sinne dieses Tarifvertrages gestaltet, so steht jedem von beiden das Recht der Reklamation zu.

10.2.3 Der reklamierte Sachverhalt wird in einer Kommission, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Geschäftsleitung und des Betriebsrates zusammensetzt, beraten.

10.2.5 Die Zurückweisung einer Reklamation als unbegründet kann nur einstimmig durch alle Kommissionsmitglieder erfolgen.

10.2.6 Ist die Beseitigung des reklamierten Sachverhalts durch technische Einrichtungen oder organisatorische Maßnahmen möglich, so ist dies von der Geschäftsleitung unverzüglich zu veranlassen.

§11 Erholungspausen und Bedürfniszeit

11.1 Zum Ausgleich arbeitsbedingter Ermüdung, werden allen Arbeitnehmern während der Arbeitszeit Erholungspausen gewährt.

11.2 Die Erholungspause beträgt mindestens 6 Minuten in der Stunde, nach 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr mindestens 12 Minuten in der Stunde.

11.2.1 Für diese Zeiten ist der Durchschnittsverdienst (§15.2) zu bezahlen.

11.3 Bei stark belastenden Tätigkeiten sind auf Antrag des Beschäftigten oder Betriebsrats Erholungszeitermittlungen vorzuneh-
rats Erholungszeitermittlungen vorzuneh-
men. Das Verfahren zur Ermittlung der Erholungspause ist mit dem Betriebsrat zu vereinbaren. Liegt der ermittelte Wert über der tariflichen Mindesterholungspause, so ist der die Mindesterholungspause übersteigende Wert dieser zuzuschlagen.

11.4 Sowohl der Arbeitgeber als auch der Betriebsrat haben alle Möglichkeiten der Arbeitserweiterung und Aufgabenbereicherung gemäß §4 auszuschöpfen, um Zeitfaktoren je Arbeitstakt unter 2,5 Minuten zu vermeiden.

Solange der Zeitfaktor trotz Nutzung aller technisch-organisatorischen Möglichkeiten unter 2,5 Minuten beträgt, sind den davon betroffenen Arbeitnehmern über 11.2 hinausgehende Erholungspausen zu gewähren:

1,5 bis 2,5 Min.	= 1 Min./Std.
0,5 bis 1,5 Min.	= 2 Min./Std.
unter 0,5 Minuten	= 3 Min./Std.

11.5.2 Eine Verrechnung mit den bestehenden AZO-Pausen ist ausgeschlossen.

11.5.4 Die Zeit für persönliche Bedürfnisse (Bedürfniszeit bei REFA: persönliche Verteilzeit) darf nicht weniger als 3 Minuten in der Stunde betragen. Eine höhere Bedürfniszeit darf nicht durch Zeitstudien ermittelt werden, sondern ist durch Betriebsvereinbarung nach den sie beeinflussenden Bedingungen und Umständen festzulegen.

§13 Bezugsleistung und Richtsatz für den Leistungslohn

13.1.2 Stück-Akkord ist unzulässig.

13.2 Die Bezugsleistung muß so festgesetzt sein, daß der Arbeitnehmer bei menschengerechter Gestaltung der Soll-Arbeitsbedingungen nach Einarbeitung, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter und tägliches Schwanken der Arbeitsleistungsfähigkeit wie des Arbeitsergebnisses, unter Vermeidung von Fehlbeanspruchungen ohne gesteigerte Anstrengung langfristig den Tariflohn seiner Lohn- oder Arbeitswertgruppe erreichen kann.

13.3 Die Konkretisierung der Bezugsleistung unterliegt in *jedem Einzelfall* der Mitbestimmung des Betriebsrats. Es gibt keine von vornherein allein „richtige" Vorgabe, deren Ermittlung eine Art „Rechtsanwendung" wäre.

§14 Verdienstgrad und Durchschnittsverdienst

14.1 Der Verdienstgrad eines Arbeitnehmers im Leistungslohn kann je nach Leistung im einzelnen Arbeitsauftrag schwanken. Der erreichte Durchschnittsverdienst des Arbeitnehmers darf jedoch 140% im Lohnabrechnungszeitraum nicht unterschreiten.

So kann man Kinder erziehen!

Das Familienexperiment der Nikitins – ein großer Fortschritt der Kenntnisse und Erfahrungen in der Kindererziehung

Im folgenden Artikel werden die Erfahrungen einer russischen Familie mit der bewußten Anwendung der Kindererziehung und ihren Experimenten vorgestellt. Der Autor geht davon aus, daß diese Methode nicht nur einen Weg weist zur frühkindlichen Erziehung im Sinne von Selbständigkeit und optimaler Entwicklung und Ausbildung der menschlichen Fähig- und Fertigkeiten, sondern daß dieses Modell auch einen praktischen Beitrag in der Frage des Inhalts von polytechnischer Erziehung leistet – wenn man es nicht auf der Ebene der Familie beläßt, sondern gesellschaftlich umsetzt.

Ein seltenes Buch, das hier zu empfehlen ist; es begeistert und gibt gleichzeitig eine Fülle von Anregungen für den Alltag der Kindererziehung:

Boris und Lena Nikitin: Die Nikitin-Kinder – Ein Modell frühkindlicher Erziehung, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1978, 28 DM

Seit 1978 hat es hierzulande viele begeisterte Leser gefunden und ist in pädagogisch interessierten Kreisen zum Gegenstand von Diskussionen geworden. Das Interesse von Eltern an dem Buch hält an.



Boris und Lena Nikitin berichten über ihre Erfahrungen bei der Erziehung ihrer sieben Kinder. Sie hatten sich die Aufgabe gestellt, folgenden Nachweis zu führen: Eine Begabungstheorie, die die Ergebnisse der Erziehung hauptsächlich auf das Wirken von Naturprozessen (Vererbung, Begabung) zurückführt, ist falsch und ein Hindernis der menschlichen Entwicklung. Umgekehrt ließen sich bei rechtzeitiger und richtiger Einwirkung auf die Kinder durch Erziehung und durch entsprechende Bedingungen ungeahnte und umfassende Fähigkeiten entwickeln. Dieser Nachweis ist ihnen bei ihren sieben Kindern m.E. gelungen; sie haben durch zielgerichtetes Handeln erwartete Ergebnisse erzielt.

Kennzeichnend für die Erziehung der Nikitins sind die Prinzipien:

- Entwicklung und Stärkung von Unabhängigkeit und Selbständigkeit,
- frühzeitige und relativ umfassende Belastung in körperlicher, intellektueller und seelischer Hinsicht,
- erzieherisches Einwirken nicht per Zwang, sondern durch Wecken von Interesse über Angebote, gemeinsames Handeln, gemeinsames Besprechen.

„Je früher und allseitiger nämlich die Entwicklung eines Kindes einsetzt, ... desto mehr kommen sonst unbekannt bleibende Fähigkeiten und Qualitäten ans Tageslicht, desto größer werden Lernbereitschaft und Entdeckungsfreude, Neugier und Spieltrieb und der Drang nach verschiedensten Tätigkeiten – desto leichter fallen dem Kind Schuleintritt und Lernen ..." (aus dem Vorwort der Übersetzerin M. Butenschön, S. 13)

Die Nikitins

Boris Pawlowitsch Nikitin, 1916 in einer Arztfamilie geboren, lernte Schlosser und Elektromonteur, wurde Ingenieur und arbeite schließlich seit 1955 als Werklehrer. 1976 wurde er pensioniert.

Lena Alexejewna Nikitin, 1930 als Tochter einer Mathematiklehrerin und eines Ingenieurs geboren, arbeitete als Lehrerin für russische Literatur und Schuldirektorin, bevor sie als Bibliothekarin an ihren Wohnort Bolschewo (40 km nordöstlich von Moskau) wechselte.

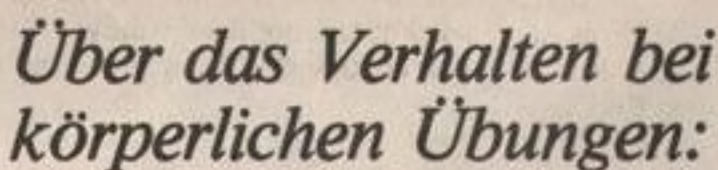
Beide wollten zunächst mit einer größeren Gruppe von Pädagogen eine Kinderkolonie nach dem Vorbild des sowjetischen Erziehers der Revolutionszeit A.S. Makarenko (vgl. A.S. Makarenko: Der Weg ins Leben) aufbauen, aber das Projekt scheiterte. Die Nikitins sahen sich auf die Möglichkeiten eines „Familienexperiments" beschränkt – aber sie begriffen das als Herausforderung, ihre eigenen Kräfte zu mobilisieren. Und die mußten sie schier unerschöpflich sein! Während der ganzen Zeit arbeiteten beide Elternteile, z.T. in Schicht, damit einer bei den Kindern war und die Hausarbeit erledigen konnte. Die kärglichen Finanzen zwangen sie zeitweise, durch Schürzennähen und Paketekleben etwas dazuzuverdienen. Die Nikitins wohnten zunächst in drei Zimmern eines kleinen Häuschens mit Garten, aber ohne fließend Wasser und Zentralheizung. 1972 konnten sie in ein größeres Haus umziehen. Die sieben Kinder wurden zwischen 1959 und 1971 geboren.

Den ersten Teil des Buches bildet der Bericht „Haben wir recht?" (erschienen 1963), der auf Tagebuchaufzeichnungen beruht. Die Nikitins beschreiben hier, wie sie experimentierend die Entwicklungsmöglichkeiten der beiden ersten Kinder Alexej und Anton entdecken und realisieren – in ständiger Auseinandersetzung mit den Großmüttern, die die geballte Wucht erzieherischer Erfahrung von Generationen gegen die Experimente ihrer Kinder an ihren Enkeln ins Feld führen.

Frühzeitig fordern und fördern

Es geht schon wenige Tage nach der Geburt los: „Wollt ihr ihn denn umbringen? Hat man so was schon gesehen, daß ein Neugeborenes nackt auf die Straße gehalten wird? Er wird sich bestimmt erkälten!" Der Kleine wird nackt in seinem Bettchen auf die Veranda gestellt, zuerst drei bis fünf Minuten, dann zehn, dann immer länger, bis er jeweils kalt wird. Aber Erkältung? Nein, selbst als an kühlen Tagen die Füße des Säuglings blau werden, nimmt er keinen Schaden an seiner Gesundheit. Mit neun Monaten ist Alexej so abgehärtet, daß er selbst bei 10° bis 12° C nackt im Zimmer herumkrabbelt. Von den üblichen und leidigen Erkältungskrankheiten sind alle Nikitin-Kinder dank dieser Abhärtungsmethode verschont geblieben.

Zum Gehenlernen empfiehlt eine Großmutter ein Gehgestell: der Kleine fällt nicht hin, stößt sich nicht und kommt doch in der Wohnung herum. Entrüstet weist Boris Nikitin den Vorschlag zurück: wie soll Alexej gehen lernen, wenn er nicht lernt, das Gleichgewicht zu halten, vorsichtig zu sein und geschickt zu fallen? Diese „Gehhilfe" ist eine Bremse fürs Gehenlernen!



> ### *Über das Verhalten bei körperlichen Übungen:*
>
> Vater muß darauf verzichten, überflüssigerweise anzutreiben, anzustacheln und zu beschleunigen, und Mutter muß sich verkneifen, dem Kind bei der erstbesten Schwierigkeit impulsiv und vorzeitig zu helfen.
>
> Ich weiß von mir selbst, wie schwer das ist, aber es muß sein! Nötigung und Druck auf das Kind erzeugen bei ihm entweder Angst oder Widerspenstigkeit und hemmen, paralysieren in jedem Fall gleichsam Wunsch und Willen des Kindes. Und das *erregt* kaum sein Interesse für die Übungen. Ein überflüssiger Vorwurf, das „Zittern" um das Kind, das Verhindern kleinster Stöße und Stürze wecken in ihm nur Unentschlossenheit, Unselbständigkeit und *Unvorsichtigkeit:* Denn an seiner Stelle denkt ja Mama an die Gefahren!
>
> Was soll man denn nun tun: Nötigen darf man nicht, behüten darf man nicht, was muß man also tun, damit etwas dabei herauskommt? Man muß sich freuen. Ja, ja sich freuen, wenn dem Kind etwas gelingt. Das ist nach unseren Beobachtungen das Hauptstimulans für erfolgreiche Übungen mit dem Kind. Die vollendetste Sportanlage ruft sein Interesse nicht hervor, „arbeitet" nicht, wenn wir Erwachsenen gleichgültig bleiben bei dem, was das Kind mit ihr anfängt, wie ihm etwas gelingt. (S. 148)

Auch bei intellektuellen Anforderungen halten sich die Nikitins nicht an die üblichen Erziehungsverfahren ihrer Umgebung und an die Normen der Entwicklungspsychologie. Spielerisch lernen die Kinder den Umgang mit Zahlen und Buchstaben. Mit zwei Jahren und acht Monaten kann Alexej das erste Wort lesen, mit vier Jahren ganze Sätze, auch die Uhr kennt er bereits.

Die Frage „Wie erziehen?" spitzt sich beim Umgang mit Gefahrenquellen zu: behüten und fernhalten oder durch eigene sinnliche Erfahrung mit der Gefahr vertraut machen?

Im Garten verbrennt der Vater trockene Blätter, Zweige und Papier. Der kleine Alexej möchte gern näher an diese geheimnisvolle, warme und flackernde Säule, aber die Großmutter zieht ihn zurück und spielt mit ihm in größerer Entfernung. Die Neugierde treibt den Kleinen und in einem unbeobachteten Moment läuft er, so schnell er kann, zum Feuer – buchstäblich in letzter Sekunde kann ihn der Vater vor der Flamme wegreißen und in den Arm nehmen. Beinahe hätte die Fernhalte-Methode der Großmutter zu einer Katastrophe geführt. Der Vater überlegt: das Feuer wird seine Anziehungskraft nicht verlieren, wenn das Kind schnell weggebracht wird. Langsam nähert er sich mit dem Kind dem Feuer: Alexej will nach dem heißen Feuerhaken greifen und berührt schließlich ein glänzendes Stückchen Kohle. Ein Schmerzensschrei und eine kleine Brandwunde so groß wie ein halber Fingernagel an einem Fingerchen – aber die schmerzhafte Erinnerung an das Feuer bleibt ihm unauslöschlich im Gedächtnis.

Fürsorge gegenüber anderen Mitgliedern der Familie wird sorgfältig gefördert, und schon früh werden die beiden Kinder daran gewöhnt, kleine, aber notwendige und nützliche Aufgaben zu erledigen, was den Kindern Freude bereitet. Wie die Kinder dabei durch Konsequenz zu einer gewissen Disziplin und Pünktlichkeit erzogen werden, zeigt folgendes Beispiel:

Aljoscha ging gern mit seinem Vater zusammen das tägliche Wasser in Eimern holen, wobei er mit einem kleinen Eimer seinen Beitrag leistete. Eines Tages hat er seinen Eimer verlegt. Er sucht ihn und erwartet, daß der Vater so lange wartet, bis er seinen Eimer gefunden hat – wie er es von den Babuschkas gewohnt ist. Der Vater geht ohne ihn los – Aljoscha weint und ist auf Papa böse. Aber in Zukunft beeilt er sich, rechtzeitig mit seinem Eimer zur Stelle zu sein, um das beliebte Wasserholen mit Papa nicht zu versäumen.

Erfahrungen mit sieben Kindern

In dem 1976 erschienenen Aufsatz „Das erste Jahr, der erste Tag" fassen die Nikitins ihre Erfahrungen, die sie mit den inzwischen sieben Kindern im ersten Lebensjahr gemacht hatten, zusammen. Lena Nikitin weist auf eine Korrektur ihrer Einstellung zu den Kindern hin: am Anfang verfuhr sie nach der Tradition „Verwöhne das Kind nicht, sonst tanzt es dir auf der Nase herum!" – also kein In-den-Schlaf-Wiegen und kein Schlaflied. – Bald erkannte sie jedoch die grundlegende Bedeutung der sprachlichen und emotionalen Zuwendung. In diesem Zusammenhang sieht sie auch die Rolle der Großeltern in einem neuen positiveren Licht und zeigt sich begeistert über Märchen, Lieder und die traditionellen Volksspäße für die Kleinsten, die witzigen Wortspiele und lustigen Wortnachahmungen, zu denen auch Gesten oder Bewegungsabläufe gehören.

Boris Nikitin geht auf ihre Maßnahmen ein zur Entwicklung der körperlichen Fähigkeiten und Kräfte. Warum mißt man immer noch die physische Entwicklung des Kleinkindes nach Größe und Gewicht – und nicht nach Muskelkraft, Beweglichkeit, Geschicklichkeit, Ausdauer und Koordination der Bewegungen, also nach Kriterien, die die Bewertung von Fortschritten der Entwicklung bis bewußter und gezielter Förderung ermöglichen?

Negativen Einfluß auf die physische Entwicklung des Kleinkindes schreibt Boris Nikitin zwei üblichen Ratschlägen für Schwangere zu: „Nicht viel bewegen!" und „Iß für zwei!" Umgekehrt: Bewegt sich die Mutter und arbeitet, verringert sich der Sauerstoffgehalt des Blutes, und das Herz des Kindes muß schneller schlagen, um genug Sauerstoff zu bekommen – es wird gekräftigt. „Genau das gleiche Bild ergibt sich, wenn sich im Blut der Mutter der Gehalt an Nährstoffen verringert ... wenn die Mutter essen möchte. Das Baby fängt auch gleich an, sich zu bewegen und genau damit „verdient es sich das tägliche Brot". Und dabei setzt, wie bei jedem Training, eine *Entwicklung* ein, nämlich die Vervollkommnung und Stärkung der Muskeln, des Herzens und des ganzen Organismus." (S. 126)

Reichhaltige Umgebung, Freiheit der Betätigung und elterliche Anteilnahme

Am aufschlußreichsten (und umfangreichsten) ist die Zeitungsserie „Vom ersten Lebensjahr bis zur Schule" (1977), die als Debatte zwischen Boris und Lena Nikitin über Leserbriefanfragen gestaltet ist.

Auf die Frage, wie sie ihre Kinder auf die Schule vorbereiten, ihnen lesen und schreiben beibringen, gehen die Nikitins wiederum zunächst auf die Förderung der körperlichen Entwicklung ein, da die Schule zunächst einmal Schul*bank* sei, die den natürlichen Bewegungsdrang der Kinder stark einschränke. Körperlich schwache Kinder leiden am meisten darunter, lernen am schwersten und werden am leichtesten krank. Als Grundprinzipien der körperlichen Erziehung (vom Nackt- und Barfußlaufen bis hin zum Turnen) nennt Boris Nikitin:

- leichte Kleidung und *sportliches Milieu* (z.B. Turngeräte) *vom frühesten Alter* an,
- schöpferische *Freiheit* in den Beschäftigungen – kein besonderes Trainingsprogramm,
- elterliche *Anteilnahme* an dem, was das Kind macht und wie es etwas macht.

„Alle diese Prinzipien wurden natürlich nicht im voraus ausgedacht, sondern in der Praxis des Lebens, im Umgang mit den Kindern ausgearbeitet. Wir haben sie instinktiv angewendet, unbewußt, indem wir eigentlich nur ein Ziel verfolgten: die Entwicklung *nicht* zu *stören*, sondern ihr zu *helfen* und dabei *nicht* entsprechend unseren eigenen Absichten *Druck* auf das Kind *auszuüben*, sondern zu beobachten, gegenüberzustellen und, indem wir uns am Selbstgefühl und an den Wünschen des Kindes orientierten, Bedingungen für seine weitere Entwicklung zu schaffen." (S. 159)

Die genannten Prinzipien liegen

Die genannten Prinzipien liegen auch der geistigen Entwicklung zugrunde. Viele Leser befürchteten wohl, die Nikitins hätten sich zum Ziel gesetzt, den Kindern alles so früh wie möglich beizubringen. Demgegenüber betonen sie, daß sie sich bemüht haben, Bedingungen für die Entwicklung der Fähigkeiten der Kinder zu schaffen, nach deren Möglichkeiten und Wünschen – das allerdings so früh wie möglich. Früh bekamen die Kinder Bleistifte, Kreide, Papier, Klebe, Scheren, einen kleinen Hammer, Pappe, Farben, Knete und Würfel in die Hand. Die Kinder selbst bevorzugten „Gegenstände des häuslichen Gebrauchs, die auch die Erwachsenen benutzen: Küchengeräte, Schreib- und Nähzubehör, Instrumente, Vorrichtungen" (S. 166), die ihnen zugänglich waren.

Hinzu kamen Landkarten, Tafeln mit dem großen und kleinen Einmaleins, Plakate und Würfel mit gedruck-

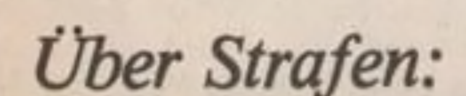


ten und geschriebenen Buchstaben, Meßvorrichtungen, große Holzklötze, Baukästen und die „Aufbauenden Spiele" der Nikitins (vgl. Boris und Lena Nikitin: Aufbauende Spiele – Die Spiele zum Erziehungsmodell der Nikitins, Köln 1980, Verlag Kiepenheuer und Witsch) und jede Menge Bücher – von Märchen- und Kinderbüchern bis zu Enzyklopädien und populärwissenschaftlicher Literatur. „In unserem Werkstattzimmer kann ein Einjähriger genauso gut arbeiten wie ein Erwachsener: schneiden, kleben, modellieren, malen, sägen, Nägel einschlagen, hacken, spalten, bohren und schleifen." (S. 167)

Das alles verstehen die Nikitins unter *reichhaltiger* Umgebung. Allerdings Hier arbeitet er seine Hypothese aus, daß es im Laufe der kindlichen Entwicklung schon sehr früh zu einer un-

Auslöschung vorhandener Fähigkeiten durch Nichtentwicklung

umkehrbaren Verlöschung von vorhandenen Fähigkeiten kommt, wenn diese keine Bedingungen für ihre Entwicklung und Entfaltung finden. Vorhandenes Gehirnpotential werde sozusagen mangels Benutzung auf immer brachgelegt. Die übliche Betrachtungsweise sieht einen solchen Menschen



Über Strafen:

Es muß immer der Erwachsene dem Kind entgegenkommen, vorausgesetzt natürlich, daß beide schuld sind. Ich unterstreiche: In den Konflikten zwischen Erwachsenen und Kindern ist es meistens so, daß die Erwachsenen mehr Schuld haben, sie suchen sie aber leider nicht bei sich. Vom Kind zu verlangen, daß es sich entschuldigt und daß es sich in einem Augenblick schämt, in dem es die Schuld bei den Erwachsenen sieht, ist grausam. Für das Kind ist ein solcher Schritt zur Versöhnung immer mit *Erniedrigung* verbunden, aber für den Erwachsenen – mit *Großmut*. Das ist ein gewaltiger Unterschied! Denn auf der Seite des Erwachsenen sind Kraft und Macht, sie auszunutzen, um einen Schwachen zu erniedrigen, ist – eine Gemeinheit. Das bewirkt nicht Reue, sondern Verbitterung und verborgene Kränkung.

Wie schwierig das alles ist! Kann man denn die Kompliziertheit und Feinheit der *gegenseitigen* Beziehungen überhaupt in das primitive und einseitige Schema von Strafen und Ermunterungen, d.h. irgendwelcher besonderer *Maßnahmen* zwängen, die immer nur in eine Richtung gehen: vom Erwachsenen zu den Kindern? Noch dazu von Erwachsenen, die selbst – auch, und wie sehr – einer überaus großen Vervollkommnung bedürfen? (S. 190)

merkten sie bei Musikinstrumenten auch, die sie selbst nicht spielen konnten, daß die Bedingungen allein noch keinen Drang zur Betätigung auslösen müssen: entscheidend ist vielmehr die *gemeinsame* Betätigung, das gegenseitige Interesse an der Arbeit und ihren Ergebnissen, der Austausch von Meinungen, also die Kommunikation in der gemeinsamen Tätigkeit.

Schöpferische Fähigkeiten oder sittliche Bildung?

Das eigentliche Ziel ihrer Erziehungsarbeit diskutieren Boris und Lena Nikitin kontrovers: *Er* meint, der Mensch müsse heute seine Sache und seinen Platz im Leben schöpferisch begreifen, wofür hochentwickelte schöpferische Fähigkeiten erforderlich seien. – *Sie* vertritt hingegen, es komme weniger auf Talentiertheit als auf Rechtschaffenheit an. Deshalb legt Lena Nikitin großen Wert auf sittliche Orientierung, auf Bildung durch Kultur, Musik, auf die Bereitschaft zum *Geben*; sie bedauert, die sittliche Seite der Erziehung anfangs vernachlässigt und zu wenig auf die musische Bildung geachtet zu haben.

Das Buch wird abgeschlossen mit Boris Nikitins Aufsatz „Hypothese von der Entstehung und Entwicklung der schöpferischen Fähigheiten" (1973).

dann einfach als unbegabt und untalentiert an.

Die Nikitins und westdeutsche Reformbewegungen

Bei der Einschätzung der Bedeutung der Nikitinschen Erziehung ist m. E. ein Vergleich zu pädagogischen Reformbestrebungen bei uns nützlich.

Was mich gleich am Anfang des Buches begeisterte, war das Vorgehen der Nikitins: die Anerkennung der Würde der Kinder, die Ablehnung von Zwang, die Förderung des Selbstbewußtseins der Kinder, die Erziehung zu Selbständigkeit und Kritikfähigkeit.

Ich versuche unsere Tochter auch in diesem Sinne zu erziehen, aber gelegentlich ertappe ich mich unter dem Druck der Zeit oder aufgrund schwacher Nerven nach einem anstrengenden Arbeitstag bei Rückfällen in „autoritäre" Verhaltensweisen. Was ich bei den Nikitins lerne, ist die Konsequenz bei der Beobachtung des kindlichen und des elterlichen Verhaltens und dem ständigen Suchen nach Wegen, um den Bedürfnissen der Kinder und ihren Entwicklungsmöglichkeiten gerecht zu werden.

Meine eigene Einstellung ist geprägt durch die Ablehnung einer Erziehung, wie ich sie noch selbst erlebt habe – zu Hause (die Peitsche lag sichtbar und drohend auf dem Küchenschrank) und in einem kirchlichen Kinder- und Jugendheim (wo Ausreißer nach dem Einfangen erst einmal mit dem Gartenschlauch verprügelt wurden).

Ende der 60er Jahre gab es in dem großen gesellschaftlichen Aufbruch auch heftige Kritik an den üblichen Erziehungsformen, in denen die durch den Faschismus noch gestärkte Tradition des Unterordnens und des Gehorsams fortlebte. Dem wurden Ende der 60er Jahre als positive Erziehungsziele Selbständigkeit und Kritikfähigkeit gegenübergestellt.

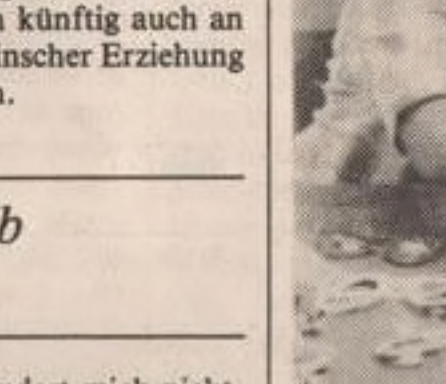
Die Wirkung dieser pädagogischen Reformbewegung, die Bestandteil der allgemeinen demokratischen und revolutionären Bestrebungen jener Jahre war, wurde m.E. dadurch eingeschränkt, daß die Ursache für autoritäres Verhalten aufgrund einer Interpretation mithilfe der Psychoanalyse (Freudscher oder Reichscher Prägung) im wesentlichen in der Sexualunterdrückung gesehen wurde. Die Forderung nach triebsublimierender Erziehung wurde begleitet von Erziehungsversuchen, den Kindern vor allem das positive Erleben ursprünglicher Triebe zu ermöglichen und das schon als positives Erziehungsmodell anzusehen. Auf der anderen Seite wurde kaum entwickelt, wohin denn nun die triebsublimierende Erziehung führen soll. In der beginnenden Kinderladenbewegung mußten sich die Erzieher mit der Psychoanalyse vertraut gemacht haben, und der Kreis der Eltern war im wesentlichen auf solche beschränkt, die schon mal eine Nacht über den Ödipus-Komplex und seine Bedeutung für die erzieherische Praxis streiten konnten.

Wenn die Nikitins auch über ihre Sexualerziehung nichts berichten, so gehe ich doch aufgrund ihrer allgemeinen Einstellung zu den Kindern davon aus, daß auch hier nicht Verbote, Scham und Verschweigen vorherrschten. Der Vorzug der Nikitinschen Erziehung liegt gerade darin, daß sie dort anfängt, wo die triebsublimierende Erziehung (meistens „antiautoritäre" genannt) konzeptionell aufhört.

Die Praxis der Nikitins läßt sich auch gut mit der Bewegung für Vorschulunterricht und frühes Lesen in der BRD Mitte der 60er Jahre vergleichen. Gemeinsam ist die Unzufriedenheit über das Brachliegen von Fähigkeiten von Kindern im Vorschulalter. Aber schon hier gehen die Nikitins radikaler an das Problem heran, indem sie die *Unterdrückung* der Entwicklung durch Verweigerung günstiger Bedingungen herausarbeiten. Bei uns gab es zwar eine breite öffentliche Debatte über Fernsehen, Zeitungen und Bücher, über die Möglichkeiten des Vorschulalters und für die Einführung von Vorschulunterricht, aber es überwog die Tendenz, allzusehr die intellektuellen Fähigkeiten und die Vorbereitung auf die Schule in den Vordergrund zu stellen.

Die Nikitins sind solcher Einseitigkeit nicht erlegen: sie legen von der Geburt an (und davor) einen Schwerpunkt auf die Körpererziehung, zielen auf die Entwicklung *schöpferischer* Fähigkeiten und beziehen handwerkliche und technische Fähigkeiten und Erziehung zur Arbeit mit ein.

Wenn die Nikitins auch nirgends Marx, Engels oder Krupskaja zitieren, so sehe ich doch den Gedanken der polytechnischen Bildung bei ihnen konkretisiert. Meiner Auffassung nach haben die Nikitins einen Beitrag dazu geleistet, daß man eine zukünftige kommunistische Gesellschaft nicht nur allgemein als eine Höherentwicklung der Menschheit beschreiben muß. Was umfassende allseitige Ausbildung und Erziehung heißen kann, das konkret entwickelt zu haben, ist das große Verdienst der Nikitins. Sie haben damit die Kenntnise und Erfahrungen der Menschheit über die Erziehung um ein gutes Stück bereichert. Was fortschrittliche Erziehung auf der Höhe der Zeit ist, wird sich künftig auch an den Maßstäben Nikitinscher Erziehung messen lassen müssen.



Und außerhalb der Familie?

Dies zu würdigen, hindert mich nicht, auch auf einige Schwachpunkte bei den Nikitins einzugehen.

Das ganze Modell bleibt auf die Familienidylle beschränkt. Die Nikitins erwähnen zwar ihre massive Kritik an der Schule, aber nirgends wird deutlich, daß sie ihre Kinder auch befähigt haben, sich direkt mit diesen Verhältnissen an der Schule auseinanderzusetzen und zu einer Veränderung beizutragen. Ja, überhaupt sind gesellschaftliche, politische Aspekte aus den Erziehungsfragen weitgehend ausgeblendet. Auch reflektieren sie nicht die Bedingungen, wie die von ihnen erkannten Notwendigkeiten zur Veränderung der Erziehung gesellschaftlich umgesetzt werden können. In dieser Frage bleiben sie ebenfalls auf den engen Kreis der Familie beschränkt und versuchen, durch Information der Eltern und Diskussion mit ihnen, ihre Erfahrungen weiterzugeben, was sicher eine wichtige Seite ist. An uns liegt es, zu prüfen, welche Erfahrungen der Nikitins wir für die Erziehung in öffentlichen Kindertagesstätten nutzen, und damit zu einer allgemeinen Anhebung des Niveaus der Erziehung beitragen können, und welche Erfahrungen von den Familien genutzt werden sollten.

mes. Westberlin





Das intensive Spiel der Kinder ist kein Attribut der älteren. Schon das Kleinkind kann spielerisch relativ intensiv lernen – das zeigen die Beispiele der Familie Nikitin. – Durch gemeinsames Spielen und Lernen von Kindern und deren Eltern wird überhaupt die Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung gelegt, die allerdings schon beim Kleinkind begonnen werden muß.



Im Gegensatz zu der armseligen Ausstattung mit einem Fernseher bestehen die Nikitins auf einer *reichhaltigen* Umgebung für die Erziehung der Kinder. Das setzt allerdings auch Beschäftigung mit den Kindern voraus.

Über Gehorsam und menschliche Würde:

Wir begannen damit, daß wir Gehorsam als Erziehungsziel ablehnten. Vom Gehorsam bis zur Unterwürfigkeit ist es nur ein Schritt. Und ein gehorsamer Mensch ist ein Spielzeug in den Händen des Stärkeren. Wir strebten danach, daß die Kinder, selbst die Kleinsten, eine eigene Meinung hatten und sich nicht fürchteten, sie zum Ausdruck zu bringen und sogar mit den Erwachsenen zu streiten. Wir haben weiter oben schon geschrieben, daß wir uns in den verschiedensten Lebenssituationen bemüht haben, den Kindern das Recht einzuräumen, selbst zu entscheiden und zu handeln, aber auch für ihre Fehler selbst zu bezahlen. Wir gaben uns Mühe, nicht einfach zu befehlen oder Anordnungen zu geben und sofortige Ausführung zu verlangen, sondern zu erklären, warum etwas gemacht werden muß. (S.206 f.)

Unsere Kinder führen gerne selbst alles überlegt und vernünftig aus, stumpfsinnige Organisation und Willkür ertragen sie nicht. Erinnere dich, Lena: Sogar die Fünfjährige rebellierte gegen eine Ungerechtigkeit. Nun, sie hat natürlich eine unpassende Form gewählt: Sie hat die Mutter beschimpft und Geschrei gemacht – aber schließlich war sie empört! Das bedeutet, daß sie schon ein Gefühl für die menschliche Würde hat. Und sie wird Erniedrigungen und Beleidigungen schon nicht mehr dulden. (S. 207)



Geht's voran?

Über „Normalos“, „Harte“ und „Transformatoren“ oder – Utopie im Angesicht der Apokalypse

Eine Buchbesprechung

Die Vorstellung, die Bundesrepublik könne nach einem Atomkrieg noch bewohnbar sein, ist zumindest unkonventionell, stellt man in Rechnung, was an einsetzbaren Waffen angehäuft und zum Einsatz vorgesehen ist. Abgesehen davon, daß Wissenschaftler überhaupt in Frage stellen, ob für Menschen die Erde noch bewohnbar sein werde (Jonathan Shell).

Matthias Horx, Es geht voran. Ernstfall-Roman, Rotbuch Verlag, Berlin 1982

Der „Ernstfall-Roman“ „Es geht voran“ von Matthias Horx nimmt sich die Annahme dennoch heraus. Utopische Romane dürfen sich sowieso alles herausnehmen, da interessiert außer der Geschichte selbst im Grunde vor allem der Bezug zur Gegenwart, und wie sich die in dem Roman projiziert findet.

Die Geschichte selbst beginnt im Jahr 1989. Es gibt noch sowas wie eine Bundesregierung, sie gibt sogar im Fernsehen Interviews. Das Land ist zerrüttet: wer Geld hat, ist außer Landes geflohen oder im Begriff das zu tun. Die Umweltzerstörung ist fortgeschritten, die Kriegsdrohung wird in absehbarer Zukunft wahr werden. Wer kein Geld hat zu fliehen? Für diejenigen, die nicht als „Normalos“ in den Städten leben wollen, sind Freiländer eingerichtet worden, eine Art Reservate für die Nicht-Angepaßten.

Die „Harten“ gehen angesichts der No-Future-Perspektive nach der Devise vor, wozu ins Freiland-Ghetto gehn, wenn genug leere Villen von getürmten Normalos vorhanden sind. Allsamstäglich finden Straßenschlachten statt, Plünderungen usw. Die „Transformatoren“ streben an, die Gesellschaft zu verändern, indem sie „jetzt und hier mit dem positiven Programm anfangen wollen“ und so der Vernichtung zuvorkommen. Religiöse Gruppen laufen herum, Leute versuchen, einem Aussteigermöglichkeiten oder Todespillen anzudrehen, kurzum: Vorabend der Apokalypse.

Der Erzähler, ehemaliger „Harter“, jetzt im Freiland lebend, versucht mit seiner Freundin Joël, sie ist Französin, nach Frankreich zu türmen, um nach Übersee zu kommen. Sie werden geschnappt und zurück nach Frankfurt verfrachtet. Über einen ehemaligen Freund kriegen sie Kontakt zu einer Organisation „Phoenix“, die ein Überlebenstraining macht – und zwar nicht anderswo, sondern am Ort. These: der Atomkrieg wird nicht voll durchgeführt, es werden zwar enorme Schäden Atomkrieg wird nicht voll durchge- führt, es werden zwar enorme Schäden auftreten, mit Vorbereitung wird es aber möglich sein, weiter zu existieren. Sie suchen sich ihre Leute genau aus (bevorzugt werden Paarbeziehungen ohne Kinder: Paare wegen der Stabilität, ohne Kinder, weil Eltern zu viel Angst hätten). Es folgt eine Sequenz der Konditionierung, als da ist: Psychodrogen, Gehirnwäsche, Filme, Isolation usw. Jedenfalls, die beiden bleiben dabei und werden einer Gruppe zugeteilt.

Die Gruppe bekommt einen Bunker zugewiesen, den baut sie nach Vorschlägen eines der Mitglieder und informellen Führers aus; jeder der Teilnehmer muß eine Gabe anschleppen, z.B. ein Go-Spiel, ein Katze, einen Flipper ... Man richtet sich ein, zur rechten Zeit, „das große Licht“ läßt nicht auf sich warten.

Im Bunker psychologische Spannungen, Pannen, aber man überlebt, beim Verlassen des Bunkers, der Krieg ist schon eine Weile rum, trennen sich die Leute. Eine Gruppe bleibt beisammen, besteht einige Abenteuer im verwüsteten Main-Taunus-Gebiet. Da ist z.B. eine verrücktgewordene Alte im Supermarkt, die alle Leute, die zum Warenbesorgen kommen, zu vergiften pflegt. Da geraten sie in die Fänge einer religiös-faschistischen Gruppierung, die, weil bewaffnet, andere Überlebende als Sklaven einfängt. Von einer Gruppe ehemaliger „Harter“ werden sie befreit und beschließen, sich gemeinsam anzusiedeln.

Leben von Konserven und – Viehzucht, allerdings, die „Harten“ arbeiten nicht so gerne, Zerwürfnisse. Aus dem Nichts taucht die Organisation Phoenix auf, gibt ihnen Medizin, verlangt aber dafür Zuckerrohranbau. Man lebt mehr schlecht als recht. Eine Regierung gibt es auch noch, und Zombies (=Soldaten). Mehr als eine Volkszählung findet am Anfang nicht statt.

Immerhin, ein Leben beginnt wieder, auf Clanbasis, ohne Geld, mit Mißgebarten, Hunger, Rückschlägen. Auch fahren Soldaten die neugebildeten Clansiedlungen ab, pressen Arbeitskräfte für die Städte, wo immer noch Fabriken existieren. Schließlich brechen aus all den Dörfern Krieger auf, großer Kriegsrat, was zu machen ist gegen die Zombies und die „Unberührbaren“, die in den Bunkern hockenden Kapitalisten und Politiker, die „Weißhäute“, die die Einwohner noch immer bedrängen. Ein Sprecher der Organisation Phoenix rät zu Verhandlungen, er wird – von wem? – abgeknallt, die Bunker werden gestürmt unter großen Verlusten, die „Unberührbaren“ gefangengenommen und mit Pfeilen ins Jenseits befördert.

Der Roman verliert zum Schluß hin. Sogar im Stil macht sich das
Der Roman verliert zum Schluß hin. Sogar im Stil macht sich das bemerkbar, wo die zynische, kalte, aber einigermaßen präzise Sprache des Tagebuchs zusehends durch einen Indianerjargon und einen eher hymnischen Tonfall ersetzt wird. Das ist insofern wohl unvermeidlich, als der Anfang des Buches Fortschreibung der Gegenwart ist, was mit etwas Phantasie ziemlich präzise gemacht werden kann, der zweite Teil, besonders der Schluß ist hingegen Utopie, in dem Sinn, als die bestehende Realität negiert wird und bloß mehr Vorstellungen zum Tragen kommen.

Aber nach meiner Auffassung spielt auch die Vorstellungswelt des Autors hinein: eine Art anarchistisch-ökologische Gesellschaft auf einem System von Kleingruppen (Clans) basierend, zwar mit Austausch von Produkten, aber ohne Geld- und Warenbeziehungen funktionierend, herrschafts- aber nicht gewaltfrei (d.h. untereinander wird Gewalt schon abgelehnt, aber nicht prinzipiell)! Diese Gesellschaft ist gewissermaßen eine Kombination der Vorstellungen von Transformatoren (die am ehesten grün-alternative Richtungen widerzuspiegeln scheinen) und der Harten (die anarchistisch-spontaneistischen Richtungen entsprechen), mit Sympathien durchaus für beide, insofern sie was anderes wollen als die Gesellschaft der „Normalos“. Wobei wenigstens dem Tonfall nach mehr Sympathie für die Harten zu spüren ist.



Als eine Konzeption für die Wirklichkeit kann man den Roman nicht nehmen. Schon die deus-ex-machina Funktion der Organisation Phoenix verbietet das. Zumal auch gar nicht zur Gründung so einer Organisation geraten wird, angesichts des weiteren Verlaufs der Geschichte. Wenn man eine „message“ haben will (und natürlich ist immer die Frage, ob sowas beabsichtigt war oder bloß der Versuch, sich vorzustellen, was sein könnte), dann wäre diese Botschaft, daß man mit allen Illusionen brechen muß, untereinander solidarisch und gegen die Feinde (Staat, Militär, Kapitalisten aber auch Spießbürger, „Normalos“) hart. Die Vorstellung, daß man sich den Technik-Kram vom Halse schaffen muß, und wenn man es nicht selber macht, macht es der Ernstfall.

Das Ende des Buches ist gewissermaßen „kompromißlos“. Die kapitalistische Technik ist vernichtet. Der Weg der Organisation Phoenix, die den Zuckerrohr-Anbau wollte, um Treibstoff zu gewinnen, und die mit Technik weitermachen wollte, ist zurückgewiesen. Übrig bleiben die „reinen Wilden“. Oder doch nicht ganz, weil einer der Gruppe weggegangen ist, vielleicht in die Flußebene zurück, „denn er lebte gern inmitten vieler Menschen und träumte von einer großen Stadt ohne die Fehler der alten Zeit“.

Das „Vielleicht“ als offene Tür in einer idyllischen und grade deshalb saft- und kraftlosen Utopie? Utopien, da aus dem Kopf geboren und also allenfalls abstrakte Negation der Realität, haben eine gewisse Fadheit an sich. Da, wo es nicht aus dieser abstrakten Negiererei heraus geschrieben ist, sondern aus einer konkreten Vorstellung heraus, die weiterentwickelt wird, ist das Buch packend. Und das durchaus ohne „Lösungen“. Es ist ja wahr, daß die Bewegung, wie sie gegenwärtig ist, wirklich auf die Perspektiven von „Harten“ und „Transformatoren“ rauszulaufen scheint.
matoren“ rauszulaufen scheint.

Daß der Autor keine „sozialistische Perspektive“ hat, der Arbeiterbewegung keine Rolle zuschreibt, kann man am wenigsten dem Autor vorwerfen: die Rolle der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in den gegenwärtigen Bewegungen ist nicht gerade sehr kraftvoll. Sowieso ist das kein Maßstab, der anzulegen wäre, welchen Kriterien einer sozialistischen Ausrichtung ein Buch gerecht werden könne. Sondern schon eher, wieviel es von dem wiedergibt, was wirklich los ist. Und wie es geschrieben ist. Und da kann man es schon mit Spannung lesen, trotz der Indianerromantik und der Öko-Idylle gegen Ende.

Jürgen Walla, München

Das Reizwort

acm. Auf der Kulturkonferenz in Mexiko, Ende Juli bis Mitte August, war es der französische Kulturminister Jack Lang, der für einen Eklat sorgte. Nicht nur, daß er in seiner Rede relative Solidarität mit Kuba bekundete, sondern daß er gegen den weltweiten „Kulturimperialismus“ zu Felde zog, sorgte für einen Skandal.

„Wirtschaft und Kultur – der gleiche Kampf“ führte er aus und sprach vom „nationalen und internationalen Klassenkampf“, die auf die Kunst einwirkten. Mithin sei die „kulturelle und die künstlerisch schöpferische Tätigkeit .... heute Opfer einer multinationalen Finanzherrschaft, gegen die es sich zu organisieren gilt!“

Sein emphatischer Aufruf zum Zusammenschluß der Völker gegen den Kulturimperialismus stieß auf Zustimmung bei den meisten Vertretern der Dritten Welt – und natürlich auf helles Entsetzen der amerikanischen Repräsentanten, die zwar gar nicht benannt, aber sich trotzdem angesprochen fühlten.

Aber auch in deutschen Landen durfte Jack Langs Rede nicht unwidersprochen bleiben. FAZ-Kommentatoren bescheinigten dem „sozialistischen Frankreich“ einen Tiefstand an Kultur – „da sperrt das Nichts doch das Maul auf“ – oder verwiesen auf das französische Fernsehprogramm, welches ja selber immer wieder auf amerikanische Filme zurückgreife. Welch ein Argument!

Unausgewogen sei die Rede gewesen, denn die sowjetische Hegemonie sei nicht angesprochen worden. Nur, wo gibt es sie denn, diese Hegemonie? Auf dem Gebiet der Kriegsexporte, der Erpressung per Kredit, des Exports von Armeeberatern – da kann sich die Sowjetunion schon gut mit den USA messen. Aber der Export der „sozialistischen Kultur“ hält sich nun wahrhaftig in Grenzen, und in der Sphäre der Medien usw. kann von einer Monopolstellung oder ähnlichem wahrhaftig nicht die Rede sein. Das ist auch gut so, aber Tatsache.

Auch Hamm-Brüchers Sprüche von der „freien Entwicklung der Kunst“ sind ein Hohn, wenn man bedenkt, wieviel Kunstschätze der Länder der Dritten Welt noch in diesem Lande lagern und nicht rausgerückt werden. Allerdings, hier müßten sich auch das ehemalig kolonialbesitzende Frankreich und einige andere europäische Länder den Forderungen der Dritten Welt stellen.

Und so war es denn auf der Konferenz mit der beschworenen „Kampf-
renz mit der beschworenen „Kampf-
front“ Jack Langs nicht weit her. Alle Forderungen von Ländern der Dritten Welt, die auf eine radikale Kontrolle der Medienimperien und -konzerne, auf das Satellitenwesen usw. gerichtet waren, wurden auch durch die Front der europäischen kapitalistischen Länder – hübsch an der Seite der USA – niedergewalzt. Und über die Rückgabe von Kunstschätzen usw. will man „noch lange verhandeln“. Sowieso sei zu viel „politisiert“ worden, merkte Hamm-Brücher nach der Konferenz an. In acht Jahren soll die nächste Konferenz stattfinden. Diese Zeit im Kampf auch gegen den Kulturimperialismus zu nutzen, ist immer noch die einzigste Möglichkeit für die Länder der Dritten Welt.

Fernsehtip

Zum zweitenmal nun werden unter dem Motto **„Die menschliche Klugheit schreitet fort, aber warum kann man nichts gegen die Kälte tun?“** drei polnische Kurzfilme aus den Jahren 80/81 gezeigt. Es ist lohnend, sich diese Studien des polnischen Alltags anzusehen. *Sonntag, 29.8., 16.10 Uhr im ZDF* – Die BBC in England hat sich vorgenommen, bis 1985 die 37 Tragödien und Komödien von William Shakespeare zu verfilmen. Mit der Komödie **„Was Ihr wollt“** liegt eine dieser Fassungen vor. *Sonntag, 29.8., 21.10 Uhr im ARD* – Mit **„Die Liebe der Schauspielerin Sumako“** wird ein weiterer Film des japanischen Regisseurs Kenji Mizoguchi gezeigt. Der Film, der im späten 19. Jahrhundert spielt, konzentriert sich auf den Widerspruch zwischen dem langsam wachsenden westlichen Einfluß und der alten japanischen Tradition und Ethik. Ibsen Stück „Nora oder Ein Puppenheim“ bildete hier den Ausgangspunkt einer Tragödie. *Montag, 30.8., 23.00 Uhr im ARD* – Andrzey Wajdas Spielfilm **„Der Dirigent“** (1979) ist vordergründig ein Melodrama über die berufliche und private Konkurrenz zweier Dirigenten. Die ständige Gegenwärtigkeit eines Fernseh-Teams, welches einen Protagonisten der Handlung, einen bekannten Dirigenten, beobachtet und filmt, ist aber nicht der einzige Bezug zur Realität. Denn Wajdas Film ist wohl zugleich auch als Lehrstück über die Rolle der Kunst und des Künstlers in der Gesellschaft zu verstehen. *Dienstag, 31.8., 22.05 im ZDF* – Fritz Lang alias Rudolf Höss war erster Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz. Nach dem Roman „Der Tod ist mein Beruf“ von Robert Merle wurde der Film **„Aus einem deutschen Leben“** gedreht. Über Langs Biographie will er zeigen, wie Leute zu Schergen des Faschismus wurden. Der Film versucht dies nicht in der Form eines Dokumentarfilms, sondern vermittels einer Spielhandlung. *Donnerstag, 2.9., 23.00 Uhr im ARD*